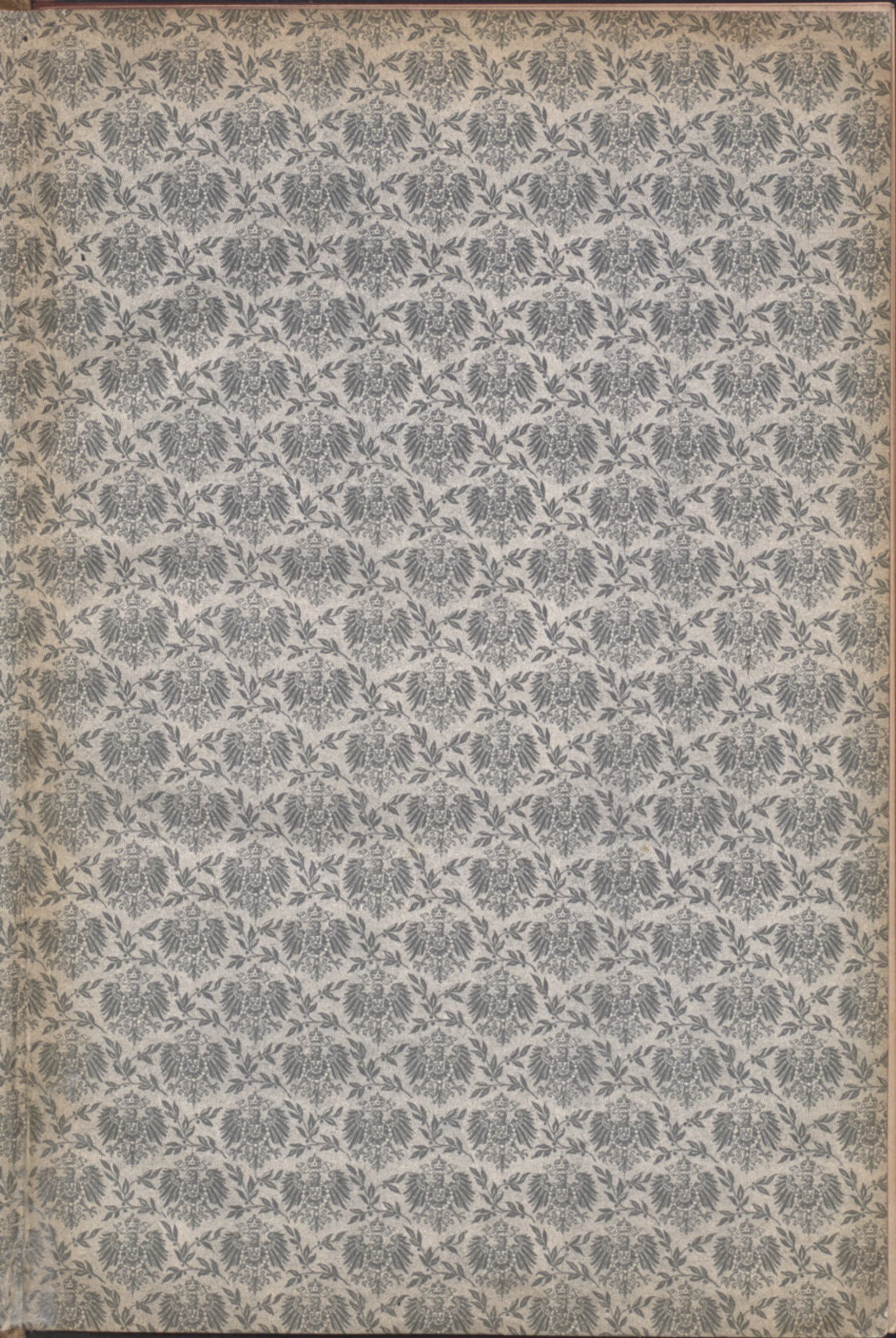
Bismarcks Mahnworte an das deutsche Volk.

Bismarcks Mahnworte an das deutsche Volk.



Bismarcks Mahnworte

an das deutsche Volk.

Zusammengestellt und erläutert

von

Dr. Hans Blum.

Erlangen,
Verlag von Palm & Enke.
(Carl Enke.)
1895.

K. b. Hof- u. Univ.-Buchdruckerei von Fr. Junge (Junge & Sohn), Erlangen.

Inhalt.

Einleitung.

Eine uralte Sage unseres Volkes erzählt, daß in der Tiefe unseres größten und schönsten Stromes ein Goldschatz verborgen sei, der Demjenigen die höchste Macht und Kraft verleihe, der diesen Schatz zu heben verstehe. Noch heute aber liegt ein Schatz vor uns ausgebreitet, der wahrlich nicht geringeren Wert besitzt, als jener der alten Sage. Denn hier sind vereinigt höchste staatsmännische Weisheit, reichste Lebenserfahrung, gründlichste Welt- und Menschenkenntnis, und vor Allem die reinste deutsche Vaterlandsliebe, die mit gewaltiger Beredsamkeit, mit rückhaltloser Wahrheitsliebe gegen Hoch und Nieder, den deutschen Landsleuten rund heraus sagt, was zum Heil und Verderben unseres Volkes und Reiches führt, und was demnach die Pflicht und Schuldigkeit jedes guten Deutschen ist und sein muß. Dieser Schatz, einer der kostbarsten und unvergleichlichsten unseres Volkes, ist im Laufe eines halben Jahrhunderts angehäuft worden, in den Mahnworten Bismarcks an die deutsche Nation. Jedem Arm und Auge ist dieser Schatz erreichbar, aber freilich ist seine Sammlung mühsam, da er in Reden, Briefen, Berichten, Denkschriften, Zeitungsartikeln, Depeschen u. s. w. zerstreut ist, deren Entstehung sich fast auf fünfzig Jahre, auf

die Zeit von 1847 bis 1895 verteilt. Bei weitem nicht jeder, der diesen Schatz gern besitzen möchte, verfügt über die Zeit und die Kenntnisse, um ihn zu heben, zu sammeln. Es erschien daher dem Verfasser als ein Gebot nationaler Pflichterfüllung, diese Arbeit für tausende deutscher Landsleute zu unternehmen, ihnen den herrlichen Schatz der Mahnworte Bismarcks an unser Volk gesammelt zu übergeben und in einer billigen Volksschrift jedem zugänglich zu machen. Wie es seit des ehrwürdigen Knigges „Umgang mit Menschen" Bücher gibt, welche uns über den „guten Ton in allen Lebenslagen" zweckdienlich unterrichten, so bieten Bismarcks Mahnworte an das deutsche Volk einen untrüglichen Wegweiser in allen Irrgängen unseres Parteilebens, bei allen Zweifeln und Anfechtungen, die den deutschen Vaterlandsfreund vom richtigen Wege ablenken könnten — immer weist Bismarck ihm den richtigen Weg. Die Feinde unserer nationalen Sache, auch wenn sie sich noch so kunstvoll als unsere Freunde maskieren, werden uns an der Hand dieses Wegführers, dieses Staats- und Herzenskundigen von unvergleichlicher Größe und Bedeutung, sofort in ihrem wahren Wesen erkennbar. Und in allem Dunkel und Gram, in aller Verworrenheit und Zersplitterung unserer Tage, weist er sicher und unerschütterlich, tröstend, erhebend und willenlenkend auf den klaren, strahlenden Leitstern seines ganzen großen Lebens: das Gemeinwohl, das Heil von Kaiser und Reich, das wir über Alles, Alles in der Welt stellen müssen! So hoffen wir denn, in diesem kleinen Werke dem deutschen Volke einen zuverlässigen Führer in allen Lagen und Fragen des öffentlichen Lebens darzubieten. Wie jeder Einzelne daraus reiche Belehrung und Erhebung schöpfen wird, so wird es namentlich auch allen

Vereinen, die vaterländischen Sinn pflegen, gute Dienste leisten und ferner bei allen Wahlen den nationalen Parteien gegen reichsfeindliche oder eigensüchtige Bestrebungen und Gegenparteien als tüchtige Wehr und Waffe und nützlichstes Agitationsmittel zur Seite stehen.

Die Anordnung des Stoffes glaubte der Verfasser am besten nach der Zeitfolge der Mahnworte treffen und dabei kurz auf die geschichtliche Veranlassung hinweisen zu sollen, welche das einzelne Mahnwort Bismarcks hervorrief. Wären die Mahnworte stofflich gruppiert worden, z. B. alle Warnungen, die Bismarck von 1848 bis 1895 gegen den „Polonismus", gegen den „Fraktionspartikularismus" u. s. w. ausgesprochen hat, so hätten sich sehr ermüdende Wiederholungen derselben geschichtlichen Ereignisse nicht vermeiden lassen. Dagegen ist dem Bedürfnis des Lesers, die über ein halbes Jahrhundert zerstreuten Äußerungen Bismarcks über die Hauptpunkte unseres nationalen Lebens, gleichsam nach gewissen Stichworten einheitlich zusammengestellt zu finden, durch das alphabetische Register am Schlusse des Werkchens Rechnung getragen. Natürlich finden sich in dieser Schrift bei weitem nicht alle „geflügelten Worte" Bismarcks vereinigt, sondern nur solche, die aus Anlaß einer Warnung oder Mahnung an sein deutsches Volk von ihm gesprochen oder geschrieben wurden. Und auch von diesen Warnungen und Mahnungen wurden nur diejenigen von bleibender Bedeutung ausgewählt. Immerhin belaufen sich auch diese noch auf hunderte von Kernsprüchen.

I.

Aus den Jahren 1847 bis 1851.

Der Gutsbesitzer und Deichhauptmann Otto v. Bismarck-Schönhausen war 32 Jahre alt, als er 1847 in den „Vereinigten preußischen Landtag" eintrat. Schon hier war er unstreitig der bedeutendste und schneidigste Redner der Altkonservativen und sein Name weit über Preußens Grenzen hinaus berühmt geworden, als er sich am 28. Juli 1847 mit Johanna v. Puttkamer vermählte. In seinen Reden auf jenem ersten Vereinigten Landtage Preußens tritt jedoch im allgemeinen der jugendliche konservative Heißsporn so lebhaft hervor, und ihr Inhalt betrifft so ausschließlich damalige politische Verhältnisse, daß hier keines der vielen Kernworte wiedergegeben werden kann, welche den Namen Bismarck schon damals Allen geläufig machten*).

Aus dem Jahre 1848 dagegen haben wir schon mehrere seiner Äußerungen aufzuzeichnen. So verlangte er im Vereinigten Landtag am 5. April von der Regierung Aufklärung über ihre schwächliche Haltung und Versöhnungspolitik gegenüber den bald nachher zum offenen, blutigen Aufruhr anwachsenden national-polnischen Verhetzungen in Posen, mit den denkwürdigen Worten: „Ich vermisse die dreiste Berührung einer der

*) Daneben freilich enthalten sie schon viel staatsmännische Weisheit bezüglich der damals streitigen Fragen. Hierüber wie über alles Folgende findet der Leser eingehende Aufschlüsse in dem großen biographischen Werke Blum, „Fürst Bismarck und seine Zeit". (München, Beck, 1894/95.)

tiefsten Wunden, die der Ruhe Preußens geschlagen sind. Ich meine die polnisch-nationale Entwickelung des Großherzogtums Posen, welche die Regierung sich zur Aufgabe gestellt zu haben scheint." Er erhielt keine Antwort. Dagegen machte er seinem gepreßten Herzen nach Schluß des Landtags, am 20. April, in einer Zuschrift an die Magdeburgische Zeitung Luft. Da schrieb er: „Die Befreiung der wegen Landesverrates" (begangen 1846) „verurteilten Polen ist eine der Errungenschaften des Berliner Märzkampfes" (der Revolution vom 18. März 1848) „und zwar eine der wesentlichsten. Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Straßen gezogen. Zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchen. So hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eigenen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom zu Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das beste von dem entzogen werde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken, einer schwärmerischen Theorie zu Liebe. Eine nationale Entwicklung des polnischen Elements in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben als das, der Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu dienen. Wie kann aber ein Deutscher weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zu Liebe, dafür schwärmen, dem Vaterlande in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der viel gieriger nach Eroberung auf unsere Kosten

sein muß, als der russische Kaiser. Schutz gegen Rußland brauchen wir von Polen nicht, wir sind uns selbst Schutz genug. Ich halte daher unsere jetzige Politik in Bezug auf Posen für die bedauerlichste Don Quixoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat. Gutsbesitzer von B. auf Schönhausen."

Aus den Reden Bismarcks in der II. Kammer des preußischen Landtags im Jahre 1849 merken wir uns folgende Worte vom 21. März: „Es ist kein Ausdruck im letzten Jahre mehr mißbraucht worden, als das Wort ‚Volk'. Jeder hat das darunter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte; gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die es ihm gelungen war, für seine Ansicht zu gewinnen. Das wahre preußische Volk hat in der letzten Zeit viel Geduld gezeigt und große Leichtgläubigkeit gegen diejenigen, die sich seine Freunde nennen." Am folgenden Tage (22. März) sprach Bismarck zum erstenmale seine Auffassung von konstitutionellem Königtum aus, die er sein Leben lang festgehalten hat. Er sagte da u. A.: „Die konstitutionelle Monarchie liegt für unsere Verhältnisse gerade in dem Begriffe des Rechts mitten inne. Es ist ein weitverbreitetes Vorurteil, daß ein konstitutioneller König kein König von Gottes Gnaden sein könne. Ich bin der Meinung, er ist es gerade recht." Ganz in demselben Sinne fügte er am 21. April hinzu: „Mag in Belgien oder Frankreich, in Anhalt-Dessau oder da, wo der morgenrötliche Glanz der mecklenburgischen Freiheit strahlt, konstitutionell sein, was da will, hier ist nur das konstitutionell, was auf der preußischen Verfassung beruht." Dieselben Gedanken legte Bismarck in der zweiten preußischen Kammer am 24. September 1849 ausführlicher dar. Da rief er: „Das Wort ‚konstitutionell' ist eines der Stichwörter, die in neuester Zeit das Recht haben, an die Stelle jedes Grundes sich einzustellen. Aber über die Bedeutung dieses Wortes werden Sie selten zwei Menschen einig finden, jeder beschuldigt seinen Gegner des falschen Kon-

stitutionalismus, und eine maßgebende Auslegung fehlt. Die meisten scheinen anzunehmen, daß Bestimmungen, welche in England, Frankreich, Belgien Gültigkeit haben oder gehabt haben, konstitutionell seien und aus diesem Grunde, welches auch die Folgen davon seien, in Preußen eingeführt werden müssen. Bei uns ist verfassungsmäßig seit Jahrhunderten ein selbständiges Königtum, ein Königtum, welches zwar im Laufe der Zeit und namentlich der letzten Jahre einen beträchtlichen Teil seiner Rechte auf die Volksvertretung übertragen hat, aber freiwillig und nicht etwa, weil ihm die Widerstandsfähigkeit fehlte. Aber eben dieses Königtum unterscheidet sich dadurch von den konstitutionellen Dynastien in England, Frankreich und Belgien, daß dort die Krone, wie ein gemeines Volkssprichwort sagt: gleich einem geschenkten Gaul u. s. w. aus den blutigen Händen der Revolution überreicht ist unter denjenigen Bedingungen, wie nun die Revolution für gut fand, jenen Dynastien aufzulegen. Die Berufungen auf England sind unser Unglück; geben Sie uns alles Englische, was wir nicht haben, geben Sie uns englische Gottesfurcht und englische Achtung vor dem Gesetze, die gesamte englische Verfassung, aber auch die gesamten Verhältnisse des englischen Grundbesitzes, englischen Reichtum und englischen Gemeinsinn, besonders aber ein englisches Unterhaus, kurz und gut alles, was wir nicht haben, dann will ich auch sagen, Sie können uns nach englischer Weise regieren. Aber aus dieser Möglichkeit würde ich noch immer keine Verpflichtung für die preußische Krone entnehmen, sich in die machtlose Stellung drängen zu lassen, welche die englische Krone einnimmt, die mehr als ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes erscheint, während ich in der unsrigen den tragenden Mittelpfeiler desselben erkenne. Es wird häufig auf unsern politischen Bildungsprozeß das Sprichwort angewandt: wenn wir schwimmen lernen wollen, müssen wir ins Wasser gehen; das mag wahr sein, aber ich sehe nicht ein, warum jemand, der schwimmen lernen will, gerade da

hineinspringen soll, wo das Wasser am tiefsten ist. Die Grundlage unserer Verfassung bildet die Gleichberechtigung der Krone, der ersten und zweiten Kammer in der Gesetzgebung. Ändern Sie diese Gleichberechtigung zum Nachteil der Krone, entziehen Sie die Gesetzgebung über Steuern, über deren Einnahme und Ausgabe, dieser allgemeinen Regel, so vernichten Sie die Selbständigkeit der Krone zu Gunsten von Mehrheiten, deren Geltung auf der gewagten Voraussetzung beruht, daß ein jeder einzelne der künftigen preußischen Abgeordneten in der Lage sein werde, sich über alle Fragen der Politik und Gesetzgebung ein unabhängiges und unbefangenes Urteil zu bilden.“

In einem Schreiben vom 4. Oktober 1849 an den einflußreichen Stadtverordneten Meus seines Wahlkreises Rathenow sprach Bismarck gleichfalls eine Überzeugung aus, die er sein ganzes Leben lang festgehalten hat. Denn da sagte er: „Unser Unglück in der Kammer ist und bleibt der Ehrgeiz der Parteiführer. Wer über ein Dutzend Stimmen verfügt, betrachtet sich als den rechtmäßigen Erben eines Portefeuilles und findet, daß sein Vorgänger, der jetzige Minister, schon viel zu lange im Amte ist. An diesen Führern hängt eine große Menge von Leuten, die glauben, bei einem Wechsel der Minister wenigstens mit einer Präsidentenstelle bedacht zu werden.“

Die große Rede, welche Bismarck am 15. November 1849 in der preußischen zweiten Kammer gegen die Civilehe hielt, wurde ihm noch mehrere Jahrzehnte später entgegengehalten, als er für die Civilehe in Preußen und im Deutschen Reiche eintrat. Aber der unvergängliche Wert jener Rede liegt nicht in den weniger haltbaren Einwendungen gegen die Civilehe, als in den folgenden Sätzen, die Bismarck nie verleugnet hat, ja die drei Jahrzehnte später in seiner großartigen deutschen Sozialpolitik in die That umgesetzt worden sind: „Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignorieren. Haben Sie dem Menschen den geoffenbarten Unterschied zwischen gut und böse, den Glauben daran

genommen, so können Sie ihm zwar beweisen, daß Raub und Mord durch die Gesetze, welche die Besitzenden zum Schutze ihres Eigentums und ihrer Person gemacht haben, mit schweren Strafen bedroht werden, aber Sie werden ihm nimmermehr beweisen, daß irgend eine Handlung an und für sich gut oder böse sei. Ich habe in dieser Zeit manchen Lichtfreund zu der schnöden Erkenntnis kommen sehen, daß ein gewisser Grad von positivem Christentum dem gemeinen Mann nötig sei, wenn er nicht der menschlichen Gesellschaft gefährlich werden soll. Fahren wir auf diesem Wege fort, so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert.“ In derselben Rede sagte er: „Das Ausländische hat immer einen gewissen vornehmen Anstrich für uns. Man hat uns im Laufe der Verhandlung gesagt, daß Europa uns für ein Volk von Denkern halte. Meine Herren! Das war früher! (Heiterkeit). Die Volksvertretungen der letzten zwei Jahre haben uns um diesen Ruf gebracht, sie haben dem enttäuschten Europa nur Übersetzer französischer Makulatur, aber keine Selbstdenker gezeigt.“

Über das von der Demokratie der Bewegungsjahre stets geforderte „Aufgehen Preußens in Deutschland“ äußerte sich Bismarck in dem Wahlprogramm, das er mit seinen altkonservativen Gesinnungsgenossen für die Wahlen zum Erfurter Unionsparlament aufstellte, folgendermaßen: „Die Zeit ist vorüber, wo die Meinung Gehör fand, daß man den preußischen Staat schwächen oder auflösen dürfe, um Deutschland groß zu machen; die Stärke Preußens hat Deutschland gerettet; die Liebe und Treue zwischen dem preußischen Volke und seinem Königshause hat die Bestrebungen der Partei zu Boden geschlagen, welche in Unordnung und Anarchie die Freiheit und das Glück der Völker sucht. Die früheren Pläne zur Einigung Deutschlands sind zum Gegenstand ruhiger Prüfung geworden.“

Seinem Wunsche gemäß, wurde Bismarck in seinem treuen Wahlkreise Rathenow zum Erfurter Volkshause gewählt und

hatte hier Gelegenheit, seine Herzensmeinung über die sogenannten „Grundrechte“ und namentlich über die zügellose „Vereinsfreiheit“ am 17. April 1850 auszusprechen: „Wenn ich alle diese Grundrechte als Eroberungen der Revolution auf Kosten des allgemeinen Grundrechtes des friedlichen Bürgers, des Rechtes auf ungestörten Schutz durch die Obrigkeit betrachte, so sehe ich gerade in dem Vereinswesen die gefährlichste Waffe der Geister, die verneinen, gegen jede obrigkeitliche Autorität. Warum soll die Obrigkeit sie nicht zerbrechen, sobald sie die Macht dazu fühlt? Ich glaube, daß das Vereinsrecht ein Recht ist, dessen Mißbrauch entschieden den Gebrauch übertrifft . . . Es wird so viel gemißbraucht, daß es ganz unbrauchbar ist, und ich kann mich gegen die üblen Folgen dieses Rechtes nicht mit jenem moralischen Vertrauen waffnen, welches von jener Seite gegen alle Fehler der Verfassung geltend gemacht wird, mit dem unbegrenzten Vertrauen auf den Edelmut der Menschen. Ich glaube, daß besonders das Vereinsrecht imstande ist, dieses Vertrauen auf das bitterste zu täuschen. Gerade in dem Vereinsrechte liegt vorzugsweise die Schneide jener Schere, mit welcher die konstitutionelle Delila dem Simson der Monarchie die Locken verschneidet, um ihn den demokratischen Philistern wehrlos in die Hände zu liefern. Ich möchte Sie also bitten, meine Herrn, alles zu thun, was in Ihrer Macht steht, damit dieser Blasebalg der Demokratie nicht in den Händen verbleibe, um die Kohlen unter der Asche anzublasen. Ich will die Demokratie nicht gerade das Reich der Geister nennen, aber die Geister, die verneinen, gehören ihr.“

Die Schwierigkeiten Preußens, die in Erfurt vom Parlament angenommene Unionsverfassung gegen den Willen Österreichs und nach dem Abfall Hannovers und Sachsens durchzuführen, und die Verwickelungen der schleswig-holsteinischen und kurhessischen Frage hatten sich im Laufe des Jahres 1850 so vergrößert, daß jeden Augenblick der Ausbruch des Krieges gegen Österreich und Bayern drohte. Die liberalen Parteien der

preußischen zweiten Kammer verlangten, daß Preußen lieber das Schwert ziehe, als sich demütige. Bismarck aber warf in der Sitzung vom 3. Dezember die Frage auf: „Warum führen große Staaten heutzutage Krieg?" „Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Die preußische Ehre besteht nach meiner Überzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quixote spiele für gekränkte Kammerberühmtheiten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung. Ein Krieg, für die Union von Preußen geführt, könnte mich nur lebhaft an jenen Engländer erinnern, der ein siegreiches Gefecht mit einer Schildwache bestand, um sich in dem Schilderhause hängen zu können, ein Recht, welches er sich und jedem freien Briten vindizierte."

II.

Aus der Zeit, da Bismarck preußischer Bundestags-Gesandter in Frankfurt a. M. war (1851 bis 1859).

Am 11. Mai 1851 traf Bismarck als Vertreter Preußens bei dem reaktivierten deutschen Bundestage in

Frankfurt a. M. ein. Am 15. Juli wurde er endgültig zum preußischen Bundestagsgesandten ernannt und hat dieses Amt bis zum 5. März 1859 bekleidet. Die fast ausschließlich diplomatische Wirksamkeit Bismarcks während dieser acht Jahre bietet naturgemäß der vorliegenden Schrift geringere Ausbeute. Dennoch aber finden sich in manchem der geheimen amtlichen Berichte des preußischen Gesandten an seinen Chef, den Ministerpräsidenten von Manteuffel, oder an den König selbst, und in manchem seiner vertraulichen Briefe und Schreiben Äußerungen, die wir mit vollem Rechte zu den „Mahnworten an das deutsche Volk" rechnen dürfen, wenn sie ursprünglich auch nur an die Empfänger jener Berichte und Briefe gerichtet waren. Denn jene acht Jahre der Gesandschaftsthätigkeit Bismarcks am Bundestage sind acht Jahre unablässigen Kampfes um die Rechte Preußens und des ganzen deutschen Volkes gegenüber der österreichischen Bevormundung und Herrschsucht. Je klarer Bismarck in diesen Jahren reifender politischer Einsicht die Unhaltbarkeit und das elende Ungenügen der bestehenden deutschen Bundesverfassung und Preußens großen deutschen Beruf erkennt, um so häufiger werden seine Mahnworte an die leitenden preußischen Staatsmänner und an einflußreiche Freunde.

Als erstes dieser Mahnworte aus Bismarcks Bundestagszeit möchten wir jene Stellen aus seinem vertraulichen Schreiben an den Minister Manteuffel vom 29. November 1853 anführen, welche sich mit der damals tobenden Empörung der badischen Klerisei gegen die badische Regierung beschäftigen und Bismarck Gelegenheit geben, seine tiefe Erkenntnis vom Wesen des Ultramontanismus darzulegen, die er sein ganzes ferneres Leben hindurch unverändert festgehalten hat. Da schreibt er: „Es handelt sich hier nicht um eine Zwistigkeit zwischen der badischen Regierung und dem Erzbischof von Freiburg, sondern um die Sache aller protestantischen Obrigkeiten gegenüber dem streitbaren, unersättlichen und in den Ländern evangelischer Fürsten unversöhnlichen Geiste, welcher seit dem letzten Jahrzent einen Teil

der katholischen Geistlichkeit beseelt, ein Geist, für welchen erlangte Zugeständnisse stets die Grundlage neuer Zugeständnisse bilden, und dessen Forderungen jede Regierung zu berücksichtigen Anstand nehmen muß, weil die Erfahrung lehrt, daß der Friede mit ihm ohne Einräumung unumschränkter Alleinherrschaft nicht erreichbar ist. Die römische Kirche erfreut sich in Preußen einer Unabhängigkeit, wie sie derselben kaum von irgend einem katholischen Landesherrn bisher eingeräumt worden ist, und doch kann man nicht sagen, daß der Friede mit dem Staate deshalb in Preußen gesichert sei. Eine derartige Erfahrung muß bei evangelischen Regierungen den Entschluß wecken, auch anscheinend billigen Forderungen gegenüber jeden Zollbreit des Besitzstandes mit Entschlossenheit zu verteidigen, umsomehr, wenn derartige Ansprüche, wie jetzt in Baden erhoben werden." Am 20. Januar 1854 setzte Bismarck in einem vertraulichen Briefe an seinen Gönner den General v. Gerlach, den einflußreichsten Vertrauten des Königs Friedrich Wilhelm IV., hinzu: „Es ist nicht nur kein christliches Bekenntnis, sondern ein heuchlerischer, götzendienerischer Papismus voll Haß und Hinterlist, der hier einen unversöhnlichen, mit den infamsten Waffen geführten Kampf gegen die protestantischen Regierungen, und besonders gegen Preußen, als die weltlichen Bollwerke des Evangeliums, unterhält. Und doch sind wir gerechter gegen die römische Kirche, wie irgend ein katholischer Staat. Die badische Regierung ist eine elende Bureaukratie*) und hat die einzige haltbare Stellung gegen den Bischof, die des ausschließlichen Protestantismus, nicht einzunehmen gewußt, ist auch zu schwach dazu; aber so lange mir mein Bekenntnis höher steht, als meine politische Ansicht, glaube ich auch diese mattherzigen Protestanten gegen den gefährlichen Feind als Mitstreiter ansehen zu müssen, der mit

*) Natürlich bezieht sich dieses harte Urteil nur auf die damalige Regierung Badens.

seinen anmaßlichen Menschensatzungen die Offenbarung Gottes fälscht und die Abgötterei als Grundlage weltlicher Herrschaft pflegt. Ist die Aufhetzung der Soldaten in den Kasernen durch Flugblätter, der Bauern von den Kanzeln herab wirklich die Sprache des Chrysostomus und Ambrosius, oder gar der Apostel, oder haben diese mit der weltlichen Obrigkeit in der Weise gehadert, und gleich Hecker und Struve erklärt, daß Gesetze unverbindlich seien für den, welcher sie für ungerecht hält? Heißen die Worte: Gott mehr gehorchen als den Menschen, ebensoviel wie: dem Bischof mehr gehorchen, als dem Großherzog, und bestehen die Rechte Gottes und die Freiheit seiner Kirche wirklich notwendig in dem, was der Bischof unter Aufkündigung des Unterthanenverbandes dem Großherzog abtrotzen will? Das alles halte ich aus der innersten Überzeugung meines Glaubens für so falsch, wie die Unterschiebung der hiesigen Bischöfe als Gesalbte ‚des Herrn' und ‚Nachfolger der Apostel' oder der ehrgeizigen Priester als ‚Schutzmächte der Ehre der unbefleckten Braut', oder die Affektation eines Cyprianischen Märtyrertums in dem erzbischöflichen Palast in Freiburg."

In einem Privatschreiben an den Minister Manteuffel vom 11. Februar 1855 sagt Bismarck schon, wie später seit 1866 und namentlich seit 1870 oftmals: „Die Südwestspitze Deutschlands ist eine Art Schlußstein des deutschen Gewölbes, dessen Fall von schwerer Bedeutung werden kann und der Stütze deshalb ebenso wert als bedürftig erscheint."

Infolge der Feindseligkeit Österreichs in allen Streitfragen mit Preußen am Bunde von 1851 bis 1856, und namentlich nach dem treulosen Verhalten Österreichs während der orientalischen Wirren von 1853 bis 1856, ist Bismarck zu den Überzeugungen gelangt, die er in seinem berühmten „Prachtbericht" an Manteuffel vom 26. April 1856 in den Worten ausspricht: „Die überlieferte Politik Österreichs und seine Eifersucht gegen uns würde auch durch einen Personalwechsel in

der dortigen Leitung nicht beseitigt sein, und ich könnte dem alten Fuchs im neuen Pelze ebenso wenig trauen, wie bisher im räudigen Sommerhaar. Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide. Selbst der scharfe Druck von außen, die dringendste Gefahr der Existenz beider, vermochte 1813 und 1814 das Eisen nicht zu schmieden. Der deutsche Dualismus hat seit 1000 Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert, regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine inneren Beziehungen geordnet, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwickelung auf ihre richtige Stunde stellen können. Ich beabsichtige mit dieser Ausführung keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsere Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Österreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Österreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat. Ist dieses richtig, so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverleugnung so weit zu treiben, daß wir das eigene Dasein einsetzen, um die Unversehrtheit von Österreich zu schützen, und zwar in einem, meines Erachtens hoffnungslosen Kampfe. Und wenn wir wirklich gegen ein französisch-russisches Bündnis siegreich bleiben, wofür hätten wir schließlich gekämpft? Für die Erhaltung des österreichischen Übergewichts in Deutschland, und der erbärmlichen Verfassung des Bundes."

Die Unabhängigkeit der preußisch-deutschen Politik, unter Umständen auch im Einverständnis mit Frankreich gegen Österreich und andere Feinde Preußens, wahrt Bismarck in einem Schreiben vom 2. Mai 1857 an den General von Gerlach, der gleich dem Könige eine unüberwindliche Abneigung gegen jede Annäherung an Frankreich und den Kaiser Napoleon hatte. Bismarck schreibt: „Frankreich interessiert mich

nur insoweit, als es auf die Lage meines Vaterlandes reagiert, und wir können Politik nur mit dem Frankreich treiben, welches vorhanden ist, dieses aber aus den Kombinationen nicht ausschließen. Ein legitimer Monarch wie Ludwig XIV. ist ein ebenso feindseliges Element wie Napoleon I. Frankreich zählt mir, ohne Rücksicht auf die jeweilige Person an seiner Spitze, nur als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachspiel der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen den Beruf habe. Sympathieen und Antipathieen in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen: es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Die Interessen des Vaterlandes dem eigenen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es thut, und darum schweige ich über diesen Punkt. In der Gefühlspolitik gibt es gar keine Gegenseitigkeit, sie ist eine ausschließlich preußische Eigentümlichkeit; jede andere Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Ausführungen drapieren mag.“ Am 11. Mai setzte Bismarck hinzu: „Ich habe“ (während des orientalischen Krieges) „auf die Frage, ob ich russisch oder westmächtlich sei, stets geantwortet: ich bin preußisch, und mein Ideal für auswärtige Politik ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten und Regenten.“

Ganz in demselben Sinne sagt Bismarck in einer amtlichen Denkschrift an Manteuffel vom 2. Juni 1857: „Ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fernzuhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen, und wenn wir uns nicht die Rolle des Hammers

vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Ambos übrig. In der Politik thut niemand etwas für den anderen, wenn er nicht zugleich sein Interesse dabei findet. Die Dankbarkeit und das Vertrauen werden im Falle der Not nicht einen Mann für uns ins Feld bringen; die Furcht, wenn sie vorsichtig und geschickt benutzt wird, kann den ganzen Bund zu unserer Verfügung stellen, und um sie einzuflößen, müssen wir offenkundige Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich geben. Deshalb dürfte es sich unter allen Gesichtspunkten empfehlen, unseren Beziehungen zu Frankreich jede Pflege angedeihen zu lassen, welchen nicht unabweisliche Rücksichten entgegenstehen."

Als letzte Äußerungen Bismarcks aus der Zeit seiner Bundestagsgesandtschaft setzen wir hierher die berühmte Stelle aus einem Briefe vom 2. April 1858 an einen unbekannten Adressaten: „Ich glaube, daß wir den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen. Die Regierungen werden schwer daran gehen, aber wenn wir dreist und beharrlich wären, könnten wir viel durchsetzen." Am würdigsten aber schließt dieser Abschnitt mit einigen Sätzen aus jenem Bericht, den Bismarck im März 1858 an Manteuffel sandte, d. h. zu einer Zeit, wo die „neue Ära" Preußens unter der Regentschaft des Prinzen von Preußen, des späteren Königs und Kaisers Wilhelms I., sich vorbereitete. Diesen Bericht nennt Bismarck mit Recht selbst eine Denkschrift „betr. die Inangriffnahme einer selbständigen preußisch-deutschen Politik". Dasselbe Verlangen haben wir ihn von Frankfurt aus schon früher erheben sehen. Bemerkenswert ist aber in dieser Denkschrift die Tiefe der Begründung. Denn hier heißt es: „Preußen muß wieder zu der leitenden Stellung gelangen, die es vor 1848 einnahm. Seine Überlegenheit an Mitteln auf diesem Gebiete ist im Vergleich mit Österreich und anderen deutschen Staaten noch immer bedeutend. Die Sicherheit, daß der König von Preußen auch dann noch Herr im Lande bleibe, wenn das gesamte stehende

Heer aus demselben herausgezogen würde, teilt kein anderer kontinentaler Staat mit Preußen. Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist, ohne die Autorität der Regierung zu beeinträchtigen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland. Preußen vermag seiner Landesvertretung und seiner Presse ohne Gefahr auch in betreff rein politischer Fragen einen freieren Spielraum zu gewähren als bisher. Die Gesamtkraft Preußens darf nicht durch Reibungen im Innern teilweise gebrochen werden, sonst kann sie nach außen hin nicht den dominierenden Einfluß auf Deutschland ausüben, welcher ihr sicher ist, wenn sie ungeschwächt zur Wirkung gelangt. Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sicheren Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine belebtere Thätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Aktion auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann. Die gerade für Preußen spezifisch notwendige Bundespolitik kann durch die Öffentlichkeit und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen."

III.

Aus der Zeit der Gesandtenthätigkeit Bismarcks in Petersburg (1859 bis 1862).

Am 5. März 1859 wurde Bismarck zum preußischen Gesandten in Petersburg ernannt. Wenige Monate später brach der italienisch-österreichische Krieg aus, in welchem Frankreich dem sardinischen Heere zu Hülfe zog. In Preußen war seit Oktober 1858 die Regentschaft des Prinzen von Preußen förmlich eingesetzt, und dieser klarblickende Regent versagte und behütete Preußen vor dem Ansinnen Österreichs und der deutschen Mittel- und Südstaaten, ein preußisches Hülfsheer zu Gunsten Österreichs abzusenden, um — wie der österreichische Hochmut damals verlangte — „Deutschland (!) am Po und Mincio zu verteidigen" und in Frankreich einzufallen. Nun regnete es Drohungen und Anklagen gegen das „verräterische" Preußen

und die giftigsten Verleumdungen gegen Bismarck, von dem die Kundigen aus seiner tapferen diplomatischen Frankfurter Kriegführung gegen Österreich wußten oder vermuteten, daß sein Allen überlegener Geist diese angeblich „treulose“ und „bundeswidrige“ preußische Politik nicht blos vollkommen billige, sondern auch anstifte und ermuntere. Doch hatte Preußen Anfang Mai, um allen Wendungen gewachsen zu sein, sich in Kriegsbereitschaft gesetzt. Diese Vorgänge bilden den geschichtlichen Hintergrund für Bismarcks nachstehende Äußerungen. Am 12. Mai 1859 schrieb er aus Petersburg an den auswärtigen preußischen Minister der „neuen Ära“, Herrn v. Schleinitz, auf grund seiner achtjährigen Erfahrungen beim Bundestage: „Stets haben wir uns derselben kompakten Mehrheit, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni (mit Blut und Eisen) werden heilen müssen. Das Wort ‚deutsch‘ für ‚preußisch‘ möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus abnützt. Wenn die Mittelstaaten, ‚die Staatsmänner von Bamberg‘, uns aber ‚durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen irre zu machen suchen‘, fährt er fort, „und sich dabei der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemutet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existieren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorieen in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde, dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuten, ihnen zu folgen,

anderen Interessen dienen als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. Ich glaube, wir sollten den Handschuh aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Mehrheit in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Überschreitung der Zuständigkeit, eine willkürliche Änderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu tage tritt, desto besser. In Österreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Übermute nachhälfen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn herausbilden würden, als die bisherigen."

Über die boshaften Verleumdungen seiner Feinde schrieb Bismarck am 16. Juni 1860 an einen Freund: Sie hätten „immer noch Angst" daß Bismarck Minister werde, „und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Ich glaube gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer". Diese gerechte und stolze Selbstverteidigung Bismarcks gehört durchaus mit in unsere Sammlung, da seine Worte die Gesinnung und das Wesen des mahnenden Propheten unseres Volkes so hoch stellen, wie ihm gebührt.

Inzwischen hatte auch das liberale Ministerium der neuen Ära in Preußen, welches unter Leitung des Herrn v. Schleinitz

auf „moralische Eroberungen" ausging, bis zum Juli 1861 weder moralische noch sonstige Eroberungen zustande gebracht. Seit dem 2. Januar 1861 herrschte König Wilhelm I. in Preußen, sein Kriegsminister war Albrecht v. Roon, der seit Jugendtagen mit Bismarck befreundet war. Der König und sein Kriegsminister hatten schon 1858 den umfassenden Plan einer Reorganisation des preußischen Heeres ausgearbeitet und zu Beginn des Jahres 1860 eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Landtag unterbreitet. Aber gerade in dieser für Preußens und Deutschlands Zukunft wichtigsten Frage hatten sich die liberalen Minister schwach erwiesen. Der König wie das Abgeordnetenhaus glaubten sich in ihren vornehmsten Rechten gekränkt. Zweimal, 1860 und 1861, hatte das Abg.-Haus die Heeresvorlage abgelehnt. Der schwerste innere Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung seit dem Bestehen der preußischen Verfassung war damit ausgebrochen, die „Konfliktszeit", die bis zu Ende des Jahres 1866 dauern sollte. Wiederholt hatte Roon dem Könige vorgeschlagen, den Petersburger Gesandten Otto v. Bismarck an die Spitze des preußischen Ministeriums zu berufen. Doch hatte König Wilhelm bisher gezaudert, diesem Rate stattzugeben, da Bismarck bei den Liberalen im Rufe eines rücksichtslosen und gewaltthätigen „Junkers" stand, seine Berufung zum Minister daher die letzten Wege zur Versöhnung verschließen würde. Nach dem Schlusse des Landtags, am 5. Juli 1861, erneute aber Roon diese Vorstellungen beim König, da dieser nun auch die schleswig-holsteinische und kurhessische Frage zur Lösung bringen wollte. Und am 28. Juni telegraphierte Roon an Bismarck nach Petersburg, dieser möge seine beabsichtigte Urlaubsreise sogleich antreten, und zwar nach Berlin. Es sei Gefahr in Verzug. Darauf antwortete Bismarck am 2. Juli, indem er die Grundzüge einer kräftigen und erfolgreichen inneren und äußeren Politik Preußens darlegte: „Meinem Eindruck nach lag der Hauptmangel unserer bisherigen Politik darin, daß wir liberal in Preußen und kon-

servativ im Auslande auftraten, die Rechte unseres Königs wohlfeil, die fremder Fürsten zu hoch hielten. Eine natürliche Folge des Dualismus zwischen der konstitutionellen Richtung der Minister und der legitimistischen, welche der persönliche Wille Sr. Majestät unserer auswärtigen Politik gab. Nur durch eine Schwenkung in unserer ‚auswärtigen' Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang entlastet werden, dem sie auf die Dauer sonst thatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle. Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei jedem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit 14 Jahren haben wir der Nation Geschmack an der Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gassen. Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Waden, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden. Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesamtregierung keine gedeihlichen Ergebnisse, wenn unsere auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von (außerpreußischen) dynastischen Sympathien wird, an denen wir aus Mangel an Selbstvertrauen eine Anlehnung suchen, die sie nicht gewähren können und die wir nicht brauchen."

Wenige Monate später, am 8. September 1861, gab Bismarck in einem Schreiben an seinen gemäßigt-konservativen Freund v. Below-Hohendorf zum ersten Male die Losung aus, daß Preußen eine deutsche Nationalvertretung schaffen müsse. Er sagte da: „Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugnis

abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die notwendige Änderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben. Wir brauchen eine straffere Befestigung der deutschen Wehrkraft so nötig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens, und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Gestaltung der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament so zimperlich zurückschrecken. Eine Einrichtung, die in jedem deutschen Staate gesetzliche Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen! Auf dem nationalen Gebiete würden bisher sehr mäßige Zugeständnisse immer noch als sehr wertvoll anerkannt werden. Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten."

Bismarcks Anwesenheit in Berlin, im Juli 1861, führte seine Ernennung zum Minister noch nicht herbei, ebenso wenig das abermals von Roon veranlaßte Erscheinen Bismarcks in Berlin im Mai 1862. Vielmehr ernannte der König Herrn v. Bismarck am 22. Mai 1862 zum Gesandten in Paris. Doch als auch der im Mai 1862 neugewählte Landtag alle Kosten für die Reorganisation des preußischen Heerwesens verweigerte, erschien Bismarck nun auch dem Könige als der alleinige Retter in der Not. Am 15. September telegraphierte Roon dem Freunde nach Frankreich: „Die Birne ist reif". Am 18. folgte ein zweites Telegramm Roons: „Gefahr im Verzuge. Eilen Sie." Am 20. September morgens traf Bismarck in Berlin ein. Am 23. Nachmittags übergab ihm König Wilhelm die Ordre, welche Bismarck an die Spitze des preußischen Staatsministeriums berief.

IV.

Aus den ersten Jahren der Ministerthätigkeit Bismarcks, der Konfliktszeit, bis zum Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges (September 1862 bis Ende Januar 1864).

Während die gesamte preußische Opposition bei der Kunde von dieser Ernennung in den Ruf ausbrach: „Herr von Bismarck, das ist der Staatsstreich", kam der neue Minister den Gegnern der Regierung mit ungeahnter Versöhnlichkeit und aufrichtigen Warnungen vor Verschärfung des Verfassungskonfliktes entgegen. Am 30. September 1862 gab Bismarck nämlich in der Budgetkommission folgende Erklärungen ab: Eine Verfassung werde gegeben nicht als etwas Todtes, wohl aber als etwas erst zu Belebendes. Ihre Auslegung aus der Praxis, aus der lebendigen Wirksamkeit der Verfassung, zu übereilen, sei nicht rätlich; dann werde die Rechtsfrage leicht zur Machtfrage. Der Konflikt betreffe die Grenze zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt. Die Krone habe noch andere Rechte, als die in der Verfassung stünden. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Krisis, wie sie auch enden möge, zum Wohle des Landes ausschlagen werde. Der Konflikt werde sich wohl noch auf verfassungsmäßigem Wege erledigen. Verfassungsfragen seien keine mathematischen Exempel; nur mit gegenseitiger Schonung seien sie zu lösen. Ein Mißbrauch von Verfassungsrechten könne von allen Seiten getrieben werden, das führe dann zur Gegenwirkung von der anderen Seite. Die Krone z. B. könne nach dem Buchstaben der Verfassung zwölfmal hintereinander auflösen, das würde aber doch Mißbrauch sein. „Wir sind vielleicht zu ‚gebildet', um eine Verfassung zu ertragen, zu kritisch; die Befähigung, Regierungsmaßregeln, Akte der Volksvertretung zu beurteilen, ist zu allgemein; im Lande giebt es eine Menge ‚catilinarischer Existenzen', die ein großes Interesse an

Umwälzungen haben. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus hold sein, darum wird ihnen doch niemand Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemale verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut." Er suche aufrichtig die Brücke der Verständigung mit dem Abgeordnetenhause und „Sie können doch uns als ehrlichen Leuten trauen".

Das Abg.-Haus aber wies in seiner großen Mehrheit jede Versöhnung zurück und verschärfte den Konflikt von Tag zu Tag, namentlich durch die Adresse, welche es auf die Thronrede vom 13. Januar 1863 erließ. Denn hier wurde den Ministern Verfassungsverletzung vorgeworfen und Deckung ihrer Personen durch den erhabenen Namen des Königs. Bismarck erklärte schon in der Adreßkommission scharf: „Es giebt eine Grenze dafür, was ein König von Preußen anhören kann. Die Adresse setzt zwar eine Trennung und Unterscheidung zwischen König und Regierung voraus, so, als ob der König durch Krankheit oder Abwesenheit verhindert gewesen, von den Handlungen der Regierung und des Landes Kenntnis zu nehmen. So liegt die Sache nicht. Die Adresse trifft den König. Der Vorhang, mit welchem man die Unterscheidung bedeckt, ist zu durchsichtig. Die Akte, in denen die Verfassungsverletzung gefunden wird, sind im Namen des Königs eingebracht. Eine Trennung ist nicht zu erreichen. Wir, die Minister, nehmen die Eide ebenso ernst, wie Sie, die Abgeordneten. Als Verfassungsfreund will ich darauf hinweisen, man möge nicht zu oft von Verfassungsverletzungen sprechen. Solche Mittel schwächen sich durch Wiederholung ab." Im Abg.-Hause selbst erneuerte Bismarck diese

Erklärung in der Adreßdebatte am 27. Januar 1863 mit den Worten: „Ich weise die Trennung der Minister von der Krone, wie sie von der Adresse angenommen wird, keineswegs zurück, um die Autorität der Krone zu einem Schilde zu machen, durch welchen das Ministerium sich deckt. Wir bedürfen dieser Deckung nicht, wir stehen fest auf dem Boden unseres guten Rechtes. Ich weise diese Trennung nur deshalb zurück, weil durch sie die Thatsache verdeckt wird, daß Sie sich im Kampfe mit der Krone um die Herrschaft dieses Landes befinden und nicht im Kampfe mit dem Ministerium. Die Verfassung hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten in allen Fragen, auch in der Budgetgesetzgebung, durchaus fest; keine dieser Gewalten kann die andere zum Nachgeben zwingen; die Verfassung verweist daher auf den Weg der Kompromisse zur Verständigung. Ein konstitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen ist. Wird der Kompromiß dadurch vereitelt, daß eine der beteiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doktrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Kompromisse unterbrochen und an ihre Stelle treten Konflikte, und Konflikte, da das Staatsleben nicht stillzustehen vermag, werden zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann. Sie erwarten Nachgiebigkeit von der Krone, wir erwarten sie von Ihnen! Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Beratung dieses Manifestes, welches unserem Königlichen Herrn überreicht werden soll, gerade zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage des jüngsten mutmaßlichen Thronerben.*) In diesem Zusammentreffen, meine Herren, sehen wir eine verdoppelte Aufforderung, fest für die Rechte des Königstums, fest für die Rechte der Nachfolger Sr. Majestät

*) Des heutigen deutschen Kaisers Wilhelm II., geb. 27. Januar 1859.

einzustehen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

In derselben Sitzung erwiderte er auf den Angriff, die „preußische" Sprache des Ministers verstehe hier niemand: „Meine Herren, ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören!" Und bei Fortsetzung der Adreßdebatte am 29. Januar that Bismarck den berühmten Ausspruch: „Der Weg, den ein preußisches Ministerium überhaupt gehen kann, ist so sehr breit nicht; derjenige, der weiter links steht, wenn er Minister wird, wird nach rechts rücken müssen; derjenige, der weit rechts steht, wenn er Minister wird, wird nach links rücken müssen, und man hat für die weiten Abschweifungen der Doktrin, wie man sie als Redner, als Abgeordneter entwickeln kann, auf diesem schmalen Pfade, auf dem die Regierung eines großen Landes wandeln kann, keinen Raum."

Am 22. Januar 1863 brach der seit langer Zeit vorbereitete polnische Aufstand in Warschau aus, der sich bald über die polnischen Provinzen Rußlands verbreitete und auch in den polnischen Provinzen Preußens Gährungen hervorrief. Diese Bewegung wurde von Österreich insgeheim, von England offener, von Frankreich ganz offen unterstützt. Bismarck aber trat mit aller Kraft dagegen auf. Preußische Truppen verhinderten an der russischen Grenze jeden Übertritt polnischer Freischaaren und jede Erhebung auf preußischem Gebiet, und zur großen Freude des Zaren erklärte sich Preußen bereit, seine Truppen auch zum Zusammenwirken mit den russischen behufs Unterdrückung des Aufstandes an der Grenze eingreifen zu lassen. Das wurde in einem geheimen preußisch-russischen Vertrage vom 8. Februar 1863 genau festgestellt. Die preußische

Opposition schwärmte dagegen für die „Freiheit“ und das „Recht“ der edeln Polen und verdammte daher Bismarcks polenfeindliche und russenfreundliche Politik in den schärfsten Ausdrücken. Am 18. Februar interpellierte die Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses den Minister, ob ein Vertrag zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes mit Rußland bestehe? Bismarck lehnte die Beantwortung ab. Gleichwohl trat das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein. Danach erwiderte Bismarck auf die leidenschaftlichen Angriffe der Gegner: „daß auch für Schmähungen der eigenen Regierung vor der Öffentlichkeit und vor dem Auslande gewisse Grenzen sich empfehlen“ und fuhr dann fort: „In dieser ganzen Sache kommt es uns nicht auf russische Politik und auch nicht auf unser Verhältnis zu Rußland an, sondern lediglich auf das Verhältnis Preußens gegen die polnische Insurrektion und auf den Schutz preußischer Unterthanen gegen die Nachteile, die aus dieser Insurrektion für dieselben hervorgehen können. Daß Rußland keine preußische Politik treibt, weiß ich, weiß Jeder. Es hat auch keinen Beruf dazu; im Gegenteil hat es die Verpflichtung, russische Politik zu treiben. Ob ein unabhängiges Polen, welches sich an der Stelle von Rußland in Warschau etablieren möchte, preußische Politik treiben würde, ob es ein leidenschaftlicher Bundesgenosse Preußens gegen auswärtige Mächte sein würde, ob es sich bemühen würde, Posen und Danzig in preußischen Händen zu bewahren, meine Herren, das überlasse ich Ihrer eigenen Erwägung zu ermessen.“ Als dann der Abg. Waldeck rief: der Gendarmendienst, den Preußen an Rußland leiste, „müsse jedem Preußen die Schamröte ins Gesicht treiben“, da entgegnete Bismarck, nachdem er vergebens den Schutz des Präsidenten gegen diese Beleidigung angerufen: „Ich glaube, für die Ehre Preußens mindestens so viel Sinn zu haben, wie der Herr Abgeordnete Waldeck, und glaube dies durch mein Verhalten in der Gegenwart, durch mein Verhalten in der Vergangenheit in reichem Maße bethätigt zu haben (Sehr gut! Bravo

rechts). Mir fiel bei dieser Äußerung ein Vorgang im englischen Parlament ein, meine Herren, auf das Sie sich so gern berufen. Es handelte sich um die Abschaffung von Monopolien, und einer der englischen Staatsmänner bemerkte dabei nicht mit Unrecht, das gehässigste aller Monopole sei dasjenige der politischen Einsicht und Tugend, welches einzelne Parteien und Parteiführer sich beilegten (Bravo! rechts. Lachen links)."

In Entgegnung auf die Angriffe des Abgeordneten Virchow erklärte Bismarck aber in derselben Sitzung: „Der Herr Vorredner bedauert, daß wir, anstatt einer militärischen Intervention, zu der er uns die Absicht zuschreibt, nicht eine diplomatische hätten eintreten lassen, um die russische Regierung zu einer anderen Regierungsweise in Polen zu bewegen, als sie eingeschlagen hat. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß dergleichen Ratschläge an fremde Regierungen, wie sie im Innern zu regieren haben, immer etwas Mißliches haben, weil sie sehr leicht zur Reziprozität führen (große anhaltende Heiterkeit)."

Als dann aber sogar die berühmten Professoren der Geschichte und des Staatsrechtes, die Abgeordneten v. Sybel und v. Rönne für die polnische Sache eintraten, indem sie die preußische Punktation mit Rußland bekämpften, da rief Bismarck die geschichtlichen Worte: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt (Heiterkeit. Sehr gut rechts). Die Regierung fand es durch die Staatsinteressen vorgeschrieben, die Beantwortung dieser Interpellation abzulehnen. In jedem anderen mir bekannten Parlamente würde auch die strengste Opposition, die unzufriedenste mit der bestehenden Regierung, von der Verfolgung der Interpellation von dem Augen-

blick an Abstand genommen haben, und ich knüpfe daran den Wunsch: ‚Geben Sie uns ein englisches Unterhaus, und dann fordern Sie englische Institutionen‘ (Bewegung. Ruf: Oberhaus!). Das Oberhaus ist weniger wichtig (Große Heiterkeit). Ein Unterhaus wie das englische würde unser Oberhaus entbehrlich machen.“

So bittere Erfahrungen mit der preußischen Volksvertretung führte Bismarck nicht mit Unrecht auf die Mängel des preußischen Wahlgesetzes zurück. Er sagte darüber zu dem französischen Botschafter beim Wiener Hofe, dem Herzog von Gramont, in Karlsbad während des Aufenthaltes daselbst im Juni oder Juli 1863: „Der preußische Wahlkörper stelle nur höchstens ein Siebenzehntel der Bevölkerung dar, und dank der schlechten Landesgesetzgebung sei dieses Siebenzehntel auch beinahe ausschließlich zusammengesetzt aus Bureaukraten mit feindseliger und befangener Gesinnung. An der Stelle von Bürgern gingen aus den Wahlen nur Professoren und ungenießbare Pedanten hervor. Es sei absolut nötig, den Kreis der Wähler zu erweitern, um eine Kammer zu erlangen, die vaterländischer (nationaler) gesinnt, weniger dogmatisch und minder feindselig sei gegenüber den legitimen Vorrechten des Königtums.“

Bekanntlich versuchte Österreich im August 1863 durch Unterbreitung eines „föderalistischen“ Bundesreformprojektes an den von Österreich berufenen Frankfurter Fürstentag Preußen hinfort auf die Rolle Bückeburgs oder Lippes hinabzudrücken und die österreichische Vorherrschaft in Deutschland für alle Zeiten zu sichern. Das Fernbleiben des Königs Wilhelm von Frankfurt und die unbedingte Ablehnung — und dadurch Vereitelung — des Preußen überrumpelnden österreichischen Verfassungsprojektes war wesentlich Bismarcks Werk und Verdienst. Er schrieb darüber am 14. August an den preußischen Bundestagsgesandten v. Sydow in Frankfurt: „Ich betrachte das österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling“ (der mit Grund als der Haupturheber galt) „mehr

noch ein Manöver der inneren österreichischen Politik, als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier mit weißgekleideten Fürsten, und fingiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zu stande kommt." Nachdem dann aber der Fürstentag das Projekt mit großer Mehrheit günstig beurteilt hatte, fällte Bismarck in einer amtlichen Denkschrift vom 15. September ein ganz vernichtendes Urteil darüber, in welcher er u. a. sagte: „Die verhältnismäßige Schwäche des Bundes, im Vergleich zu der der deutschen Nation innewohnenden Gesamtkraft beruht in der Schwierigkeit, die Bundeszentralgewalt so zusammenzusetzen und mit solchen Attributionen zu versehen, daß sie kräftig und wirksam sei, zugleich aber die berechtigte Unabhängigkeit der einzelnen Staaten schone und erhalte. Diese Schwierigkeit wurzelt in einer tausendjährigen Geschichte des Landes und läßt sich bei dem besten Willen der Beteiligten weder schnell noch vollständig überwinden." Die Denkschrift schloß mit dem Ausdrucke zuversichtlicher Erwartung, daß auch der demnächst zusammentretende neue preußische Landtag „nur solchen Änderungen der bestehenden Bundesverträge die verfassungsmäßige Zustimmung" erteilen werde, „vermöge deren die Würde und die Machtstellung Preußens und die Interessen der gesamten deutschen Nation in gleichem Maße Berücksichtigung finden."

Da König Wilhelm diesen Bericht genehmigte und ihn an alle deutschen Fürsten versenden ließ, so war die österreichische Überrumpelung schon jetzt vollständig mißlungen, denn zur Abänderung der alten Bundesverfassung gehörte Einstimmigkeit aller Bundesglieder. Bismarck aber ließ nun am 16. September durch die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz" auch einen mahnenden und warnenden Aufruf an die preußischen Wähler,

„an alle Patrioten“ richten, der mit den Worten schloß: „Wenn Preußen in solcher Gemeinschaft zwischen König und Volk neu erstarkt, dann werden die Versuche, sein Ansehen und seine Stellung in Deutschland zu schmälern, vollends zu Schanden werden — man wird sich nirgends darüber täuschen, daß die Verjüngung und nationale Kräftigung Deutschlands, über deren Bedürfnis Preußens Fürsten und Volk jederzeit einig waren, nimmermehr ohne Preußen, geschweige denn gegen Preußen durchzuführen ist.“

Zu Ende des Jahres 1863 war die Zeit gekommen, das Recht der Elbherzogtümer Schleswig-Holstein, das seit 1848 von Dänemark vergewaltigt worden war, wieder zu Ehren zu bringen. Dänemark hatte im November 1858 und 1863 durch eine den Elbherzogtümern oktroyierte Verfassung selbst die geringe Selbständigkeit derselben mit Füßen getreten, welche die Herzogtümer nach dem Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 noch für sich gewahrt hatten. Und nur auf Grund dieses Londoner Protokolls konnte, nach dem am 15. November 1863 erfolgten Tode des Königs Friedrich VII. von Dänemark, der „Protokollprinz“ Christian IX. den dänischen Thron beanspruchen. Bismarck und sein König waren so fest überzeugt, wie irgend ein glühender deutscher Patriot, daß Schleswig-Holstein wieder an Deutschland gebracht werden müsse, und so fest entschlossen, wie irgend Jemand, ihr Bestes zu diesem Ziele zu thun. Aber auf ganz anderen Wegen wollte Bismarck (und auf seinen Rat König Wilhelm) an dieses Ziel gelangen, als die Mehrheit des deutschen Bundestages, als die große Mehrheit des damaligen deutschen Volkes, und namentlich als die ungeheure Mehrheit des damaligen preußischen Abgeordnetenhauses. Denn alle diese Widersacher der Bismarck'schen Politik verlangten sofortige Aufhebung der Novemberverfassung, unter Drohung der Bundesexekution gegen Dänemark, Lossage vom Londoner Protokoll, da Dänemark dies durch die Novemberverfassung gebrochen habe, demgemäß auch Nichtanerkennung des Königs Christian IX. von

Dänemarck; vielmehr Anerkennung und Einsetzung des „Erbprinzen“ Friedrich von Augustenburg als rechtmäßigen Herrn von Schleswig-Holstein. Diese Verlangen erfüllten Österreich mit den größten Besorgnissen und machten dem Kaiserstaate daher den Beistand Preußens besonders wertvoll. Bismarck erkannte das sofort. Irgend ein Schritt in der von den deutschen Mittelstaaten, dem Nationalverein, Abgeordnetentag und preußischen Abgeordnetenhause ersehnten Richtung hätte Preußen von Österreich isoliert, aber auch von allen europäischen Mächten, da diese das Londoner Protokoll und die Thronfolge Christians IX. als rechtsbeständig anerkannten, und der deutsche Bund jedenfalls in die Angelegenheiten Schleswigs sich gar nicht zu mischen hatte, auch der Anspruch des Augustenburgers höchst zweifelhaft war, da sein Vater 1852 für sich und seine Nachfolger Verzicht geleistet hatte. Diese Politik hätte daher Preußen völlig vereinzelt in einen Krieg mit dem von England und Österreich unterstützten Dänemark getrieben. Statt dessen strebte Bismarck nach der Losreißung der Herzogtümer von Dänemark — ohne dieses letzte Ziel irgend Jemandem, außer dem Könige, zu verraten — im engsten Einvernehmen mit Österreich und den europäischen Mächten, und ohne die Gefahr eines europäischen Krieges. Er hielt daher vorläufig noch am Londoner Protokoll fest und erkannte den König Christian IX. an. Er war aber einverstanden mit der (an Sachsen und Hannover) am 1. Oktober 1863 übertragenen Bundesexekution in Holstein, behufs Erzwingung der Aufhebung der Novemberverfassung. Ferner ließ er, mit Österreich vereint, in Kopenhagen den Krieg und die gewaltsame Besetzung Schleswigs androhen, wenn die oktroyierte Novemberverfassung nicht bis zum 1. Januar 1864 aufgehoben sei. Er wußte sicher, daß der durch Englands Zuspruch bis zum Wahnwitz gesteigerte dänische Übermut diese Frist unbenutzt lassen und den Kriegsfall damit schaffen werde. Dann war aber auch das Londoner Protokoll, wie jeder frühere Vertrag, von Dänemark gebrochen, und Preußen konnte, ohne

Widerspruch von Österreich oder irgend einer Großmacht befürchten zu müssen, als Großmacht, je nach dem Glück seiner Waffen, über das Schicksal der Herzogtümer bestimmen.

Schon das Festhalten Preußens am Londoner Protokoll, die Anerkennung Christians IX. und die Nichtanerkennung des Augustenburgers genügte, um den Zorn des Abgeordnetenhauses, der Mittelstaaten und der großen Mehrheit der Deutschen gegen Bismarcks „undeutsche, feige" Politik zu entflammen. Bereits am 17. April 1863 hatte der Abgeordnete Twesten eine Interpellation im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht und unter großem Beifall der Mehrheit angedeutet, daß die preußische Volksvertretung für eine derartige Politik niemals einen Pfennig bewilligen werde, namentlich nicht zu einem Kriege gegen Dänemark für so kleinliche Ziele. Bismarck erwiderte darauf: „Der Herr Vorredner hat Dänemark darüber zu beruhigen gesucht, daß es einen Krieg in diesem Augenblicke von Preußen unter unseren nach innen und außen zerrütteten Verhältnissen nicht zu erwarten habe. Meine Herren, zum Glück ist man im Auslande nicht ebenso leichtgläubig, und ich kann Sie versichern und das Ausland versichern, wenn wir für nötig finden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen (Sensation)."

Am 19. Dezember 1863 hielt das Abgeordnetenhaus, als die Regierung 12 Millionen Thaler zur Kriegsrüstung gegen Dänemark forderte, sogar für nötig, „zur weiteren Aufklärung der Sache eine Adresse an den König zu erlassen", als ob dieser von Bismarck über alles Wesentliche im Dunkel gelassen worden sei. Die Begründung dieses Adreßbeschlusses durch den Berichterstatter v. Virchow gab Bismarck Gelegenheit zu folgender Entgegnung: „Heute wird mir sogar der europäische Standpunkt vorgeworfen. Meine Herren, so lange wir in Europa wohnen und nicht etwa mit Dänemark auf einer wüsten Insel, so lange müssen wir uns auf den europäischen Standpunkt stellen, und ich lasse mir diesen Vorwurf ebenso bereitwillig

gefallen, als den, daß ich eine zu preußische Politik triebe. Um zur Ablehnung zu gelangen, schieben Sie uns eine Politik unter, die wir nicht treiben. Unsere Politik ruht auf dem von Ihnen im Adreßentwurfe zitierten Ausspruch Sr. Majestät, daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen und daß ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle. Der Weg, den wir zu diesem Behufe gehen, scheint Ihnen nicht der richtige zu sein. Diesen Weg richtig zu wählen, und ihn überhaupt zu wählen, ist aber Sache der Exekutive. Eine Versammlung von 350 Köpfen kann heutzutage die Politik einer Großmacht nicht in letzter Instanz leiten wollen — das ist nicht möglich!"

Darauf beklagte Virchow, daß Bismarcks Politik immer „von wechselnden Standpunkten ausgehe, daß er eigentlich keine Politik hat (Heiterkeit), daß er ohne Kompaß in das Meer der äußeren Verwickelungen hinausstürme (Sehr gut!), daß ihm jedes leitende Prinzip fehlt. Der Herr Ministerpräsident hat auch keine Ahnung von einer nationalen Politik (Heiterkeit)." Bismarck entgegnete darauf: „Diese Auffassung erklärt sich dadurch, daß dem Auge des unzünftigen Politikers jeder einzelne Schachzug im Spiel wie das Ende der Partie erscheint und daraus die Täuschung hervorgeht, daß das Ziel wechsle. Die Politik ist keine exakte Wissenschaft; mit der Position, die man vor sich hat, wechselt auch die Benutzungsart der Positionen. Der Herr Vorredner hat gesagt, mir fehle das Verständnis für die nationale Politik; ich kann ihm den Vorwurf nur mit Unterdrückung des Epithetons zurückgeben. Ich finde bei dem Herrn Vorredner Verständnis für Politik überhaupt nicht. Dieses Verständnis ist gewiß auch in anderen Ländern nicht weiter verbreitet als bei uns (Unruhe), aber es findet sich in anderen Parlamenten doch selten dieser Grad von Entschlossenheit im Bilden und Aussprechen von Ansichten, gepaart mit demselben Maße von Unkenntnis der Dinge wie bei uns (Große Heiterkeit)."

Ganz in demselben Sinne äußerte sich Bismarck zwei Tage später, am 21. Dezember, gegen die Angriffe des Prof. Tellkampf im Herrenhause auf Bismarcks Politik in der dänischen Frage. „Wir verlangen", sagte Bismarck, „bei uns für jede amtliche Funktion, z. B. für die Justiz, ja für den Dienst des Unteroffiziers und jeden anderen, Prüfungen, praktische Vorbildung, schwere Examina, aber die hohe Politik — die kann Jeder treiben, zu der fühlt sich jeder berufen, und es ist nichts leichter, als auf diesem jeder Konjunktur offenen Felde mit einiger Sicherheit im Auftreten alles mögliche mit großer Scheinbarkeit zu behaupten; um einen falschen Gedanken zu widerlegen, muß man bekanntlich ein ganzes Buch schreiben, und den, der den Ausspruch gethan hat, überzeugt man doch nicht (Heiterkeit). Es ist ein gefährlicher Irrtum, aber heute weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Induktion offenbar wird (Lebhaftes Bravo!)".

Einen wahren Beifallssturm der großen oppositionellen Mehrheit entfesselten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Januar 1864 die Worte Virchows: Bei seinem Eintritt ins Amt habe Bismarck „noch gewisse Vorstellungen von persönlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit" gehabt. Jetzt habe er aber nicht mehr das Gefühl, „er werde durch eine energische äußere Politik etwas ausrichten. Nein, meine Herren, er ist jetzt dem Bösen verfallen (Heiterkeit), und er wird von ihm nicht wieder loskommen! (Große andauernde Heiterkeit)". Darauf erwiderte Bismarck: „Der Herr Vorredner kam auf den Umstand, daß ich meine politische Stellung seit meinem Eintritt in das Ministerium wesentlich geändert, daß ich sie, um mich trivial auszudrücken, nach rechts hinübergerückt habe. Wenn das in dem Sinne zuträfe, und wenn ich bei seiner Auffassung des ‚Bösen', dem ich verfallen wäre, stehen bleibe, so glaube ich, ihm meine Gedanken von seinem Standpunkt aus mundrecht zu machen, wenn ich sage, ich habe nach dem Satze

gehandelt: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo!*) Ich habe, als ich herkam, allerdings die Hoffnung gehegt, daß ich noch bei Anderen als bei mir die Neigung finden könnte, den Parteistandpunkt unter Umständen dem allgemeinen vaterländischen Interesse zu opfern. Ich will nicht näher hervorheben, um niemand zu verletzen, inwieweit und bei wem ich mich darin getäuscht habe; getäuscht aber habe ich mich, und natürlich wirkt das auf meine politische Stellung und Beziehungen ein.“

Als am folgenden Tage, den 22. Januar, der fortschrittliche Abgeordnete Schulze-Delitzsch diese Angriffe seines Freundes Virchow durch den Vorwurf ergänzte, daß die Regierung deutsche Interessen nicht kenne, erwiderte Bismarck: „Es muß ein eigentümlicher Zauber in diesem Worte ‚Deutsch‘ liegen. Man sieht, daß jeder das Wort für sich zu gewinnen sucht, und jeder das ‚Deutsch‘ nennt, was ihm nützt, was seinem Parteistandpunkt Vorteil bringt und damit nach Bedürfnis wechselt. So kommt es, daß man in manchen Zeiten es ‚Deutsch‘ nennt, gegen den Bund sich aufzulehnen, in anderen Zeiten das für ‚Deutsch‘ gilt, für den fortschrittlich gewordenen Bund Partei zu nehmen. So kann es leicht geschehen, daß uns vorgeworfen wird, wir wollten von Deutschland nichts wissen aus Privatinteressen. Ich kann diesen Vorwurf Ihnen mit vollem Rechte zurückgeben. Sie wollen von Preußen nichts wissen, weil es Ihrem Parteistandpunkte, Ihrem Parteiinteresse nicht konveniert, weil es Ihnen konveniert, Preußen entweder nicht oder als Domäne des Nationalvereins bestehen zu lassen (Bewegung). Der Hauptgrund, weshalb Sie die Anleihe ablehnen werden, ist der Mangel an Vertrauen zu dem jetzigen Ministerium, das ist der Brennpunkt Ihrer ganzen Beweisführung. Ich habe mich deshalb gefragt: was müßten wir

*) Aus Virgils Äneis, III, 312. „Kann ich die Götter nicht beugen, so will ich die Hölle bewegen.“

thun, um Ihr Vertrauen zu erwerben? Es müßte sich von der preußischen Verfassung lossagen (Unruhe und Widerspruch links); es müßte sich von Preußens Überlieferungen, von Preußens Geschichte, vom preußischen Volksgefühl vollständig lossagen, indem es die Hand dazu böte, die Alleinherrschaft dieses Hauses in Preußen herzustellen. Wir würden dann nicht königliche Minister, wir würden Parlamentsminister, wir würden Ihre Minister sein und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen! (Heiterkeit und Zustimmung). Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch, Gott sei Dank! und dabei wird es auch trotz Ihrer Aufklärung, die ich Verwirrung der Begriffe nenne, bleiben. Fühlte das preußische Volk wie Sie, so müßte man einfach sagen, der preußische Staat habe sich überlebt, und die Zeit sei gekommen, wo er anderen historischen Gebilden Platz zu machen habe. So weit sind wir aber noch nicht! Ich erinnere Sie an das Schreiben König Friedrich Wilhelms I. an ein Mitglied der ostpreußischen Stände bei Einführung der Grundsteuer; er sagt darin: ‚Was ich ruiniere, das ist das nie pozwalam der Junker*); ich etabliere die souverainité comme un rocher de bronze.' Meine Herren, der rocher de bronze steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhmes, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums! Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und Ihr liberum Veto! (Bravo! rechts. Zischen links)."

Auf weitere Angriffe des Abgeordneten Grafen Schwerin in derselben Sitzung entgegnete Bismarck: „Ich muß dem Herrn Vorredner darin widersprechen, als hätte ich behauptet, daß das Recht allein bei den Bajonetten liege. Ich habe nur behauptet,

*) d. h. das liberum veto (das willkürliche Einspruchsrecht) des polnischen Adels.

das Recht ließe sich in europäischen Streitigkeiten, wo ein zuständiger Gerichtshof nicht besteht, nur durch die Bajonette geltend machen. Der Herr Redner hat ferner als Motiv unserer Handlungsweise die Furcht vor der Demokratie und Furcht vor dem Auslande der Regierung unterschoben. Ich glaube, der Herr Vorredner kennt mich lange genug, um zu wissen, daß ich Furcht vor der Demokratie nicht kenne. Hätte ich diese, so stünde ich nicht an diesem Platze oder würde das Spiel verloren geben (Große Bewegung. Rufe: „Ein Spiel! Ein Spiel!"). Ich lasse mich auf Worte nicht ein; rechten Sie nicht über Ausdrücke, rechten Sie über die Sache! — Ich fürchte diesen Gegner nicht, ich hoffe sicher, ihn zu besiegen (Ruf: ‚Oho!'); ich glaube, das Gefühl, daß es so kommen werde, ist Ihnen nicht mehr ganz fern (Heiterkeit). Was dagegen die Furcht vor dem Auslande betrifft, so bestreite ich die Richtigkeit des Ausdruckes. Man kann Vorsicht Furcht, man kann Mut Leichtfertigkeit nennen. Der Mut nimmt meines Erachtens diesen Charakter an, wenn man einer Regierung, die für das Schicksal eines großen Landes verantwortlich ist, zumutet, auch gegen die erdrückendste Übermacht zu den Waffen greifen zu lassen. Das kann der einzelne, der entschlossen ist, seine Person daran zu setzen. Eine Regierung (aber) hat nicht das Recht, das Land, dessen Schicksal ihr anvertraut ist, gegen eine von Hause aus erdrückende Übermacht ohne Not ins Feld zu führen."

Als dann schließlich noch die Abgeordneten Waldeck und Löwe (Calbe) der Regierung „junkerliche Gelüste" vorwarfen, und Waldeck als die erste und wichtigste Aufgabe des preußischen Königtums den Kampf gegen das Junkertum bezeichnete, da fragte Bismarck: „Meine Herren, was verstehen Sie eigentlich unter Junkertum? Ich will den Begriff nicht erschöpfen, aber ich glaube, unzertrennbar davon ist die Idee von der Überhebung in Ansprüchen auf Einfluß und Herrschaft, welche gesetzlich nicht begründet sind, oder der Mißbrauch der Privilegien, die einem

gesetzlich zukommen (Zustimmung), in diesem Sinne gibt es aber auch ein parlamentarisches Junkertum; — die Kasten sind wandelbar, sie gehen unter, und es bilden sich neue — und wenn ein solches parlamentarisches Junkertum, wie ich behaupte, sich gebildet hat, so sehe ich auch dessen Bekämpfung als eine der wesentlichsten Pflichten der preußischen Krone an (Bravo! rechts. Zischen links)."

V.

Aus dem Ende der Konfliktszeit.

(Vom dänischen Krieg, Anfang 1864, bis zur preußischen Indemnität, August 1866.)

Bismarck's Politik gegen Dänemark bewährte sich glänzend. Das preußische Abgeordnetenhaus lehnte zwar die geforderte Anleihe am 22. Januar 1864 mit 275 gegen 51 Stimmen ab. Bei dem trefflichen Stande der preußischen Finanzen aber vermochte Bismarck den Krieg, wie er vorausgesagt, auch ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses zu führen, auch ohne Anleihe. Die größten Erfolge im Kriege gegen Dänemark, die Erstürmung der Düppeler Schanzen und die Wegnahme der Insel Alsen, errangen die Preußen allein, ohne die Österreicher. Gemeinsam besetzten sie ganz Jütland. Damit war der dänische Widerstand gebrochen, zumal da auch der Londoner Kongreß der Großmächte, auf dem Bismarck sich immer nachgiebig und versöhnlich, Dänemark aber sich äußerst hochmütig und trotzig gezeigt hatte, im Frühjahr 1864 erfolglos auseinanderging. Im Wiener Frieden vom 30. Oktober mußte Dänemark die Elbherzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg an die Sieger, Preußen und Österreich, abtreten. Die beiden bis dahin verbündeten Großmächte richteten sich also nunmehr zum gemeinsamen Besitz der Herzogtümer ein, unter der zornigen Verwünschung aller Mittelstaaten, des Augustenburgers und der großen Mehrheit aller Deutschen und Preußen,

denen die Befreiung der deutschen Länder vom Dänenjoche nicht genügte, weil der Augustenburger diese Länder nicht beherrschte. Da dieser Prinz aber nicht einmal die bescheidenen nationalen Forderungen Preußens an diesen durch preußisches Blut und Geld errungenen deutschen Besitz bewilligen wollte, so strebte Bismarck nun entschlossen nach der Annexion der Herzogtümer an Preußen, während Österreich jetzt plötzlich die Ansprüche des Augustenburgers begünstigte, obwohl es sich in einem Vertrage mit Preußen vom 16. Januar 1864 verpflichtet hatte, „die künftige Erbfolge in Schleswig-Holstein nicht anders als in gemeinsamem Einverständnis mit Preußen zu entscheiden". Diese österreichische Unterstützung der Intriguen und Wühlereien des Augustenburgers in den Herzogtümern lockerte das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich in der ersten Hälfte des Jahres 1865 in bedenklicher Weise. Aber auch jetzt noch stand das preußische Abgeordnetenhaus auf der Seite der Mittelstaaten und des Augustenburgers, der Politik Bismarcks aber feindselig gegenüber. Dies zeigte sich schon bei den Adreßdebatten beider Häuser des Landtages, zur Beantwortung der Thronrede, welche die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen hatte, das Abgeordnetenhaus werde nun endlich die im dänischen Kriege so glänzend bewährte preußische Heeresorganisation genehmigen und dadurch den Konflikt schließen. Natürlich erklärte sich die Adresse des Herrenshauses damit vollständig einverstanden, und Bismarck sprach hier bei der Adreßdebatte am 24. Januar 1865 die denkwürdigen Worte: „Die Grundlage des konstitutionellen Lebensprozesses ist überall der Kompromiß. Auf diese Grundlage weist die preußische Verfassung um so notwendiger hin, als sie, von vielen anderen abweichend, auch in Bezug auf das Budget, die Übereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung verlangt. Auch legt die Verfassung keiner der drei Gewalten das Recht bei, ein: Sic volo, sic jubeo (so will ich, so befehle ich) zu sprechen, bei dem die anderen sich zu beugen hätten."

Das Abg.-Haus setzte dagegen den Konflikt beharrlich fort, und die Kommission desselben schlug auch die Verwerfung eines im Mai 1865 dem Abg.-Hause unterbreiteten Regierungsentwurfes vor, in welchem die Mittel zur Errichtung eines preußischen Kriegshafens in Kiel gefordert wurden. Bismarck verteidigte die Vorlage am 1. Juni in einer großen Rede, in welcher er zunächst den Einwand der Gegner widerlegte, daß Preußen zu schwach sei, um diese Last zu tragen, daß sie nur ertragen werden könne, wenn man andere deutsche Staaten in Mitleidenschaft ziehe, und zwar „nur durch gutmütige Überredung. Es steht dem aber entgegen, daß im allgemeinen in Deutschland partikulare Interessen stärker sind, als der Gemeinsinn. Es steht dem entgegen, daß im allgemeinen das Dasein auf der Basis der Phäaken bequemer ist, als auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern, und am allerwenigsten gibt man das geringfügigste Hoheitsrecht zum Besten der allgemeinen Interessen auf. Sie sind der Meinung: ‚auch in der schleswigschen Frage habe die Regierung, was sie erreicht, nur der Richtung des öffentlichen Geistes und der Zustimmung des Landtags für die Loslösung der Herzogtümer zu danken.‘ Ich konstatiere, daß Sie uns damit die Tendenz, die Herzogtümer loszulösen, zuerkennen; von Ihrer Zustimmung zu etwas, was die Regierung gethan hätte, ist mir (dagegen) nichts erinnerlich. Haben Sie mit der Verweigerung der Anleihe, die wir damals*) von Ihnen verlangten, Düppel erobert und Alsen (Heiterkeit rechts), dann, meine Herren, habe ich auch die Hoffnung, daß aus Ihrer Verweigerung der jetzigen Anleihe auch eine preußische Flotte hervorgehen werde (Bravo! und erneute Heiterkeit rechts, Unruhe links).“ Da aber die Kommission die Gewährung der für Kiel geforderten Anleihe hauptsächlich deshalb ablehnte, weil das „Budgetrecht“ des Hauses

*) S. o. Seite 37.

von der Regierung verletzt werde, und dieses Recht zuvor „wiedergewonnen“ werden müsse, so fragte Bismarck weiter: „Was verstehen Sie unter Ihrem Budgetrecht?“ und wies eingehend nach, daß die Rechte des Königs, der Regierung, des Herrenhauses, ja selbst die Unabhängigkeit der Rechtspflege mit dem vom Abg.-Hause erhobenen Anspruch auf Alleinherrschaft unvereinbar seien. Zusammenfassend sagte er: „Sie können Ihre Ziele mit der preußischen Verfassung nicht erreichen. Sie versuchen diese Änderungen dadurch zu erzwingen, daß Sie in Sachen der auswärtigen Politik das Gemeinwesen schädigen, soweit Sie innerhalb Ihrer Befugnisse vermögen, durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung (Widerspruch). Wie Sie sich mit Ihren Wählern darüber abfinden, das ist Ihre Sache; ich glaube, daß das so schwer nicht ist, das Gewähltwerden. Wenn man versprechen kann, so kann man auch gewählt werden (Unruhe). In allen Schichten unserer Bevölkerung liegt eine gewisse Trägheit zur Erfüllung der Pflichten, ohne deren Erfüllung ein großer Staat eben nicht bestehen kann; in allen Schichten dient man nicht gern so lang, als man muß. Geschmuggelt wird fast in allen Ständen, besonders vom weiblichen Teil der Bevölkerung; ich schließe daraus, daß Steuern nicht aus Patriotismus, sondern aus Zwang bezahlt werden. — Ich kann doch nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß Angesichts einer großen nationalen Frage diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten Verneinung sich erheben kann. Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Scepter aus der Hand winden werden, es ist auch nicht das Mittel, durch das Ihnen gelingen wird, unseren konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen (Bravo! rechts. Zischen links).“

Als Herr Virchow am folgenden Tage, dem 2. Juni, wieder einmal der Politik Bismarcks vorwarf, daß sie fortwährend wechsele, erwiderte dieser: „Die Kritik des Herrn Vorredners über den Wechsel unseres Verfahrens kritisiere ich lediglich mit einer einzigen Phrase, die er selbst gebraucht hat. Er hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich, was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, anderes thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht etwa selbst Wind machen will. Das überlassen wir Anderen." Mit Recht verspottet Bismarck auch, „all die schönen Worte, die die Kommission in dem Berichte für die Flotte gemacht hat, während doch der Schluß lautet, Geld geben Sie nicht. Ja, meine Herren, wenn Worte Geld wären, dann hätten wir der Freigebigkeit, mit der Sie die Regierung behandeln, nur unsere dankbare Bewunderung zu zollen (Heiterkeit)."

Wie nun das Abg.-Haus am 2. Juni die Anleiheforderung für den Kieler Kriegshafen verwarf, so verwarf es am 13. Juni 1865 sogar auch die Genehmigung der für den siegreichen Krieg gegen Dänemark bestrittenen baren Kosten und Auslagen. Bismarck aber ging mit dieser jedem vaterländischen Gefühl und jeder Pflichterfüllung unzugänglichen fortschrittlichen Mehrheit scharf ins Gericht in den Worten: „Ich glaube, Sie würden das (Ihnen mangelnde) Vertrauen zu den Personen, welche die preußische Politik leiten, gehabt haben, wenn Sie sich deutlich vergegenwärtigt hätten, daß die Person, welche die auswärtige Politik des preußischen Staates leitet, Se. Majestät der König ist, sowohl verfassungsmäßig als auch thatsächlich (Sensation). Die Resultate, die Sie wünschten, sind erreicht, nur nicht auf den Wegen, die Sie eingeschlagen zu sehen wünschten. Doch halte ich es für unfruchtbar, über die Vergangenheit weiter zu konjekturieren und zu kritisieren. Die Frage, über die ich hier einen Ausspruch des Hauses noch mehr als über die finanzielle erwartet hätte, ist die politische, die Frage der Gegenwart und

Zukunft. Diese Frage nun, die seit zwanzig Jahren in dem Vordergrunde des deutschen politischen Interesses gestanden hat, harrt gegenwärtig der Lösung. Sie, meine Herren, sind durch die Vorlage der Regierung in die Lage gesetzt, sich zu äußern. Das Land hat ein Recht zu erfahren, was die Meinung seiner Landesvertretung über die Sache sei. Sie haben Gelegenheit zu sprechen; diplomatische Bedenken stehen Ihnen nicht im Wege. Es gibt thatsächlich keine andere Politik als diejenige, welche die vom König eingesetzte Regierung betreibt. Bekämpfen Sie diese Politik, so bekämpfen Sie die Politik Ihres eigenen Vaterlandes im Bunde mit dem dem Vaterlande gegenüberstehenden Auslande (Widerspruch und Unruhe, besonders links)."

Bekanntlich drohte schon Mitte 1865, infolge der unversöhnlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Österreich über die Zukunft der Elbherzogtümer und über die angemessene Lösung der deutschen Frage, der Krieg auszubrechen. Noch einmal indessen wurden — wie Bismarck sich ausdrückte — „die Risse im Bau verklebt" durch den Vertrag von Gastein vom 14. August 1865, nach welchem Preußen Schleswig, Österreich aber Holstein, bis zur endgültigen Auseinandersetzung der beiden Großmächte über ihren gemeinsamen Besitzstand, verwalten sollten. Das Herzogtum Lauenburg überließ Österreich in diesem Vertrage gegen eine Zahlung von $2^1/_2$ Millionen Thalern (aus König Wilhelms Civilliste) eigentümlich an Preußen. Die in Gastein nur „verklebten Risse" klafften aber bald nur noch breiter auf und führten im Juni 1866 bekanntlich zum Kriege, in welchem Hannover, die beiden Hessen, Nassau, Sachsen, Meiningen, Reuß ä. L., Bayern, Württemberg, Baden, Frankfurt und Liechtenstein zu Österreich hielten, die übrigen nord- und mitteldeutschen Staaten zu Preußen. Das preußische Abg.-Haus hatte sich schon im Januar geweigert, auch nur die Erwerbung von Lauenburg anzuerkennen, obwohl diese dem preußischen Steuernzahler gar nichts kostete, und deshalb war

der Landtag von Bismarck bereits am 22. Februar nach Hause geschickt worden. Aus der fortschrittlichen Presse aber erfuhr Bismarck ganz genau, daß er den Unversöhnlichen dereinst mit Kopf und Kragen, mit Gut und Blut für jeden Mann und jeden Groschen werde haften müssen, die er zu diesem „Bruderkrieg" gegen Slovaken und Hannaken aufwenden würde.

Hier kann nicht die Rede sein von dem beispiellosen preußischen Siegeszug, der binnen einer einzigen Woche zermalmend hinwegging über das gewaltige österreichische Heer und der den Norden Deutschlands bis zum Main unterwarf, binnen einem Monat auch die süddeutschen Gegner außer Gefecht setzte. Am 15. Juni hatte der Krieg begonnen, am 26. Juli war der Vorfriede von Nikolsburg mit Österreich schon abgeschlossen. Hier erschienen auch bereits alle „bußfertigen" deutschen Gegner Preußens zu Friedensverhandlungen, wurden aber von Bismarck nach Berlin gewiesen, wohin er mit dem König am 4. August aus Böhmen zurückkehrte. Wie Österreich, gingen auch Sachsen und die süddeutschen Staaten, außer Hessen, mit völliger Unversehrtheit ihres Gebietes aus dem Kriege hervor, den sie Preußen um sein Dasein und um sein Alles aufgezwungen hatten. Österreich schied aus dem deutschen Bunde aus und überließ Schleswig-Holstein an Preußen. Nur Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt hatten ihre preußenfeindliche Politik von zwanzig Jahren mit ihrer Selbständigkeit zu büßen. Alle übrigen deutschen Gegner Preußens machte Bismarcks bewunderungswürdige Mäßigung fortan zu treuen Verbündeten Preußens und des Norddeutschen Bundes zu Schutz und Trutz gegen alle auswärtigen Feinde. Aber fast noch größer als in seiner Mäßigung gegen diese mit den Waffen überwundenen Gegner zeigte sich Bismarck durch seine hochherzige Versöhnlichkeit gegenüber der preußischen Opposition, der sein König und er, nach der ungeheuren Machtsteigerung der Krone und Regierung durch diesen ruhmreichen Feldzug, jede Demütigung und jede Verfassungsänderung hätte auferlegen können. Statt deren aber

hatte Bismarck schon in Nikolsburg beim König die frohe Botschaft vorbereitet, welche einen Tag nach der Rückkehr nach Berlin, am 5. August, König Wilhelm in der Thronrede bei Eröffnung des am 3. Juli (dem Tage von Königgrätz!) neugewählten Landtages verkündete und dadurch viele Millionen beglückte und versöhnte. Denn in dieser Thronrede bat der ruhmgekrönte Schlachtensieger die Vertretung seines Volkes um Indemnität, um nachträgliche Genehmigung des, freilich nur für Preußens und Deutschlands höchste Interessen, jahrelang geführten budgetlosen Regiments. Unter dem tiefen Eindruck dieses von Bismarck erwirkten erhabenen Königswortes verschwand die konfliktsfrohe, unversöhnliche Mehrheit aus dem preußischen Abg.-Hause. Die stärkste Partei war hier fortan die neue nationalliberale Partei, die Bismarcks festeste parlamentarische Stütze für länger als ein Jahrzehnt werden sollte.

Die große Wandlung der großen Zeit hatten schon die Landtagswahlen vom 3. Juli 1866 zum Ausdruck gebracht, hatte das hochherzige versöhnende Königswort vollendet. Mit 25 gegen 8 Stimmen hatte die Adreßkommission des Abg.-Hauses sich dahin entschieden, die „Indemnität“ zu erteilen. Am 1. September mußte auch das Abg.-Haus sich entscheiden. Leidenschaftlich erhob sich die ganze alte Fortschrittspartei gegen Schließung des Konfliktes. Bismarck aber führte in einer von Beifall überschütteten Rede aus, daß die Landesvertretung selbst sicherlich längst schon der Regierung Vertrauen bezeigt und ihr die Pein eines budgetlosen Zustandes erspart haben würde, wenn die Regierung nicht so „Manches, was verschwiegen werden mußte“, hätte geheim halten müssen. Aber auch die künftigen Aufgaben, fuhr er fort, „werden wir nur gemeinsam lösen können, indem wir von beiden Seiten demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des Andern zu zweifeln (Beifall). Unsere Aufgabe ist noch nicht gelöst, sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes der That nach und dem Eindruck nach. Wenn man so oft gesagt

hat: ‚Was das Schwert gewonnen, hat die Feder verdorben', so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: ‚Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden!' (Lebhafter Beifall)." In der That wurde am 3. September die Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen erteilt.

VI.

Aus der Zeit des Norddeutschen Bundes und deutschen Zollparlaments (1867 bis 1870).

Am 7. Februar 1867 hatten die zur Vorberatung der Norddeutschen Bundesverfassung in Berlin versammelten Vertreter der verbündeten norddeutschen Regierungen den von Bismarck vorgelegten Verfassungsentwurf durchberaten und angenommen. Am 12. Februar folgten die Wahlen zum konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes, der am 24. Februar 1867 durch König Wilhelm in Berlin eröffnet wurde. Seine einzige Aufgabe bestand in der Durchberatung des Verfassungsentwurfes und der Beschlußfassung darüber. Bismarck ergriff zum ersten Mal das Wort, als er am 4. März dem Reichstag die Bundesverfassung vorlegte. Da sagte er: „Es liegt ohne Zweifel etwas in unserm Nationalcharakter, was der Vereinigung dauernd widerstrebt. Es ist, wie mir scheint, ein gewisser Überschuß an dem Gefühl männlicher Selbständigkeit, welche in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen, als auf die der Gesamtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern. Die Regierungen haben Ihnen, m. H., ein gutes Beispiel gegeben. Liefern auch Sie den Beweis, daß Deutschland in einer 600jährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt."

Als diese Worte, wie die Generaldebatte des Reichstags über die Verfassung in den Tagen vom 9. bis 11. März bewies, nur von einem Teile des Hauses beachtet wurden, widerlegte Bismarck am 11. März die vom „partikularistischen Standpunkt" aus gegen den Verfassungsentwurf erhobenen Einwendungen mit den Worten: „Unter Partikularismus denkt man sich sonst eine widerstrebende Dynastie oder Kaste in irgend einem Staate, die sich der Herstellung gemeinsamer Einrichtungen aus Sonderinteresse entgegenstellt. Wir haben es heute mit einer neuen Spezies von Partikularismus zu thun, mit dem parlamentarischen Partikularismus (Heiterkeit). Früher hieß es vom dynastischen Standpunkte aus: ‚Hie Waiblingen, hie Welf', jetzt heißt es: ‚Hie Landtag, hie Reichstag!'"

In derselben Rede warnte er nachdrücklich davor, die Wehrkraft des Bundes durch eine jährliche Prüfung und Kritik ihrer Bedürfnisse (ihres Budgets) in Frage zu stellen. Das mache ihm, sagte er, „den Eindruck eines Deichverbandes, in welchem jedes Jahr nach der Kopfzahl, auch der Besitzlosen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde ich einfach ausscheiden, da wäre mir das Wohnen zu unsicher." Die Rede schloß mit den berühmten Worten: „Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland so zu sagen in den Sattel! Reiten wird es schon können (Lebhafter Beifall)."

Bei der am 18. März beginnenden Spezialdebatte legte der Führer der Polen, der Abgeordnete Kantak, „Namens der polnischen Nation" Verwahrung ein gegen die Einverleibung ehemals polnischer Landesteile der preußischen Monarchie in den Norddeutschen Bund. Bismarck geißelte in einer herrlichen Rede, aus der wir nachstehend die Hauptstellen anführen, die Anmaßung der polnischen Fraktion, im Namen der „polnischen Nation" zu sprechen, indem er zunächst feststellte, „daß gerade die Bewohner des preußischen Anteils der ehemaligen Republik

Polen vor Allem und mit Recht dankbar gewesen sind für die Wohlthaten der Civilisation, die ihnen damit in höherem Grade als früher zu teil geworden sind (Beifall). Dieser Teil der ehemaligen Republik Polen erfreut sich eines Grades von Wohlstand, von Rechtssicherheit, Anhänglichkeit der Einwohner an ihre Regierung, wie er in dem ganzen Umfange der Republik Polen, so lange es eine polnische Geschichte gibt, nicht vorhanden und nicht erhört worden ist (Wiederholter Beifall).“ Ihre Anhänglichkeit und Treue an die Krone Preußen hätten die preußischen Polen namentlich dadurch allezeit bethätigt, daß es: „trotz aller Verführungsmittel, die angewendet wurden, bei den ungefähr alle 15 Jahre sich wiederholenden Aufständen zur Auffrischung der Gefühle (große Heiterkeit), nicht gelungen ist, die preußischen Unterthanen polnischer Zunge in irgend erheblicher Zahl zu verführen, daß sie an diesen Bestrebungen einer Minderheit sich beteiligt hätten .... Die Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil es dazu nicht Polen genug gibt; es gibt sehr viel weniger Polen in der Welt, als man gewöhnlich glaubt (Heiterkeit), nämlich nur 7½ Millionen Polen, mehr gibt es in der ganzen Welt nicht (Heiterkeit), und davon sind 1½ Millionen zerstreut in den weiten westlichen Gouvernements des russischen Reiches, 10 Prozent unter 90 Prozent anderer Völker, zum größten Teil russischen Stammes, Ruthenen und Weißrussen; diese (Polen) sprechen nur russisch, weinen russisch, wenn sie unter polnischer Herrschaft sind (Heiterkeit) — und da wollen 6 Millionen Polen 24 Millionen Nichtpolen beherrschen und drei große Reiche, Preußen, Rußland und Österreich, in die Luft sprengen, um diese Herrschaft zu begründen. Ja, es ist nicht einmal glaublich, daß diese 6 Millionen Polen polnisch beherrscht sein wollen, sie haben zu trübe Erfahrungen gemacht (Heiterkeit). Ich will die russische Herrschaft nicht als eine besonders milde rühmen (Heiterkeit),

aber der polnische Bauer hat zu ihr doch mehr Zutrauen, als zu der Herrschaft seines adeligen Landsmannes (Heiterkeit). Verzichten Sie darauf, diesem Phantom nachzujagen, vereinigen Sie sich mit uns an den Wohlthaten der Civilisation, die Ihnen der preußische Staat bietet, an den Wohlthaten, die Ihnen die durch den Norddeutschen Bund vermehrte friedliche Sicherheit gewährt."

Die Norddeutsche Bundesverfassung wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen und der Reichstag am 17. April geschlossen. Kaiser Napoleon hatte seit dem großen Macht- und Gebietszuwachs Preußens im Jahre 1866 immer das heiße Verlangen bekundet, auch für Frankreich „etwas zu essen" zu bekommen. Im Februar 1867 kaufte er dem geldbedürftigen Könige von Holland das Großherzogtum Luxemburg in aller Stille ab. Aber Preußen hatte in der Festung Luxemburg das Besatzungsrecht, und als der saubere Handel bekannt wurde, kam es beinahe zum Kriege zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich. Da veröffentlichte Bismarck die bis dahin geheim gehaltenen Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Das brachte die gallischen Säbelraßler zur Besinnung, und Bismarck behandelte den französischen Chauvinismus in jenen Jahren „dilatorisch"; er glaubte, den furchtbaren Entscheidungskampf zwischen den zwei waffenmächtigsten Völkern Europas überhaupt vermeiden zu können. Deshalb verzichtete er lieber auf das ohnehin rechtlich zweifelhafte Besatzungsrecht Preußens in Luxemburg und bewilligte die Schleifung der dortigen Festungswerke, wogegen ein europäischer Kongreß in London am 11. Mai 1867 das Großherzogtum Luxemburg unter europäischen Schutz stellte.

Am 8. Juli 1867 wurde dann mit den süddeutschen Staaten der neue Zollvereinsvertrag geschlossen, der das von Bismarck seit einem Jahrzehnt geplante Zollparlament ins Leben rief. Und am 31. August fanden die Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes statt. Die

regierungstreuen Parteien hatten die große Mehrheit, die nationalliberale war die stärkste, die tonangebende. Ihr gehörte auch der im Alter von 26 Jahren, als jüngster Abgeordneter gewählte Verfasser dieses Werkes an. Am 10. September wurde der Reichstag eröffnet. Am 24. September, bei der Adreßdebatte, ergriff Bismarck das Wort über Luxemburg, dessen „Losreißung von Deutschland" der bekannte, glühende, deutsche Vaterlandsfreund, Herr Bebel, beweint hatte. Bismarck belehrte ihn, daß die staatsrechtliche Stellung Luxemburgs zu Deutschland jetzt noch genau dieselbe sei wie vor 1866 und fuhr dann fort: „Wenn der Herr Redner hier nachträglich das Verlangen aussprechen will, daß wegen der Luxemburger Frage hätte Krieg geführt werden sollen, so steht er damit, glaube ich, ziemlich isoliert (Sehr richtig!). Se. Majestät der König hat sich den Dank des deutschen Volkes dadurch erworben, daß er der für ein kriegerisches Volk nahe liegenden Verführung widerstanden hat, auf die Gefahr hin, von solchen, welche ihn auf dem Standpunkte, wie der Herr Vorredner, angreifen, verdächtigt zu werden. Für ein hinfälliges Recht 30 bis 80000 Menschen auf das Leichenfeld zu schicken, war eine Verantwortung, die der Herr Vorredner und seine Gesinnungsgenossen unter Umständen vielleicht auf sich nehmen können, die aber ein legitimer Landesherr nicht so leicht übernimmt."

Da die Redner der Opposition bei dieser Adreßdebatte auch gerügt hatten, daß die neue deutsche Staatsordnung das Verhältnis zu den süddeutschen Staaten und Brüdern „in der Schwebe gelassen" habe (Bebel und Mammen), so erklärte Bismarck in derselben Rede am 24. September: „Wir unsererseits vermeiden jeden Druck, jedes Drängen, aber wenn die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit, der Süden und der Norden, die Einheit wollten, dann würde meiner Überzeugung nach, keine deutsche Regierung und kein deutscher Staatsmann stark genug sein, es hindern zu können, keiner, ich weiß nicht ob ich sagen soll mutig oder kleinmütig genug, es hindern zu können (Lebhafter Beifall)."

Zur Erleichterung der Opfer, welche die neue Bundesverfassung den ärmeren kleinen Bundesstaaten auferlegte, hatte Preußen am 18. Juli 1867 die Kosten der gesamten Staatsverwaltung des Fürstentums Waldeck in einem „Accessionsvertrag“ übernommen, der dagegen Preußen die Einkünfte des Herzogtums überwies. Natürlich war Waldeck dabei der gewinnende Teil, und die fortschrittliche Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses, die, ohne Bekanntschaft mit dem sittlichen Gebot „noblesse oblige“, jenen Vertrag ihrerseits wohl nicht geschlossen hätte, klagte bitter über Bismarcks Freigebigkeit. Darauf entgegnete er am 11. Dezember 1867, unter lebhaftem „Hört! hört!“ der Versammlung: „Ich höre gerade von dieser Seite“ — der Fortschrittspartei — „dieselbe Sprache, die ich acht Jahre lang im Bundestage zu Frankfurt gehört habe. Sobald dort von nationalen Einrichtungen die Rede war, war immer das erste Wort: sie legen uns Lasten auf. Es waren die Stimmen des Partikularismus, und, meine Herren, verzeihen Sie mir, es ist auch hier noch die Stimme des preußischen Partikularismus (Beifall). Bringen uns denn diese Lasten nichts ein? Ich wundere mich, sie angegriffen zu sehen von derjenigen Seite, die für die Freiheit, die individuelle Freiheit, wie ich nicht zweifle, jedes Opfer zu bringen bereit ist; sollen wir denn kein Opfer bringen für unsere staatliche nationale Freiheit? In welcher Lage wären wir ohne diese Lasten? Wir müßten, sobald uns politische Gefahren drohten, um Schutz durch Bündnisse suchen, wie wir dies früher gethan haben. Diese Lasten setzen uns in den Stand, daß unsere Bündnisse gesucht werden, und daß wir imstande sind, unsere Freiheit, unsere Ehre durch eigene Kraft zu wahren, ohne um das Wohlwollen anderer Staaten zu werben (Beifall). Ist Ihnen denn diese Genugthuung, die seit Auferlegung dieser Lasten unsere deutschen Landsleute in allen Weltteilen und mit tiefer Bewegung empfunden, so daß man sagen möchte, der deutsche Patriotismus sei in Amerika, in Neu-Südwales u. s. w., ich will

nicht sagen lebendiger, komme aber lebhafter zum Ausdruck, als im engeren Vaterlande, gar nichts wert? (Lebhafter Beifall). Ist Ihnen das nichts wert, meine Herren, zu hören, daß unsere Landsleute in so fernen Gegenden jetzt mit uns stolz auf das Vaterland blicken und mit Selbstgefühl sagen: ‚Wir sind Deutsche‘, während sie früher verschämt die Augen niederschlugen (Beifall). Meine Herren! Ich gehöre nicht zu denen, die kalt auf die Lasten blicken, die dem Dürftigen auferlegt werden. Ich habe dazu zu lange auf dem Lande gelebt, um nicht zu wissen, was es heißt, wenn der arme Steuerzahler seinen Groschen bringt, und wenn er ihn in der Zeit der Not bringt. Aber, meine Herren, die Unabhängigkeit, die staatliche Freiheit, die nationale Ehre geht einem Volke wie das unsere über alles; ihr bringen selbst diese Armen freudig ihr Opfer! (Stürmischer Beifall).“

Am 29. September 1867 hatte Preußen ferner einen „Abfindungsvertrag mit dem König von Hannover“ geschlossen, nach welchem dem abgesetzten König aus den Einkünften der Hannöverschen Krongüter 16 Millionen Thaler, unter preußischer Verwaltung dieses Vermögens, zu seinem Lebensunterhalte überwiesen wurden. Im Abgeordnetenhause kam dieser Vertrag am 1. Februar 1868 zur Sprache und die Abgeordneten der Fortschrittspartei riefen: Bismarck werfe das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinaus. Der Ministerpräsident erinnerte die klugen Leute an ihre Angriffe auf ihn während der Konfliktszeit, „wo ebenfalls die auswärtige Politik der Regierung in diesem Hause keiner Seite recht war, wo sie angegriffen wurde von allen Seiten. Wir standen vollständig isoliert; jedermann wußte besser, was wir zu thun hätten, als wir selbst; jeder war bereit, uns zu belehren, uns zu tadeln. Wenn ich die Herren von dieser Seite (links), zum Teil persönlich dieselben, die ich mir im Jahre 1863 und 1864 gegenüber sah — reden höre, so sollte man glauben, diese Herren hätten Hannover erobert, sie hätten, was noch schwieriger war, Europa mit dieser

Erwerbung versöhnt, und wir wären es jetzt, die wir uns in dies Geschäft eindrängten, indem wir in einer ziemlich ruchlosen Weise die Gelder des Staates zum Fenster hinauswürfen (Beifall und Heiterkeit rechts). Es ist ja möglich, daß wir, nachdem wir 1866 in Bezug auf unsere Einsicht vielleicht über Gebühr gerühmt wurden, jetzt plötzlich von einer geistigen Verblendung befallen und bornierte Verschwender geworden sind, die nicht wissen, was sie thun, die die Schätze des Landes mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Aber ich frage Sie, sieht der Herr Finanzminister (v. d. Heydt) so aus wie Einer von dieser Gattung? (Große Heiterkeit). Ich meine, daß auch ich schon öffentliche Beweise davon gegeben habe, wie ich mich in schwierigeren Geschäften, als dieses ist, daß ich mich nie in dem Maße habe fortreißen lassen, die Berechnungen, das Augenmaß, vollständig verloren hätte. Ist es Ihnen aber mit der Mißbilligung Ernst, dann bitte ich Sie dringend, haben Sie auch den Mut Ihrer Meinung, verwerfen Sie die Sache einfach. Sie werden die Regierung konstitutioneller finden, als Sie vielleicht voraussetzen".

Bei der Beratung der Vorlage betr. die Errichtung eines hannöverschen Provinzialfonds machte die Opposition des preuß. Abg.-Hauses am 4. Februar 1868 geltend, Hannover habe diesen Fonds nur sparen können durch Knauserei in den Ausgaben für sein Heerwesen. Darauf sprach Bismarck die bedeutsamen Worte: „Ja, m. H., eine schlechte Anstalt für die Landesverteidigung straft sich in sich selbst; dafür, daß Hannover diese vernachlässigte, hat es seine Unabhängigkeit verloren, und so wird es jedem Staate ergehen, der sie vernachlässigt! Das ist damit bezahlt." Der Abg. v. Kardorff erkannte dagegen am 5. Februar freudig an, daß die Regierung in der Vorlage den Weg der Dezentralisation und Selbstverwaltung betrete. Darauf erklärte Bismarck: „Darüber ist das Ministerium in sich einig, daß ein Zustand so bald als möglich aufhören müsse, in welchem über jeden Zaun,

über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und daß schließlich die beiden äußersten Pole, die Bezirksgendarmen und die geheimrätlichen Kreise des Ministeriums die eigentlich Entscheidenden in jeder einzelnen Sache sind (Heiterkeit). Diese Aufgabe verstehen wir unter Dezentralisation."

Zum ersten Male machten bei dieser Vorlage die Konservativen der Regierung und Bismarck leidenschaftlich Opposition, worauf dieser seinen einstigen Parteigenossen klar legte, was es bedeute, „zur Unterstützung der Regierung gewählt" zu sein. Darunter sei selbstverständlich nicht eine blinde Gefolgschaft zu verstehen. „Aber es wird doch immer soviel heißen, daß in Anbetracht einer bedeutenden politischen Maßregel der Regierung, die vor den Wahlen öffentlich bekannt gewesen ist, die Zusage der Unterstützung der Regierung die Unterstützung dieser Maßregel mit einschließt, und daß wir ein Recht zu haben glauben, in dieser Frage auf die Unterstützung der konservativen Partei, als derjenigen Partei, deren Grundlage vorzugsweise das Vertrauen zur jetzigen Regierung gewesen ist, ganz unbedingt zu zählen. Eine konstitutionelle Regierung ist nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine der größeren Parteien mit voller Sicherheit zählen kann. ... Das Heben und Stützen kann mir nichts helfen, wenn es nicht in der Gesamtheit der Politik geschieht. Ich kann mich nicht partiell heben und stützen lassen, sonst komme ich aus dem Gleichgewicht (Sehr gut!). Die Regierung muß so gehoben und gestützt werden, wie sie in der Gesamtheit vorhanden ist; und wenn der Herr Vorredner sich vor bösen Worten der Wähler in seinem Kreise fürchtet, so empfehle ich ihm nur das Rezept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen! (Beifall). .... Fast für jede Sache lassen sich zwei, drei Wege einschlagen. Welcher der richtige, welcher der fehlerhafte ist, entscheidet die Zukunft, vielleicht wenn wir alle nicht mehr leben; aber der Weg, auf dem eine

Regierung zu Grunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes thut, wenn sie heute etwas zusagt, und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung darf nicht schwanken; hat sie ihren Weg gewählt, so muß sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen; kommt sie ins Schwanken, so wird sie schwach, und darunter leidet das ganze Staatswesen. Wir können hier das Staatsgebilde nicht vom Parteistandpunkte betrachten. Wollen wir konstitutionell regieren, so bedürfen wir einer Mehrheit; verweigern die Herren, die vorzugsweise gewählt sind, mit der Regierung zu gehen, uns ihre Stimmen, so müssen wir eine andere Mehrheit zu finden suchen. Ich kann das nicht erwarten. Sie (rechts) verlangen von uns, daß wir uns zum Organ einer einzelnen Fraktion, einer einzelnen Partei machen, um es darauf ankommen zu lassen, ob die ganze für das Land bedrohliche Situation des Konfliktes sich in dieser schwierigen Zeit erneuern soll oder nicht. Daß ich den Konflikt nicht fürchte — m. H., ich habe ihm ehrlich die Stirn gezeigt drei Jahre hindurch, aber ihn zu einer permanenten, nationalen Einrichtung zu machen, ist nicht meine Absicht! (Beifall)."

Im Reichstag von 1868 gab das Bundesschuldengesetz Anlaß zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und der liberalen Mehrheit. Die letztere wollte dem Reichstag wie dem Bundeskanzler ein Klagrecht gegen die verantwortlichen Beamten bei Verfehlungen gegen das Gesetz einräumen. Bismarck entgegnete am 22. April: „Ich könnte mich eher mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers oder seiner etwaigen Ministerkollegen vor Gericht vertraut machen, als mit dem Grundsatze, daß die Disziplin der Beamten und ihr Zusammenhang dadurch gelockert werde, daß die unter dem Ministerium stehenden Beamten direkt und unabhängig verantwortlich sind. Damit kann eine geordnete Verwaltung nicht bestehen. Ich würde dann eher hinnehmen können, daß der Bundeskanzler unter den Kreisrichter oder Stadtrichter gestellt

wird, aber ich würde dann doch für zweckmäßig halten, den Stadtrichter lieber gleich zum Minister zu machen (Lebhafter Beifall, Heiterkeit), er weiß ja allein genau, wie die Verfassung ausgelegt werden muß, und wenn der Bundeskanzler das vor dem Urteil wissen will, so muß er diesen Kreisrichter gewissermaßen als konstitutionellen Hausarzt konsultieren (Große Heiterkeit).“

Unmittelbar nachher, am 27. April, trat auch das deutsche Zollparlament zu seiner ersten Tagung zusammen. Bismarck gewährte dem berühmten Staatsrechtslehrer Bluntschli, dem Zollparlamentsabgeordneten für Heidelberg und einem der Führer der nationalliberalen Partei Badens, am 30. April eine längere Audienz. Dabei that Bismarck folgende Aussprüche: „Es wird Ihnen vielleicht phantastisch vorkommen, wenn ich behaupte, es ist unter den Völkern wie in der Natur, die Einen sind männlich, die Anderen weiblich. Die Germanen sind so sehr männlich, daß sie für sich allein geradezu unregierbar sind. Jeder lebt nach seiner Eigenart. Wenn sie aber zusammengefaßt sind, dann sind sie wie ein Strom, der alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich. Weiblich dagegen sind die Slaven und die Kelten. Sie bringen es zu nichts aus sich, sie sind nicht zeugungsfähig. Die Russen können nichts machen ohne die Deutschen. Sie können nicht arbeiten, aber sie sind leicht zu verführen. Sie haben keine Widerstandskraft und folgen ihren Herrn. Auch die Kelten sind nichts als eine passive Masse. Erst als die Germanen hinzutraten, erst durch die Mischung entstanden staatliche Völker. So die Engländer und auch die Spanier, so lange noch Gothen an ihrer Spitze waren, die Franzosen, so lange das fränkische Element sie leitete. Die französische Revolution hat dasselbe ausgestoßen und damit der keltischen Natur wieder das Übergewicht verschafft. Das macht die Franzosen geneigt, sich der Autorität zu unterwerfen. Die Westfalen und die Schwaben sind echte Germanen und wenig gemischt, deshalb auch so schwer an den Staat zu gewöhnen.

Wenn sie aber von einem nationalen Gedanken erfaßt sind, und dann wild werden, so schlagen sie Felsen zusammen. Das aber ist selten. In der Regel will jedes Dorf und jeder Bauer für sich sein. In den Preußen ist eine starke Mischung von slawischen und germanischen Elementen. Das ist eine Hauptursache ihrer staatlichen Brauchbarkeit. Sie haben etwas von der Fügsamkeit des slavischen Wesens an sich und zugleich etwas von der Kraft und Männlichkeit der Germanen.“ In derselben Unterredung sagte Bismarck: „Wir können nur dann die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, wenn wir wirklich für Entwickelung sorgen! Stillstand wäre Rückschritt.“

Der große Tag des deutschen Zollparlaments, der größte den diese nur bis 1870 bestehende Körperschaft überhaupt erlebte, war der 18. Mai 1868, da diese erste gesamtdeutsche Vertretung seit 1848 sich ihrer nationalen Bedeutung vollbewußt wurde. Und kein Geringerer als Bismarck entfesselte dieses Bewußtsein, indem er die ängstlichen Bedenken des ultramontan-demokratischen schwäbischen Abgeordneten Probst vor einer Einmischung des Auslandes (Frankreichs) mit den herrlichen Worten zermalmte: „Dem Herrn Vorredner und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet! (Stürmischer Beifall).“ Nach dieser Rede Bismarcks durfte der bayerische Abgeordnete Völk gehobenen Herzens das unvergängliche Wort verkünden: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!“

Im preußischen Abg.-Hause that Bismarck am 9. Dezember 1868 bei Beratung des Budgets des Auswärtigen Amtes den Ausspruch: „Die Theorie ist in der diplomatischen Thätigkeit und auf dem diplomatischen Gebiete noch grauer als im gewöhnlichen Leben und kommt noch weniger zur Geltung.“ Und als am 17. Dezember im Abg.-Hause der fortschrittliche Abgeordnete D. Löwe (Calbe) die Regierung interpellierte, ob sie die Kartellkonvention (den Auslieferungsvertrag)

mit Rußland vom Jahre 1857 zu erneuern gedenke, lehnte Bismarck die Beantwortung ab und sagte: „Ich möchte vor Tendenzpolitik wiederholt warnen. Wer hat nicht die früheren Regierungen und zwar vom Standpunkte der Landeswohlfahrt aus mit Recht getadelt über die Tendenzpolitik, die vor etwa vierzig Jahren für das legitimistische Prinzip mit Spanien und anderen Ländern getrieben wurde, wo nicht das objektive Landesinteresse, sondern, ich möchte sagen, das Urteil über die Regierungsform, die ein fremdes Land sich gegeben hat, die Basis der politischen Beziehungen bildet. Hüten wir uns, dieses Land zu schädigen durch eine ähnliche Tendenzpolitik! Wir sind für die Art, wie die anderen Länder regiert werden, Gott sei Dank, nicht verantwortlich, weder Sie noch ich; wir sind aber alle einigermaßen verantwortlich dafür, wie wir die Wohlfahrt der deutschen und preußischen Gesellschaft wahren, ohne daß wir uns auf den Standpunkt der Kritik fremder Regierungen zu stellen haben."

Die landesverräterischen Umtriebe der entthronten Herrscher von Hannover und Kurhessen nötigten Preußen schon zu Beginn des Jahres 1868 den „Welfenfonds" und das Vermögen des Kurfürsten mit Beschlag zu belegen. Am 30. Januar 1869 begründete Bismarck im Abg.-Hause die letztere Maßregel. „Über juristische Zwirnsfäden wird die Regierung nicht stolpern in der Ausübung der Pflicht, für den Frieden des Staates zu sorgen", erklärte er. Dann fügte er hinzu: „Leider kann sich das Ausland sagen, daß, wenn eine Armee siegreich bei uns vordränge, sie nicht überall auf denselben feindlichen Widerstand stoßen würde, wie er vielleicht bei jeder anderen geschlossenen europäischen Nation zu erwarten wäre. Die Coriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt ihnen nur an ‚Volskern', und wenn sie Volsker fänden, würden sie sich bald demaskieren; nur den letzten versöhnenden Abschluß Coriolans würden alle Frauen Kassels und Deutsch-

lands dann nicht imstande sein, herbeizuführen!*) Es ist sehr zu beklagen, daß dem bei uns so ist. Wenn in Spanien wie in Rußland, in England wie in Frankreich, in Ungarn wie in Dänemark irgend jemand erklärte: er wolle seine partikularistischen Gelüste, seine Familien- oder Parteiinteressen mit ausländischer Hülfe durchführen, er setze seine ganze Hoffnung darauf, und arbeite dahin, daß die Fluren seines Vaterlandes zertreten würden von siegreichen ausländischen Kriegsheeren, daß seine eigene Heimat in dieselbe Unterjochung verfalle, wie wir sie im Anfang dieses Jahrhunderts in Deutschland erlebt haben — was kümmern ihn die rauchenden Trümmer seines Vaterlandes, wenn er nur auf ihnen steht! — nehmen Sie an, daß in allen Ländern bis in das kleine Dänemark hinein, eine Partei, eine Klique die Frechheit hätte, sich zu solchen Bestrebungen offen zu bekennen, solche Leute würden dort überall ersticken unter der zermalmenden Verachtung ihrer Landsleute! Bei uns allein ist das nicht so; bei uns erliegen sie nicht der Verachtung; sie tragen die Stirn hoch, sie finden öffentlich Verteidiger bis in diese Räume hinein. Überall, wo Fäulnis ist, stellt sich ein Leben ein, welches man nicht mit reinen Glaçehandschuhen anfassen kann. Dieser Thatsache gegenüber sprechen Sie doch nicht von Spionierwesen! Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in die Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben. Mir sind in der Presse Vorwürfe gemacht worden, daß ich solchen Erscheinungen gegenüber die diplomatische Ruhe, die meine Stellung erfordert, nicht zu bewahren vermöchte; ich muß

*) Anspielung auf Shakespeares Trauerspiel „Coriolan“. Dieser stolze römische Patrizier ging lieber zu den Volskern in die Verbannung, als sich von dem durch die Tribunen aufgehetzten römischen Volke richten zu lassen. Er führte einen feindlichen Stamm gegen Rom heran, ließ sich jedoch durch die Bitten seiner Mutter und Gattin zum Abzug bewegen.

nun aber sagen: wer über solche Niederträchtigkeit nicht in Zorn gerät, hat ein anders organisiertes Nationalgefühl, als mir eigen ist! (Lebhafter Beifall)."

Im Reichstag von 1869 bekämpfte Bismarck am 16. April nachdrücklich den von den Nationalliberalen und Freikonservativen eingebrachten Antrag auf Einsetzung verantwortlicher Bundesminister, als verfassungswidrig und für die amtliche Stellung des Bundeskanzlers absolut unannehmbar. Um diesem seine ohnehin schon unendlich schwierige Aufgabe noch mehr zu erschweren „wollen Sie ihm Hände und Füße binden und ihn durch ein Kollegium in das Gängelband nehmen lassen", sagte er. Vor der „Notwendigkeit, auf eigene Verantwortung Entschließung zu fassen, schreckt zuletzt ein Ministerpräsident nicht zurück, wohl aber vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, daß dasjenige, was er will, wirklich das richtige ist. Das ist eine ganz andere Arbeit, als einen Staat zu regieren! Alle Mitglieder eines Ministeriums haben ihre ehrliche, feste Überzeugung und je ehrlicher und tüchtiger sie in ihrer Thätigkeit sind, um so schwerer werden sie sich fügen. Ein Jeder ist umgeben von einer Reihe streitbarer Räte (Heiterkeit), die auch jeder ihre Überzeugung haben. Je tüchtiger die einzelnen Charaktere sind, um so schwieriger ist natürlich die Einigung unter ihnen; zwei harte Steine mahlen schlecht, das ist ein bekanntes Sprichwort, aber acht harte Steine noch viel schwerer (Heiterkeit)." Gegen die Verfassungsmäßigkeit des von ihm bekämpften Antrages, bemerkte Bismarck, „auf die Gefahr hin, als wäre ich irgend ein Partikularist: Ist denn überhaupt der Unitarismus die nützlichste und die beste politische Gestaltung? Ist er es namentlich in Deutschland? Ist er historisch in Deutschland? Daß er es nicht ist, beweisen ja gerade die partikularistischen Bildungen, die Deutschland nach allen Richtungen hin -- nicht bloß räumlich — durchsetzen. Sie haben nicht bloß einen Dorfpatriotismus und einen Stadtpatriotismus, von einer Ausbildung, wie

ihn Romanen und Slaven gar nicht kennen, Sie haben einen Fraktionspatriotismus (Heiterkeit. Sehr gut!), Sie haben einen Ressortpatriotismus, der alles außerhalb des eigenen Ressorts als Ausland betrachtet, dem man jeden Schaden zufügen kann, wenn das eigene Ressort Vorteil dabei hat (Große Heiterkeit). So etwas ist nur dem deutschen Charakter möglich. Das hat auch dahin geführt, daß der Deutsche sich nur in einem kleineren Gebiete behaglich fühlt, und daß man nicht wohl thut, ihm von seinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen, als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist. Dieser Partikularismus ist die Basis der Schwäche, aber auch nach einer Seite hin die Basis der Blüte Deutschlands. Die kleinen Zentren haben ein Gemeingut von Bildung und Wohlstand in allen Teilen Deutschlands verbreitet, wie man es in zentralistisch organisierten großen Ländern kaum findet. Die muß man bereist haben, zivilisierte und unzivilisierte, um zu erkennen, wie dort die Provinzen gegen das allgemeine Zentrum um Jahrhunderte in Rückstand bleiben. Die Fehler des Partikularismus, die Schwäche nach außen, die Zerrissenheit im Innern, die Hemmstricke für die Entwickelung von Handel und Verkehr, die hat der Bund im Prinzip vollständig durchschnitten, und sie vollständig zu beseitigen, ist seine Aufgabe. Lassen Sie ihm Zeit dazu. Er ist noch jung, er wird es zu stande bringen, und wir werden dabei einträchtig zusammenwirken zu einem positiven und von der ganzen Nation, wenn es erreicht wird, dankend anerkannten Ziele . . . Die Zentralisation ist mehr oder weniger eine Gewaltthat und ist ohne einen — mindestens am Geiste der Verfassung sich versündigenden Bruch kaum durchzuführen, und ein solcher Bruch, mag er auch in der Form gedeckt oder gerechtfertigt erscheinen, hinterläßt Stellen, die innerlich bluten, und wie lange sie nachbluten, das weiß kein Mensch und kann keiner kontrollieren. Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung

recht machen will: was **kann** gemeinsam sein? wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in den Apfel? — sondern man muß sich fragen: was **muß** absolut gemeinsam sein? und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwickelung überlassen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben. Wir können den Lauf der Zeit nicht dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Ich sollte denken, diese Maschine (des Bundes) hier, an der wir sitzen, hat zwei Jahre lang recht gut und recht förderlich gearbeitet — so gut, daß es Sie fast schon langweilt, daß es so gut geht. Sie fühlen das Bedürfnis, die Uhr einmal aufzumachen, ein Rad herauszuholen und zu sehen, ob es denn vielleicht nicht noch besser geht (Heiterkeit). Bewahren wir uns das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue und mit gleicher Hingebung hüben wie drüben zustreben, und machen wir aus Meinungsverschiedenheiten über die zu ergreifenden Mittel und Wege keine persönlichen Vorwürfe; verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verständnis oder an seinem guten Willen zu zweifeln (Lebhafter Beifall)."

Am 22. April, bei der Debatte des Reichstags über die Anregung des Abgeordneten Twesten auf Vorlegung von „Blaubüchern" that Bismarck den berühmten Ausspruch: „Man kann nur noch aus nationalen Gründen — aus Gründen, welche in dem Maße national sind, daß ihre zwingende Natur von der großen Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird, Krieg führen, wenigstens meiner Auffassung nach."

Diesem Reichstag war zur notwendigen Verbesserung der Reichsfinanzen von dem Finanzminister v. d. Heydt — leider erst

gegen das Ende der Tagung — ein ganzes „Steuerbouquet“ vorgelegt worden, welches bei allen Parteien wenig Anerkennung fand. Die partikularistische Demokratie und die Fortschrittspartei aber bekämpfte die Vorlage mit dem bequemen Vorschlag: Ersparnisse an den „unproduktiven“ Ausgaben für das Heer einzuführen. Darauf entgegnete Bismarck in der Sitzung vom 21. und 22. Mai 1869: „Sie beschließen in der Fraktion im voraus dasjenige, über was Sie abstimmen wollen, unter dem Einflusse der bedeutendsten Redner unter Ihnen; es ist die Rednergabe etwas sehr Gefährliches, das Talent hat seine hinreißende Macht, ähnlich wie bei der Musik und der Improvisation. Es muß in jedem Redner, der auf Zuhörer wirken soll, ein Stück von einem Dichter stecken, und soweit das der Fall ist, soweit er als Improvisator Sprache und Gedanken beherrscht, hat er die Gabe, auf seine Zuhörer zu wirken. Ist aber der Dichter oder Improvisator gerade derjenige, dem das Steuerruder des Staates, welches volle kühle Überlegung fordert, anzuvertrauen wäre? In einem anderen Lande ist von amtlicher Stelle aus gesagt worden: der Friede Europas beruhe auf dem Degen Frankreichs. Ich beziehe mich ausdrücklich auf diese Äußerung, um keine eigene auf einem Gebiete zu thun, auf dem ich sehr ungern spreche; aber daß dieselbe Äußerung auf jeden Staat anwendbar ist; daß jeder Staat, dem seine Ehre und Unabhängigkeit lieb ist, sich bewußt sein muß, daß sein Friede und seine Sicherheit auf seinem eigenen Degen beruht — ich glaube, meine Herren, darüber werden wir alle einig sein (Beifall). Ich würde die Bürgschaft, die der Herr Vorredner bei Verminderung unserer Wehrkraft persönlich für die Sicherheit zu übernehmen bereit schien, meinerseits acceptieren, wenn ich glaubte, daß eine siegreiche feindliche Armee an der Grenze durch die Macht der Beredsamkeit aufgehalten werden könnte (Heiterkeit). Ich muß doch wiederholt davor warnen, im Publikum die Meinung zu verbreiten, daß die Ausgaben für die Armee unproduktive

Ausgaben seien, und ich bin überzeugt, die Herren würden an diesem Bau nicht so oft rütteln, wenn sie nicht ganz sicher wären, daß sie ihn nicht einreißen. Unproduktiv in demselben Maße wie die Armee sind etwa Dämme, die eine Niederung vor Überschwemmung schützen. Die Kosten daran zu sparen, kann sehr teuer werden. Gerade wie ein Dach vor dem Wetter schützt, ein Deich vor Überschwemmung, so schützt auch unsere Armee unsere Produktivität in ihrem ganzen Umfange."

Im Frühjahr 1870 brachte der Abg. Lasker den Antrag ein, den Anschluß Badens an den Norddeutschen Bund baldigst zu vollziehen. Dem Bundeskanzler Grafen Bismarck war dieser Antrag mit Rücksicht auf seine innere und auswärtige Politik gleich unangenehm und er bekämpfte ihn daher in der Sitzung vom 24. Februar nachdrücklich. Am Schlusse der Rede sagte er: „So lange ich Bundeskanzler und auswärtiger Minister bin, so muß die Politik nach meiner Einsicht gemacht werden (Sehr richtig!). Verstehen Sie die Sache besser, so müssen Sie Bundeskanzler werden, so ist es ganz unrichtig, daß Sie dort sitzen, denn die öffentliche Politik Deutschlands kann von den Stühlen nicht geleitet werden, sie muß von hier geleitet werden; wissen Sie alles besser wie ich, so setzen Sie sich hier her, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine zwanzigjährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik an die Hand geben wird (Große Heiterkeit); aber ich versichere Sie, meine Vaterlandsliebe wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit ist (Lebhafter Beifall)."

Den wichtigsten Gegenstand der Beratungen des Reichstags im Frühjahr 1870 bildete das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund und in dieser Vorlage wieder die Frage der Beibehaltung der Todesstrafe. Bismarck trat am 1. März beredt für die Todesstrafe ein und bezeichnete als die letzten Gründe ihrer Gegner folgende: „Es ist eine der Krank-

heiten unserer Zeit die Scheu vor der Verantwortung, auf eigene Überzeugung hin ein Todesurteil auszusprechen; von Seiten der Geschworenen, auf eigene Verantwortung hin einen Wahrspruch zu geben, von dem sie nach dem Gesetze annehmen können, daß er die Tötung des Verbrechers zur Folge hat. Diese Furcht vor der Verantwortlichkeit ist eine Krankheit, die unsere ganze Zeit durchsetzt, eine Krankheit, die bis in die höchsten Spitzen der menschlichen Hierarchie hinaufreicht; selbst dem Souverän ist die Verantwortlichkeit im höchsten Maße beschwerlich und empfindlich, die er mit der Handhabung des Richtschwerts übernimmt — um wie viel mehr dem Richter, der weniger daran gewöhnt ist, Interessen von solcher Schwere, wie die Streichnng eines seiner Nebenmenschen aus der Reihe der Lebendigen, auf seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Und diese schwächliche Abneigung, das Richteramt bis in seine höchste Potenz zu üben, sie beruht auf einem Mißverständnis. Denn ist nicht die Verantwortlichkeit ebenso schwer, wenn ich einen Menschen Zeitlebens einsperre, ja, ich gehe weiter, ist nicht die Verantwortung moralisch dieselbe, wenn ich einen Menschen auf acht Tage ungerecht einsperre, als wenn ich ihn zum Tode verurteile? Ich möchte also an die Herren Juristen die Aufforderung richten: schrecken Sie Angesichts der hohen Aufgabe, die Ihnen von der Vorsehung auferlegt ist, nicht vor Erfüllung derselben in ihrem höchsten Stadium zurück und werfen Sie das Richtschwert nicht von sich. Sie können sich dazu nur gedrungen fühlen, wenn Sie Ihrem Arm in seiner Handhabung lediglich menschliche Kraft zutrauen. Eine menschliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in sich spürt, ist allerdings zur Führung des Richtschwerts nicht stark genug! (Lebhafter Beifall)."

Vor der Schlußberatung am 23. Mai wurde noch ein höchst unglücklicher Versuch gemacht, die Gegensätze in dieser wichtigen Frage zu versöhnen. Es war dies ein von den Abgeordneten Dr. Planck-Stephani gestellter Antrag,

nach welchem die Todesstrafe in denjenigen Bundesstaaten abgeschafft bleiben sollte, in denen sie bereits abgeschafft war, d. h. in Sachsen, Oldenburg und Bremen, in den übrigen Bundesstaaten aber bestehen bleiben sollte. Aufs Schärfste erklärte sich Bismarck gegen diesen Antrag, der den idealen Hauptzweck dieser Vorlage, die deutsche Rechtseinheit zu begründen, verleugnete und vereitelte. Mit vollem Rechte wandte Bismarck gegen diesen Antrag ein: „Die Regierungen haben den Beweis gegeben, daß sie die eigene Überzeugung, die eigene Rechtsansicht dem höheren nationalen Zwecke zu opfern sich entschließen können; nur ein Opfer können sie diesem Zwecke nicht bringen: das ist das Prinzip dieser nationalen Einheit selbst (Lebhafter Beifall). Das Verlassen unserer Grundprinzipien in Bezug auf die Einheit, die wir in Deutschland zu schaffen haben, das läßt sich niemals wieder gut machen (Lebhafter Beifall). Unsere Aufgabe ist, die Gleichheit vor dem Gesetz für alle norddeutschen Bürger zu schaffen. Wir haben unverrückt unser nationales Ziel im Auge behalten; wir haben nicht links, nicht rechts gesehen, ob wir jemandem wehe thäten in seiner teuersten Überzeugung. M. H., aus diesem Geiste haben wir unsere Kraft, unsere Macht geschöpft, zu handeln wie wir gethan. Wir werden die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften, hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand. . . . (Lebhafter Beifall. Von den Plätzen der sozialdemokratischen Fraktion: Oho! Erneuter stürmischer Beifall). M. H., ich freue mich des Zeugnisses, das mir durch die Mißbilligung der Gegner deutscher Einheit und deutscher Größe gegeben wird (Widerspruch auf den Plätzen der sozialdemokratischen Partei. Ruf auf der Rechten: Sehr gut! Lebhafter Beifall von allen Seiten des Hauses). . . . Beweisen Sie durch Ihre Abstimmung, daß da, wo es auf die geheiligte Sache unserer nationalen Einheit ankommt, der Deutsche seinen

alten Nationalfehlern zu entsagen weiß, indem Sie Ihren Blick auf das große Ganze erheben und diesem großen Ganzen einen Dienst erweisen (Lebhafter Beifall)."

VII.
Aus der Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870/71) bis zur Wiederaufrichtung von Kaiser und Reich und bis zum Schlusse des ersten Deutschen Reichstags (15. Juni 1871).

Aller Welt, auch dem Bundeskanzler Grafen Bismarck völlig unerwartet, überzog Frankreich plötzlich Mitte Juli 1870 das friedliche Deutschland mit Krieg! Am 17. wurde der norddeutsche Reichstag zum 19. Juli nach Berlin berufen. Die von Bismarck verfaßte, von König Wilhelm mit bewegter Stimme verlesene Thronrede enthält folgende besonders bemerkenswerte Stellen: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechtes und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug sie es nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger desto inniger verbindet, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat. Wir werden nach dem Beispiele unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."

Als ein einig Volk von Brüdern trat ganz Deutschland in den großen Krieg! Wie 1866 begleitete Bismarck auch jetzt seinen erhabenen königlichen Herrn, den Oberfeldherrn aller deutschen Heere, ins Feld. Innerhalb eines Monats nach der

am 19. Juli erfolgten Kriegserklärung Frankreichs waren die großen Siege von Weißenburg, Wörth, Spicheren erfochten und Marschall Bazaine nach den drei Augustschlachten um Metz (Colombey, Mars-la-Tours und St. Privat-Gravelotte) mit seiner ganzen Armee in der lothringischen Festung eingeschlossen. Der preußische Kronprinz erörterte schon damals lebhaft die künftige deutsche Reichsverfassung. Er dachte sich das künftige deutsche Reich als Einheitsstaat, den deutschen Kaiser als Landesherrn über alle deutschen Gebiete, die Bundesfürsten auf die Rolle von Mitgliedern eines Oberhauses hinabgedrückt, und er war Willens, gegen die etwa widersprechenden süddeutschen Fürsten sogar Gewalt zu gebrauchen, während ihre Landeskinder an der Seite der Preußen und Norddeutschen ihr Blut für das Vaterland verspritzten!*) Bismarck trat diesen Gewaltplänen schon damals nachdrücklich entgegen. In welchem Sinne und mit welchen Gründen, das erkennen wir aus einem Artikel, den Bismarck nach dem Erscheinen des kronprinzlichen Tagebuches in seinem Organ, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", am 15. Oktober 1888 schreiben ließ. Denn da hieß es: „Das deutsche Reich, welches in der freiwilligen Mitwirkung aller Stämme und Dynastien die feste Basis der Einheit fand, wäre schon durch den Verdacht gewaltthätigen Druckes gegen Bundesgenossen unmöglich geworden, und der latente Bürgerkrieg, das Welfentum, übertragen auf 10 Millionen süddeutscher Landsleute, würde das Ergebnis einer unehrlichen Gewaltthat gewesen sein. Aus ihr hätte eine nationale Entwickelung des Kaisertums niemals hervorgehen können, selbst wenn die Gewaltthat gelungen wäre."

Am 1. September war das letzte kaiserliche Heer Frankreichs bei Sedan bis zur Vernichtung geschlagen und einge-

---

*) Aus dem „Tagebuch" des Kronprinzen in der „Deutschen Rundschau" vom Oktober 1888.

schlossen. Abends gegen 10 Uhr fanden sich die französischen Generale Wimpffen, Castelnau und Faure zur Verhandlung über die Kapitulation der Armee und Festung in Bismarcks Quartier in Donchéry ein. Die Bitten und Drohungen, mit welchen die Franzosen günstigere Bedingungen als die Waffenstreckung des ganzen Heeres und die Übergabe der Festung zu erreichen suchten, erkennen wir aus Bismarcks Entgegnung. Er sagte kühl: „Im allgemeinen muß man auf Dank sehr wenig, auf die Dankbarkeit eines Volkes aber gar nicht rechnen. An die Dankbarkeit eines Souveräns, im Notfall an die seiner Familie kann man glauben, unter Umständen sogar mit aller Zuversicht darauf zählen, aber ich wiederhole, von der Dankbarkeit einer Nation muß man nichts erwarten. In Frankreich sind außerdem seit achtzig Jahren die Regierungen so wenig dauerhaft, so buntscheckig gewesen, sie haben so rasche und unberechenbare Wechsel durchgemacht, daß man in Ihrem Lande auf nichts bauen kann. Überdies wäre es ja sinnlos, sich einzubilden, Frankreich könnte uns jemals unsere Erfolge verzeihen. Sie sind ein reizbares, neidisches Volk, eifersüchtig und neidisch bis zum Übermaß. Seit 200 Jahren hat Frankreich dreißig Mal an Deutschland den Krieg erklärt: und dies Mal haben Sie ihn uns erklärt, wie immer aus Eifersucht, weil Sie uns unsern Sieg bei Sadowa nicht vergeben konnten, und doch hat Sadowa Ihnen nichts gekostet und konnte Ihren Ruhm nicht schmälern. Aber es schien Ihnen, als wäre der Sieg ein Erbe, auf das außer Ihnen niemand ein Recht hätte; als wäre der Waffenruhm für Sie ein Monopol. Sie konnten nicht ertragen, daß an Ihrer Seite eine Nation entstand ebenso stark wie Sie. Sadowa haben Sie uns nicht verziehen, wo weder Ihre Interessen und Ihr Ruhm im Spiel waren. Und Sie sollten uns Ihren Zusammenbruch bei Sedan vergeben? Niemals! Heute ist es endlich genug! Frankreich muß gezüchtigt werden für seinen Dünkel und seine ewig friedhässige Angriffslust. Endlich

wollen wir die Sicherheit unserer Kinder feststellen, und dazu brauchen wir ein Glacis zwischen Frankreich und uns; wir brauchen ein Land, Festungen und Grenzen, die uns für immer gegen jeden Überfall von seiner Seite sicher stellen." Auf die weiteren Einwendungen des Generals Wimpffen erwiderte Bismarck: „Nein, Frankreich hat sich seit 1815 nicht geändert, es hat selbst den Krieg gewollt, und um diesem Ruhmeswahn im nationalen Interesse zu schmeicheln, hat Kaiser Napoleon uns herausgefordert. Wir wissen sehr wohl, daß der vernünftige und besonnene Teil der Nation nicht zum Kriege trieb. Aber der Teil Frankreichs, der zum Kriege trieb, ist eben derjenige, der die Regierungen macht und wieder stürzt. Bei Ihnen ist es das Gesindel und auch die Journalisten, und die wollen wir züchtigen, deshalb müssen wir nach Paris. Wir wollen den Frieden, einen dauerhaften Frieden und unter den Bedingungen, die ich Ihnen schon angegeben habe; zu diesem Zwecke müssen wir Frankreich unfähig machen, uns zu widerstehen."

Auch Moltke blieb unerbittlich, und so ward am 2. September die Kapitulation von Sedan unterzeichnet. Kaiser Napoleon kam als Gefangener nach Wilhelmshöhe. Bei dieser Unglückskunde, wie bei jeder früheren, schrie ganz Paris über „Verrat". Am 4. September wurde das Kaisertum gestürzt und die „Regierung der nationalen Verteidigung" eingesetzt, an ihrer Spitze Jules Favre und Léon Gambetta. In Eilmärschen zogen die vereinigten deutschen Heere Paris zu, wie Bismarck in Donchéry den französischen Generalen angekündigt hatte. Dicht hinter den Heeren folgte das Hauptquartier des Königs. Am 9. September erreichte es die alte französische Krönungsstadt Reims und von hier aus erließ Bismarck am 13. jenes berühmte Rundschreiben, welches das Ausland zum ersten Male mit den deutschen Kriegs- und Friedensforderungen bekannt machte. Da sagte Bismarck u. A.: „Nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstrebten, gezwungen hat, müssen wir

dahin streben, für unsere Verteidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen bessere Bürgschaften als die ihres Wohlwollens zu gewinnen. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut. Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche Grenze, und namentlich die bisher schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen." Ein zweites Rundschreiben des Bundeskanzlers aus Meaux vom 16. September wiederholte und erläuterte die Gerechtigkeit dieser Forderungen. Bismarck schrieb: „Unsere Friedensbedingungen sind ganz unabhängig, wie und von wem die französische Nation regiert wird, sie sind uns durch die Natur der Dinge und durch das Gesetz der Notwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten."

Schon am 19. September ward Paris von den deutschen Heeren mit eisernen Armen umklammert. Am 5. Oktober erreichte das deutsche Hauptquartier Versailles, wo es fünf Monate weilen sollte. Am 19. trafen hier die Minister der süddeutschen Staaten ein, um mit Bismarck den Anschluß ihrer Staaten an den Norddeutschen Bund und die künftige Verfassung für Gesamtdeutschland zu beraten. Bis zum 25. November waren alle Südstaaten auf Grund der Norddeutschen Bundesverfassung diesem Bunde beigetreten. Und der norddeutsche Reichstag genehmigte in seiner kurzen Tagung vom 24. November bis 10. Dezember die Versailler Verträge mit der bedeutsamen Änderung, daß an die Stelle der Vertragsworte „Bundesoberhaupt" und „Deutscher Bund" Kaiser und Reich gesetzt werde. Das entsprach auch der vom König Ludwig II. von Bayern hochherzig angeregten Kundgebung der deutschen Fürsten.

Am 18. Januar **1871** fand im Königsschlosse Ludwigs XIV. zu Versailles die feierliche Proklamation des deutschen Kaiserreichs statt. Aus der von Bismarck verfaßten unvergänglichen Ansprache des Kaisers Wilhelm gehören hierher als Merk- und Mahnworte für alle Zukunft die Sätze: „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Nun war auch Paris zum Fall reif geworden. Zu den französischen Unterhändlern, die nach Versailles gekommen waren, um den Kapitulationsvertrag abzuschließen, sprach Bismarck gegen Ende Januar das bedeutsame Wort: „Man muß dem Vaterlande nicht seine Neigungen und Wünsche aufdringen:

La patrie veut être servie et pas dominée (Man soll dem Vaterlande nur dienen, es aber nicht meistern)." Auf die Franzosen machte die klassische Form dieses Ausspruchs gewaltigen Eindruck.

Am 28. Januar kapitulierte Paris. Am 26. Februar wurde in Versailles der deutsch-französische Vorfriede abgeschlossen, der Elsaß-Lothringen wieder mit Deutschland vereinigte und fünf Milliarden Kriegsentschädigung an Deutschland gewährte, bis zu deren Zahlung Frankreich von den deutschen Heeren besetzt bleiben sollte. Am 23. Januar schrieb Bismark aus Versailles die Wahlen zum ersten gesamtdeutschen Reichstag für den 3. März aus, der am 21. März zusammentreten sollte. Am 6. März verließ Bismarck, der seit dem 18. Januar vom Kaiser zum Reichskanzler ernannt war, Versailles und langte am Frühmorgen des 9. März in Berlin an. Am 21. März, am Tage der Eröffnung des Reichstags, wurde Bismarck vom Kaiser in den erblichen Fürstenstand erhoben. Im deutschen Reichstag sprach der Reichskanzler Fürst Bismarck zum ersten Mal an seinem 56. Geburtstage, am 1. April 1871, und zwar boten die Herren Polen die Veranlassung hierzu. Diese hatten, obwohl der Reichstag, nach Lage der Sache, die in Versailles zwischen den Bundesregierungen festgestellte Reichsverfassung nur im Ganzen annehmen oder verwerfen konnte, doch den ganz unnützen Antrag eingebracht: „daß es nicht zur Kompetenz des Reichstags gehört, die ehemaligen polnischen Landesteile, die unter Preußens Herrschaft stehen, dem Deutschen Reiche einzuverleiben". Zur Begründung dieses erstaunlichen Antrages bezogen sich dessen polnische Urheber auf die Stelle der Thronrede: „Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten, der starken wie der schwachen." Bismarck entgegnete: „In der Thronrede ist die Rede von anderen Staaten und Völkern, deren Selbständigkeit geschont werden soll. Die Herren (aber) gehören zu keinem

anderen Staate und zu keinem anderen Volke als zu dem der Preußen, zu dem ich selbst mich zähle, und können Posen und Westpreußen, langjährige Bestandteile der preußischen Monarchie, nicht zu denjenigen anderer Völker und Staaten zählen, welche in der Thronrede gemeint sind. Es ist das eine der Fiktionen, die den Blick trüben und das Urteil fälschen. Ich bestreite den Herren ferner das Recht, im Namen der Bevölkerung irgend eines der preußischen Landesteile zu sprechen, welches auch die Sprache dieser Bevölkerung sein mag. Ich will nur daran erinnern, daß Ihre Wähler mit dem, was Sie hier angeblich im Namen Ihrer Wähler erklären, nicht einverstanden sind. Ihre Landsleute haben mit demselben Mute und mit derselben Hingebung für die Sache, welche uns hier vereint, gestritten, wie die Bewohner jedes anderen Teils von Preußen, und Ihre Landsleute, die Sie hier vertreten, sind für die Segnungen der preußischen Kultur gerade so dankbar, wie die Bewohner Schlesiens und anderer Provinzen (lebhafte Zustimmung). Ich bestreite Ihnen ferner das Recht, sich auf einen Vertrag für Sonderstellung einzelner Provinzen im preußischen Staat zu berufen. Sie haben stets sorgfältig vermieden, diese Verträge ihrem vollen Wortlaut nach anzuführen. Ich möchte Sie dann auch daran erinnern, uns mehr durch das Beispiel der Duldsamkeit als durch Ihre Worte zu belehren. Wie hat sich denn die polnische Nation zur Zeit, wo sie selbständig war, gegen die von ihr mit dem Schwert Unterworfenen verhalten? Dann, m. H., würde Ihre Existenz in diesem Lande vollständig unerträglich werden, wenn wir Sie so behandeln wollten, wie Sie die durch Eroberung unterworfenen Deutschen behandelt haben." Bismarck erinnert weiter an das Blutbad von Thorn, am 7. Dezember 1724, „wo die polnischen Herrscher es den Deutschen mit blutiger Schrift bewiesen haben, wie sie nationale Sonderbestrebungen zu behandeln entschlossen waren. Fürchten Sie nicht, m. H., daß wir aus diesen geschichtlichen Erinnerungen, zu denen Sie mich wider

meinen Willen zwingen, irgend ein Beispiel oder eine Empfindlichkeit übernehmen. Die verbündeten Regierungen und insbesondere Ihre Landesregierung, die königlich preußische, wird fortfahren in den Bestrebungen, die Segnungen des Rechtsschutzes und der Gesittung unter den Dankbaren und Undankbaren zu verbreiten, und glücklicher Weise sind die Dankbaren in der Mehrheit, auch bei Ihnen! (Lebhafter Beifall)."

Als hierauf der Abg. v. Niegolewski dem Reichskanzler die Worte unterlegte: er versage den Polen derartige Anträge, „weil wir kein Volk wären", entgegnete Bismarck: „Aus der Betonung des letzten Herrn Redners habe ich vermutet, daß auch er sich ein neues Schlagwort vorbereitet: ‚Wir sind kein Volk.' Ja, damit kann man viel Mißbrauch treiben; es kommt darauf an, was man unter dem ‚wir' versteht. In meinem Sinne verstehe ich unter dem ‚wir' — und damit unterschreibe ich vollständig den Satz — die etwa zwanzig Herren Abgeordneten, die sich hier als Volk gebärden, und zwar als polnisches Volk. Sie, m. H., sind wirklich kein Volk, auch vertreten Sie kein Volk. Sie haben kein Volk hinter sich, Sie haben nichts hinter sich als Ihre Fiktionen und Ihre Illusionen, und zu denen gehört unter anderem, daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu Sie gewählt worden sind. Sie sind gewählt, um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten, und wenn Sie das thun, sobald diese Interessen in Frage kommen, so werden Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre Wähler erfüllen. Denn dazu sind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht; aber hier das polnische Volk oder die polnische Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht! Ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk in Posen und Westpreußen am allerwenigsten; es teilt nicht die Fiktionen, die Sie verteidigen: daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre

oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen! (Beifall).“

Gegen den Antrag der Fortschrittspartei, in Abänderung des Artikels 32 der Reichsverfassung, den Reichstagsabgeordneten Diäten zu gewähren, erklärte sich Bismarck in der Reichstagssitzung vom 19. April mit den Worten: „Die Regierungen sind bisher nicht entschlossen; sagen Sie immerhin: sie wagen es nicht; denn es ist ein trauriger Mut, auf die Gefahr des öffentlichen Wohles hin etwas zu wagen. Man kann nicht jeden Weg bis ans Ende gehen, man hat seinen Punkt, auf dem man Halt machen will, und wo man sagt: hier will ich jetzt nicht weiter vorgehen, sondern abwarten, wie sich die Sache gestaltet.“

Auch die von den Abg. Windthorst und Graf Münster beantragte Einführung des Zweikammersystems durch Errichtung eines Oberhauses, als „Korrektiv für eine diätenlose Versammlung“, bekämpfte Bismarck in derselben Rede vom 19. April: „Ich muß zu meinem Bedauern sagen: die politische Erfahrung hat mich überzeugt, daß solche Versammlungen den Zweck, ein Gegengewicht und einen Schutz zu gewähren gegen die Gefahren, welche das allgemeine Stimmrecht in seiner vollsten Ausbeutung in sich bergen kann, nicht erfüllen können. Wenn eine frisch durch Wahlen legitimierte, den Anspruch einer Vertretung des ganzen Volkes in sich tragende Versammlung das Gegenteil beschließt, dann brauche ich ein stärkeres Gegengewicht. Das haben wir im Bundesrate. Ich weiß nicht, was die Herren bewegt, den Bundesrat in den gesetzgebenden Faktoren nicht mitzuzählen; die Verfassung weist ihm die volle Gleichberechtigung an, und wenn ich sage, er wiegt schwerer als ein gewöhnliches Erstes Haus, so ist das, weil er zugleich ein Staatenhaus im vollsten Sinne des Wortes ist. Da (im Bundesrat) stimmt nicht der Freiherr v. Friesen, sondern

das Königreich Sachsen stimmt durch ihn; nach seiner Instruktion giebt er ein Votum ab, das sorgfältig destilliert ist aus all den Kräften, die zum öffentlichen Leben in Sachsen mitwirken; in dem Votum ist die Diagonale aller der Kräfte enthalten, die in Sachsen thätig sind, um das Staatswesen zu bilden; es ist das Votum der sächsischen Krone, modifiziert durch die Einflüsse der sächsischen Landesvertretung, vor welcher das sächsische Ministerium für die Vota, welche es im Bundesrat abgeben läßt, verantwortlich ist. Es ist also recht eigentlich das Votum eines Staates, ein Votum in einem Staatenhaus. Die Vota im Bundesrat nehmen die Achtung für sich in Anspruch, die man dem gesamten Staatswesen eines der Bundesglieder schuldig ist. Das halte ich für außerordentlich schwerwiegend, und diese Bedeutung macht sich unbewußt ja in uns längst fühlbar. Einen Votum von 25 einzelnen Herren würden Sie nicht das Ansehen beimessen, dessen der Bundesrat sich glücklicherweise erfreut; aber dem Votum von 25 Staaten, wo jeder der Herren hier einem derselben angehört, und von lauter Staaten, die sich einer freien parlamentarischen Verfassung erfreuen, wo die Abstimmung der Einzelnen recht eigentlich der Ausdruck der Gesamtheit dessen, was man früher sagte, Völker, jetzt will ich nur sagen, Einwohnerschaften für sich haben, dem sind Sie Achtung schuldig in anderer Weise, und die zollen Sie ihm auch, und die Bevölkerung zollt sie ihm. Ich halte deshalb jede Neuerung, durch welche dieser meines Erachtens sehr glücklich gefundene Senat — Staatenhaus, Erstes Haus — des Deutschen Reiches in seiner Bedeutung abgeschwächt, gewissermaßen mediatisiert wird, für eine sehr bedenkliche Änderung an der Verfassung. . . Deswegen möchte ich Sie bitten, tasten Sie nicht den Bundesrat an. Ich sehe eine Art von Palladium für unsere Zukunft, eine große Garantie für die Zukunft Deutschlands gerade in dieser Gestaltung — es ist ja möglich (man sieht nicht in die Zukunft), daß ich zu rosig sehe, aber ich hoffe das Gegenteil! (Lebhafter Beifall rechts)."

Am 2. Mai beriet der Reichstag über die künftige staatsrechtliche Stellung der Reichslande Elsaß-Lothringen zum Deutschen Reiche. Bismarck erläuterte zunächst die Notwendigkeit ihrer Wiedervereinigung mit Deutschland zu Deutschlands Sicherheit: „Der Keil, den die Ecke des Elsaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob", sagte er, „trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von Seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen (Beifall). Daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung, in dieser vorgeschobenen Bastion, welches Straßburg gegen Deutschland bildete, der Versuchung zu erliegen jederzeit bereit war, sobald innere Verhältnisse eine Ableitung nach Außen nützlich machten, das haben wir Jahrzehnte hindurch gesehen (Sehr wahr!). Es blieb daher nichts anderes übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als ein starkes Glacis Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen, und um den Ausgangspunkt französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzulegen."

Bismarck verhehlt nicht, daß die Mehrheit der Bewohner der Reichslande jetzt (1871) noch an Frankreich hänge. Aber bei geschickter Behandlung dürfe man hoffen, diese Gebiete wieder zu germanisieren. Er sagte: „Thatsache ist, daß diese Abneigung vorhanden war, und daß es unsere Pflicht ist, sie mit Geduld zu überwinden. Wir haben meines Erachtens viele Mittel dazu; wir Deutsche haben im ganzen die Gewohnheit, wohlwollender, mitunter etwas ungeschickter, aber auf die Dauer doch wohlwollender und menschlicher zu regieren,

als es die französischen Staatsmänner thun (Heiterkeit); es ist das ein Vorzug des deutschen Wesens, der in dem deutschen Herzen der Elsässer bald anheimeln und erkennbar werden wird. Wir sind außerdem im stande, den Bewohnern einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Überlieferungen dies je vermochten; einen freieren Spielraum von Hause aus, der allmählich so erweitert wird, daß er dem Ideal zustrebt, daß jedes Individuum, jeder kleinere Kreis das Maß der Freiheit besitzt, das überhaupt mit der Ordnung des Gesamtstaatswesens verträglich ist. Das zu erreichen, diesem Ziele möglichst nahe zu kommen, halte ich für die Aufgabe jeder vernünftigen Staatskunst. Ich glaube deshalb, daß es uns mit deutscher Geduld und deutschem Wohlwollen gelingen wird, den Landsmann dort zu gewinnen — vielleicht in kürzerer Zeit, als man jetzt erwartet."

Bismarck unterbrach seine Beteiligung an den Reichstagsverhandlungen, um am 10. Mai den Frankfurter Frieden mit Frankreich persönlich zu schließen. Mit unendlichem Jubel begrüßt, erschien der Reichskanzler am 12. Mai wieder im Reichstag und sagte über das abgeschlossene Friedenswerk: „Ich kann nicht annehmen, daß diese Abmachungen jeden einzelnen persönlichen Wunsch befriedigen werden, aber ich glaube, daß hiermit dasjenige erreicht worden ist, was wir von Frankreich vernünftigerweise und nach den Traditionen, die anderen Friedensschlüssen zu Grunde liegen, verlangen konnten. Wir haben unsere Grenzen durch Landabtretung gesichert, wir haben unsere Kriegsentschädigung so weit gesichert, wie es nach menschlichen Verhältnissen überhaupt möglich ist. Ich erlaube mir die Mitteilung mit dem Ausdruck der Hoffnung zu schließen, daß dieser Friede ein dauerhafter und segensreicher sein, und daß wir der Bürgschaften, deren wir uns versichert haben, um gegen einen etwa wiederholten Angriff geschützt zu sein, auf lange Zeit nicht bedürfen mögen (Lebhafter Beifall)."

In der Reichstagssitzung vom 25. Mai sprach sich Bismarck auch über die Gründe aus, warum Elsaß-Lothringen zum „Reichslande“ gemacht worden sei: „Ernsthaft ist wohl nur in Frage gekommen: soll Elsaß und Lothringen zu Preußen gelegt werden, oder soll es unmittelbares Reichsland sein? Ich habe mich unbedingt für die letztere Alternative entschieden, einmal, um dynastische Fragen nicht ohne Not in unsere politischen zu mischen, zweitens aber auch darum, weil ich es für leichter halte, daß die Elsässer sich mit dem Namen der ‚Deutschen‘ assimilieren, als mit dem Namen der ‚Preußen‘ (Sehr richtig!). Die Elsässer haben sich in ihrer 200jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutscher Art konserviert, und das ist der Baugrund, auf dem wir m. E. mit dem Fundamente zu beginnen haben werden; diesen Partikularismus zunächst zu stärken, ist im Widerspruch zu den Erscheinungen, die uns in analoger Weise im Norden Deutschlands vorgelegen haben, jetzt unser Beruf. Je mehr sich die Bewohner des Elsaß als Elsässer fühlen werden, um so mehr werden sie das Franzosentum abthun. Fühlen sie sich erst vollständig als Elsässer, so sind sie zu logisch, um sich nicht als Deutsche zu fühlen. Der Name ‚Preußen‘ ist ihnen nicht ohne Erfolg durch die künstlichen — ich kann wohl sagen — Intriguen der französischen Regierung in Frankreich verhaßt gemacht worden im Vergleich zu dem der Deutschen. Was später im Interesse des Reichs, im Interesse des Elsasses zu thun sein wird, darüber wollen wir vor allen, denke ich, die Meinung der Elsässer selbst kennen lernen.“

VIII.

Aus der Zeit des Kulturkampfes und des ersten Ausbaues im neuen Reiche (1871 bis 1873).

Am 16. Oktober 1871 trat der deutsche Reichstag zu einer Herbstsession zusammen. Eine der wichtigsten Vorlagen

betraf die Errichtung eines Kriegsschatzes von 120 Millionen Thaler, die im Thurm der Festung Spandau in barem Golde niedergelegt werden sollten. Die fortschrittliche Demokratie erhob lebhaften Einspruch gegen diese „unproduktive" Anlage einer so großen Summe. Ihr entgegnete aber der Reichskanzler Fürst Bismarck: „Ich will blos die Thatsache hervorheben, daß wenn wir einen Staatsschatz nicht gehabt hätten, wir positiv nicht im Stande gewesen sein würden, die paar Tage zu gewinnen, welche hinreichten, das gesamte linke Rheinufer, das bayerische wie das preußische, vor der französischen Invasion zu schützen (Hört!). Hätten wir den Staatsschatz nicht gehabt, so fing der Krieg am Rheine an, und wir hatten aus dem Rheinfestungen zu debouchieren und den Franzosen das Rheinufer, was sie möglicherweise bis Frankfurt überschritten und überschwemmt haben konnten, wieder abzunehmen, nachdem sie Zeit gehabt, dort mit ihren Turkos und anderem Gesindel zu hausen (Heiterkeit)." Dem Abg. v. Hoverbeck insbesondere erwiederte er: „Der Herr Abg. hat die Theorie eines Angriffskrieges zum Zwecke der Verteidigung in Zweifel gezogen. Ich glaube, daß eine solche Verteidigung durch den Vorstoß doch eine sehr häufige und in den meisten Fällen die wirksamste ist, und daß es für ein Land von einer solchen zentralen Lage in Europa, das drei bis vier Grenzen hat, wo es angegriffen werden kann, sehr nützlich ist, dem Beispiele Friedrichs des Großen vor dem siebenjährigen Kriege zu folgen, der nicht wartete, bis das Netz, das ihn umspinnen sollte, ihm über den Kopf wuchs, sondern mit raschem Vorstoße es zerriß. Ich glaube, daß diejenigen auf eine ungeschickte und schwer verantwortliche Politik rechnen, die annehmen, daß das Deutsche Reich unter Umständen in der Lage sei, einen Angriff, der gegen dieses Reich geplant werde, vielleicht von übermächtigen Koalitionen, vielleicht auch nur von Einzelnen abzuwarten, bis dem Gegner der bequeme und nützliche Zeitpunkt loszuschlagen gekommen zu sein scheint. In solchen Lagen ist es Pflicht der

Regierung, und die Nation hat das Recht, von der Regierung zu fordern, daß, wenn wirklich ein Krieg nicht vermieden werden kann, dann die Regierung denjenigen Zeitpunkt wählt, ihn zu führen, wo er für das Land, für die Nation mit den geringsten Opfern, mit der geringsten Gefahr geführt werden kann." Als darauf aber Hoverbeck höhnisch bemerkte, Bismarcks Ausführung laufe darauf hinaus, „daß der Absolutismus die bequemere Form für den Krieg sei", entgegnete der Reichskanzler unter lebhaftem Beifall: „Die letzte Bemerkung des Herrn Vorredners halte ich einfach für eine ungerechte und thatsächlich nicht gerechtfertigte, wenn damit auf die letzten Kriege, die in Deutschland geführt worden sind, hingewiesen werden soll. Ich glaube, die Folge eines jeden dieser Kriege hat gezeigt, daß die preußische Regierung und die Reichsregierung nach dem Kriege entgegenkommender und konstitutioneller gewesen sind, als in der Zeit vor dem Kriege."

Am 17. November 1871 beriet der Reichstag die Regierungsvorlage über die deutsche Münzeinheit. Die Vorlage wollte auf der Rückseite der deutschen Gold- und Silbermünzen das Bildnis der deutschen Bundesfürsten und das Wappen der Freien Städte ausprägen lassen. Dagegen wollte ein Antrag des Abg. Grafen Münster nur das Bildnis des Kaisers zulassen. Fürst Bismarck erklärte sich nachdrücklich gegen diesen Antrag. Er sagte: „Wenn einer von Ihnen, m. H., eine Überzeugung hat, sei sie auch mehr theoretischer als praktischer Bedeutung, wie diese, so hält nichts ihn ab, aufzutreten und dieser Überzeugung in Gestalt eines Antrags praktische Geltung zu geben; die Folgen davon, wie viel sorgfältig gesponnene Fäden dadurch zerreißen, sind ihm vollkommen gleichgültig, und wenn er darauf aufmerksam gemacht wird von dieser Stelle, so ist er berechtigt, zu antworten: ‚Das geht mich nichts an, ich rede nach meiner Überzeugung.' Nun, m. H., ich habe auch persönliche Überzeugungen und muß ihnen häufig Gewalt anthun, und wenn ich es nicht thäte, so würden wir in Frieden nicht

so weit gekommen sein, wie wir gekommen sind. **Wir Leute der Regierung haben nicht das Recht, beliebig nach unserer Überzeugung zu verfahren**, sondern wir müssen uns die Wirkungen vergegenwärtigen, die die ausgesprochene Überzeugung auf die politischen Dinge hat. Daß das System, nach dem wir verfahren sind, nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist, wird Ihnen klar werden, wenn Sie sich vergegenwärtigen, wo wir noch heute vor einem Jahr mit unseren Einheitsbestrebungen waren. Wäre ich immer nach meiner persönlichen Überzeugung gegangen, so würden wir vielleicht noch da stehen, wo wir vor einem Jahre standen. Ich habe mancher meiner Überzeugungen nicht Ausdruck gegeben, und so haben wir erreicht, was wir erreicht haben. Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgültig, wie die verbündeten Monarchen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind, und wem dieses gleich ist, der ist ein Theoretiker; ich muß mit diesen Stimmungen rechnen, sie fallen schwer ins Gewicht. Als ich diesen Antrag nach all den schwierigen Verhandlungen hörte, da war mein Gefühl, ich hoffe, nicht ganz so ohnmächtig, wie das des Archimedes, zu sagen: Noli turbare circulos meos! (Störe meine Kreise nicht!).“

Am nämlichen Tage, den 18. November 1871, war im Reichstage der Antrag Laskers auf Durchführung der vollen **deutschen Rechtseinheit** angenommen worden. Aber während im Reichtag nur das Zentrum und die äußerste Rechte dagegen stimmten, wußte Bismarck, daß im Bundesrat die Gegner der deutschen Rechtseinheit noch bedeutend überwogen und namentlich durch die drei Königreiche Sachsen, Bayern und Württemberg vertreten wurden. Da äußerte sich Bismarck am Abend des 18. November auf seiner parlamentarischen Soiree über die Gegner der vollen deutschen Rechtseinheit: „So kann es nicht fortgehen, da kämen wir in die alten Bundestagszeiten zurück, ja wir wären sogar noch schlimmer daran; denn damals waren doch nur die Schrullen der Regierungen maßgebend, und bekümmer-

ten sich diese um die Landtage wenig oder gar nicht, jetzt aber hätte man auch noch mit diesen oft zweifelhaften und künstlich erzielten Majoritäten zu rechnen, das wäre der sicherste Weg zum Chaos! Die Partikularisten und Ultramontanen sollten nicht vergessen, daß sie ihre Hauptstützen in Paris und Wien verloren haben, und daß Reichsverfassung und Reichstag uns ganz andere Handhaben bieten, über ihre Wünsche, die bisher fast allzu große Berücksichtigung gefunden haben, fortan zur Tagesordnung überzugehen."

Die katholisch-ultramontane Partei des Zentrums hatte sich schon im ersten deutschen Reichstag, im Frühjahr 1871, dem Reichskanzler unangenehm bemerkbar gemacht. Als diese Partei nun im Jahre 1872 auch im preußischen Abg.-Hause erschien, ihre Gehässigkeit gegen den liberalen neuen preußischen Kultusminister Dr. Falk am 30. Januar durch Bemängelung des Kultusbudgets zum Ausdruck brachte, und Herr Windthorst namentlich über „konfessionelle Imparität" bei Besetzung der höheren preußischen Beamtenstellen klagte, da sagte Bismarck: „Die Regierung habe keine Verpflichtung zur konfessionellen Volkszählung, insbesondere in den Beamtenstellen" und namentlich auf dem Posten des Kultusministers sei kein Centrumsmann zu brauchen. Dann fuhr er wörtlich fort: „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, ein Fraktion, der man, wenn alle übrigen Konfessionen denselben Grundsatz annehmen wollten, nur die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte, dann wären wir allerseits auf einem inkommensurabeln Boden, denn damit würden wir die Theologie in die öffentlichen Versammlungen tragen, um sie zum Gegenstande der Tribünen-Diskussion zu machen (Sehr gut! Sehr richtig! Große Unruhe). Es war ein großer politischer Fehler, den die Herren vom politischen Standpunkt des Vor-

redners begingen, daß sie diese Fraktion überhaupt bildeten, eine rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden, indem sie ihre Glaubensgenossen aus den verschiedenen Fraktionen durch die Einflüsse, die ihnen zu Gebote standen, nötigten, sich ihnen anzuschließen (Sehr wahr!). . . . Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkehrte, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat (Sehr wahr!). Daß die katholische Konfession außerhalb ihres Gebietes eine Herrschaft übe, das können wir in der That nicht zugeben, und ich glaube, der Streit liegt mehr auf dem Gebiete der hierarchischen Bestrebungen, als auf einem Gebiete der Verteidigung. Jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viel Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teils der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken (Lebhafter Beifall!)."

Selbstverständlich wuchs der Zorn der Ultramontanen noch bedeutend, als Minister Dr. Falk ein preußisches Schulaufsichtsgesetz vorlegte, welches namentlich in den polnischen Landesteilen dem polonisierenden Einfluß der katholischen Geistlichkeit ein Ende machte. Bismarck ging bei der ersten Beratung der Vorlage im Abg.-Hause, am 9. Februar, noch mehr auf die Sonderart des Zentrums ein, indem er sagte: „Ich habe neulich mein Erstaunen darüber ausgesprochen, daß sich auf einem rein politischen Gebiet eine konfessionelle Fraktion gebildet habe. Indessen ich würde es doch noch als einen Vorteil betrachtet haben, wenn diese Fraktion wirklich eine ganz rein konfessionelle geblieben wäre, wenn sie nicht versetzt worden wäre mit anderen Bestrebungen, wenn sie sich nicht belastet hätte mit der Prozeßführung für Elemente und Bestrebungen, die der friedlichen Aufgabe, die jede

Kirche hat, auch die katholische, eigentlich vollständig fremd sind. Deshalb wäre es m. E. Ihre Aufgabe gewesen, sich von dem Einfluß solcher Faktoren frei zu halten, deren Element der Kampf ist, deren Zukunft allein im Kampf und in Unsicherheit der gegenwärtigen Zustände liegt. Diese Elemente des Streites, mit denen Sie die Mission des Friedens, die Ihnen obliegt, sich erschwert haben, sind mehrere. Das erste davon ist m. E. die Wahl Ihres ‚geschäftsführenden Mitgliedes', welches sich auf die Mehrheit der Fraktion stützt, gewöhnlich im Namen der Fraktion zu sprechen pflegt und ihr den Namen (‚Fraktion Windthorst-Meppen') hauptsächlich gegeben hat. Sind die Interessen des Führers und der Armee nun identisch? Das ist die Frage, die ich zu erwägen geben möchte, oder kämpft diese Armee, im Vertrauen auf die Geschicklichkeit ihres Führers, vielleicht doch unter seiner Leitung für Zwecke, die nicht die ihrigen sind." Der Abgeordnete Windthorst sei eben in erster Linie Welfe. Er „beteiligt sich viel an den Debatten, aber das Öl seiner Worte ist nicht von der Sorte, die Wunden heilt, sondern von der, die Flammen nährt, Flammen des Zornes." Im Volk machten seine Reden den Eindruck, „als wenn so ruchlose Leute in der Regierung unseres Königs säßen, die den heidnischen Staat anstreben, als sei dieses Gesetz — mit der Unterschrift Sr. Majestät des Königs — wirklich dazu bestimmt, das Heidentum, einen Staat ohne Gott, bei uns einzuführen, als seien der Herr Abgeordnete für Meppen und die Seinigen hier noch die alleinigen Verteidiger Gottes. Der Gott, an den ich glaube, möge mich davor bewahren, daß der Herr Abgeordnete für Meppen je die Verfügung über die Spendung seiner Gnaden für mich haben könnte (Heiterkeit). Ich würde dabei nicht gut wegkommen. . . . Ich glaube, m. H. vom Zentrum, Sie werden zum Frieden mit dem Staate leichter gelangen, wenn Sie sich der welfischen Führung entziehen."

Das Zentrum sei aber auch ferner verbündet mit den „Bestrebungen des polnischen Adels, und Thatsache ist,

daß im allgemeinen die katholische Geistlichkeit — auch deutscher Zunge — die Bestrebungen des polnischen Adels, sich von dem Deutschen Reiche und der preußischen Monarchie zu lösen und das alte Polen in seinen früheren Grenzen wieder herzustellen, begünstigt, mit Wohlwollen behandelt und, soweit es ohne Verletzung der Strafgesetze geschehen kann, gefördert hat, und das ist einer der empfindlichsten Punkte, in denen der Kampf von seiten der katholischen Kirche gegen die Staatsregierung zuerst eröffnet worden ist, und wo jeder Minister, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, dahin sehen muß, daß der Staat in Zukunft davor bewahrt werde." Die geistlichen Schulinspektionen in den Provinzen, wo polnisch geredet wird, hätten „die deutsche Sprache nicht zu ihrem Recht kommen lassen, sondern dahin gewirkt, daß die deutsche Sprache vernachlässigt und nicht gelehrt werde (Sehr wahr! rechts), daß der Lehrer, dessen Schulkinder Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht haben, von seinem Geistlichen keine günstige Zensur bekommt." Die meisten bisher bei den Regierungsbehörden angestellten Schulräte hätten „mit diesen Bestrebungen sympathisiert, den Lehrern in halb polnischen Landesteilen, bei denen die Kinder nicht deutsch lernten, wohlgewollt, diejenigen aber strenger ins Auge gefaßt, wo die Kinder gute Fortschritte in der deutschen Sprache machten, und es befördert, daß wir in Westpreußen Gemeinden haben, die früher deutsch waren, wo aber jetzt die junge Generation nicht mehr deutsch versteht, sondern polonisiert worden ist nach hundertjährigem Besitz (Hört! Hört!). Es ist das ein rühmliches Zeugnis für die Lebensfähigkeit und Tüchtigkeit der polnischen Agitation, aber diese polnische Agitation lebt doch vielleicht nur von der Gutmütigkeit des Staates. Aber die Herren müssen diese Gutmütigkeit nicht überschätzen, ich kann Ihnen sagen: sie ist zu Ende! und wir werden wissen, was wir dem Staate schuldig sind (Beifall links). Sie werden mit weiteren Anträgen und Klagen, wie man mir sagte, kommen zu Gunsten

der polnischen Sprache; wir werden Ihnen mit Gesetzesvorlagen zu Gunsten der Beförderung der deutschen Sprache entgegentreten (Beifall links), auch für die Provinz Posen. . . . Wir werden uns künftig dasjenige annähernd zum Muster nehmen, was beispielsweise von Frankreich im Elsaß zur großen Anerkennung der Elsässer beobachtet worden ist (Heiterkeit)."

Bei der Fortsetzung der Debatte am 10. Februar kam Bismarck auch auf die undeutsche Haltung und Gesinnung der katholischen Geistlichkeit in Deutschland zu sprechen. Er sagte: „Die Regierung kann sich der Überzeugung nicht verschließen, daß die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische, in allen Ländern eine nationale ist; nur Deutschland macht eine Ausnahme. Nur in Deutschland ganz allein, da ist die eigentümliche Erscheinung, daß die katholische Geistlichkeit einen mehr internationalen Charakter hat. Ihr liegt die katholische Kirche, auch wenn sie der Entwickelung Deutschlands sich auf der Basis fremden Volkstums entgegenstellt, näher am Herzen, als die Entwickelung des Deutschen Reiches, womit ich nicht sagen will, daß ihr diese Entwickelung fern läge, aber das andere steht ihr näher (Abg. Windthorst: Beweise!). Beleidigung kann ich darin nicht finden (Ruf im Zentrum und rechts: Beweise!). Ach, m. H., greifen Sie doch in Ihren eigenen Busen! (Andauernde Heiterkeit)."

Im preußischen Herrenhause zeigten sich auch die Hochfeudalen als erbitterte Gegner des Schulaufsichtsgesetzes und klagten, daß „die Regierung mit der konservativen Partei gebrochen" habe, indem sie ein so „schädliches Gesetz" vorlege. Bismarck entgegnete den Herren bei der Beratung der Kommissionsvorlage am 6. März: „Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer konservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt das mitunter selbst (Beifall. Heiterkeit). Gesetze sind wie Arzneien, sie sind gewöhnlich nur Heilung einer Krankheit durch eine geringere oder vorübergehende Krankheit. Ein jedes Gesetz hat seine Kehrseite, eine jede Änderung von Gesetzen hat etwas Verdrießliches, und die

gesetzgebende Gewalt oder die Regierung, welche die Initiative derselben ergreift, kann in der Regel nur zwischen zwei Übeln das kleinere wählen. Wenn jemand ein Gesetz nicht will, gleichviel aus welchem Grunde, so hat er stets das Bedürfnis, die Übel, die mit diesem neuen Gesetze, wie mit jedem andern, verbunden sind, zu übertreiben. Was uns bestimmt hat, dieses Gesetz vorwegzunehmen aus dem (in Preußen mangelnden) Unterrichtsgesetze, und gerade jetzt die Geduld nicht mehr zu haben, die wir hatten, das war die Erwägung, daß wir früher in einem von ganz Europa beneideten konfessionellen Frieden gelebt haben. Dieser Frieden begann aber minder sicher für uns zu werden von dem Augenblicke an, wo Preußen mit seiner evangelischen Dynastie eine stärkere politische Entwickelung nahm. So lange neben Preußen zwei katholische Hauptmächte in Europa waren, von denen jede einzelne gedacht für die katholische Kirche eine stärkere Basis zu sein schien als Preußen, da haben wir diesen Frieden gehabt; er wurde schon bedenklich und angefochten nach dem österreichischen Kriege, nachdem die Macht, welche in Deutschland eigentlich den Hort des römischen Einflusses bildet, im Jahre 1866 im Kriege unterlag und die Zukunft eines evangelischen Kaisertums in Deutschland sich deutlich am Horizont zeigte. Aber man verlor die Ruhe auf der anderen Seite vollständig, als auch die zweite katholische Hauptmacht in Europa (Frankreich) denselben Weg ging, und Deutschland einstweilen anerkannt die größte Militärmacht und einstweilen, und vielleicht, je nachdem es Gott will, auf längere Zeit hin, die größte Schwerkraft in der politischen Wage wurde, ohne unter einer katholischen Dynastie zu stehen. Ich will den ganzen Kausalzusammenhang nicht entwickeln. Gleichmäßig mit dem Wachsen Preußens haben wir die Beeinträchtigung des konfessionellen Friedens von Hause aus gespürt, und man hat nach vielen Mitteln gegriffen, um Waffen gegen uns in die Hand zu bekommen."

Am 8. April 1872 wurde der deutsche Reichstag eröffnet. Die Regierung brachte eine Vorlage ein, welche die Ermäßigung der Salzsteuer auf die Hälfte bewilligte. Der Fortschrittler v. Hoverbeck beantragte, die Salzsteuer ganz abzuschaffen und den Ausfallbetrag durch Matrikularbeiträge zu erheben. Das bekämpfte Bismarck am 1. Mai in folgenden Worten: „Ich halte die eigenen Einnahmen des Reiches für in so hohem Grade wichtig, daß ich nicht glaube, ein seiner Verantwortung sich bewußter und von dem richtigen Interesse für den Bestand und die Fortentwickelung des Reiches beseelter Kanzler werde jemals seine Zustimmung dazu geben, daß die eigenen Einnahmen des Reiches ohne hinlänglichen Ersatz vermindert werden. Das große Bindemittel einer starken gemeinsamen Finanzeinrichtung, eines gemeinsamen Finanzsystems fehlt einem Reiche, welches nur auf Matrikularbeiträge gegründet ist. Daß die Matrikularbeiträge ungleich treffen, ist eine Sache der Gerechtigkeit, aber daß man sie überhaupt zu vermindern sucht, ist m. E. Aufgabe einer wohlerwogenen Reichspolitik. Ich weiß nicht, ob es nicht noch schlechtere Steuern wie die Salzsteuer in den einzelnen Ländern gibt. Aber jedesmal ist die Steuer, die das Reich gerade am meisten braucht, als eine den armen Mann besonders drückende bezeichnet worden. Als man in dem Lokale am Dönhofsplatze über die Tabakssteuer sprach, erinnere ich mich, daß die Pfeife des armen Mannes eine sehr große Rolle spielte (Heiterkeit). Wie von Petroleum gesprochen wurde, war es die Beleuchtung des armen Mannes; aber so lange wir noch Brot und Fleisch besteuern, muß ich sagen, rechne ich dergleichen Äußerungen in das Gebiet derjenigen politischen Heuchelei (Ruf: Oh, oh! Pfui!), die man auf politischem Gebiet für erlaubt hält und sich und anderen zugesteht. . . . Man muß sich überhaupt, wenn man den Staat ernstlich will, und wenn man in sich das Gefühl der staatlichen Verantwortlichkeit hat, hüten, von irgend einer Steuer, die

man heute noch nicht entbehren kann, mit dieser, ich kann wohl sagen, Maßlosigkeit zu sprechen, als wenn es eine ungerechte Bedrückung wäre, daß sie überhaupt noch gezahlt wird. Die Steuern sind alle unangenehm, alle lästig, und haben alle die traurige Eigenschaft, daß erst diejenigen, welche von der großen Masse, von den Armen gezahlt werden, überhaupt dem Finanzminister den Säckel füllen, indem die Reichen nicht zahlreich genug sind, um sie allein decken zu können. Uns fehlt noch in einem für mich schmerzlichen Maße das Gefühl der staatlichen Verantwortlichkeit in unserer Gesamtvertretung.“

Am 14. Mai brachte der Abg. v. Bennigsen den unerhörten Vorgang im Reichstag zur Sprache, daß der römische Stuhl den vom Kaiser Wilhelm zum Botschafter bei der Kurie ernannten Fürsten Kardinal Hohenlohe — den Bruder des heutigen Reichskanzlers — abgelehnt habe. Bismarck benützte den Anlaß zu einer seiner berühmtesten Reichstagsreden. Er sagte: „Nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich verkündeten Dogmen der katholischen Kirche halte ich es nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaciert würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann (Sehr wahr!). Seien Sie außer Sorge: nach Canossa gehen wir nicht — weder körperlich noch geistig! (Lebhafter Beifall).“ Die Ernennung des Kardinals Hohenlohe zum Botschafter sei erfolgt, weil dieser vermöge seiner „Wahrheitsliebe und Glaubwürdigkeit und die Versöhnlichkeit seiner Gesinnung und Haltung“ besonders geeignet gewesen wäre. „Leider ist diese Absicht der Kaiserlichen Regierung durch eine kurze Ablehnung von seiten der päpstlichen Kurie verhindert worden, zur Ausführung zu gelangen. Ich kann wohl sagen, daß ein solcher Fall nicht häufig vorkommt. . . . Der Kaiser hat ernannt, ehe er anfrägt; die verneinende Antwort ist also eine Forderung, das Geschehene zu-

rückzunehmen, eine Erklärung: ‚Du hast unrichtig gewählt!‘ Ich bin seit ziemlich zehn Jahren jetzt auswärtiger Minister, ich bin seit 21 Jahren in den Geschäften der höheren Diplomatie, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, es ist dies der einzige und erste Fall, den ich erlebt (Hört! hört!), daß eine solche Frage verneinend beantwortet wird.“

Da inzwischen auch der preußische katholische Klerus den „Kulturkampf“ durch offene Empörung gegen die Regierung und die Landesgesetze begonnen hatte, so entgegnete Bismarck in derselben Rede dem Abg. Windthorst: „Das kann ich dem Herrn Vorredner versichern, daß wir gegenüber den Ansprüchen, welche einzelne Unterthanen Sr. Majestät des Königs von Preußen geistlichen Standes stellen, daß es Landesgesetze geben könne, die für sie nicht verbindlich seien, daß wir solchen Ansprüchen gegenüber die volle einheitliche Souveränität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten werden (Beifall), und in dieser Richtung auch der vollen Unterstützung der großen Mehrheit beider Konfessionen sicher sind (Lebhafter Beifall). Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz! (Sehr gut! Sehr richtig!)“

An die deutschen Vertreter im Auslande richtete Bismarck am nämlichen 14. Mai 1872, da er diese große Rede im Reichstag hielt, den berühmten Erlaß über die künftige Papstwahl, in dem er ausführt: „Die Stellung des Oberhauptes der katholischen Kirche ist für alle Regierungen, innerhalb deren Länder diese Kirche eine anerkannte Stellung hat, von solcher Bedeutung, daß es geboten erscheint, sich die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes rechtzeitig zu vergegenwärtigen. . . . Vor allem aber hat das vatikanische Konzil und seine beiden wichtigsten Bestimmungen über die Unfehlbarkeit und über die Jurisdiktion des Papstes

die Stellung des Letzteren auch den Regierungen gegenüber gänzlich verändert und das Interesse der letzteren an der Papstwahl aufs höchste gesteigert, damit aber ihrem Rechte, sich darum zu kümmern, auch eine um so festere Basis gegeben. Denn durch diese Beschlüsse ist der Papst in die Lage gekommen, in jeder einzelnen Diözese die bischöflichen Rechte in die Hand zu nehmen und die päpstliche Gewalt der bischöflichen zu substituieren. Die bischöfliche Jurisdiktion ist in der päpstlichen aufgegangen; der Papst übt nicht mehr, wie bisher, einzelne bestimmte Reservatrechte aus, sondern die ganze Fülle der bischöflichen Rechte ruht in seiner Hand. Die Bischöfe sind nur noch seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit; sie sind den Regierungen gegenüber Beamte eines fremden Souveräns geworden, und zwar eines Souveräns, der vermöge seiner Unfehlbarkeit ein vollkommen absoluter ist — mehr als irgend ein absoluter Monarch in der Welt. Ehe die Regierungen irgend einem neuen Papste eine solche Stellung einräumen und ihm die Ausübung solcher Rechte gestatten, müssen sie sich fragen, ob die Wahl und die Person desselben die Garantien bieten, welche sie gegen den Mißbrauch solcher Gewalt zu fordern berechtigt sind."

Bismarcks weise Politik gegen Frankreich wurde bekanntlich von dem sich viel klüger dünkenden damaligen deutschen Botschafter in Paris, dem Grafen Harry v. Arnim, so lange durchkreuzt und vereitelt, bis endlich zu Anfang 1874 die Abberufung des ungehorsamen Diplomaten von Paris erfolgen mußte. Aus den zahlreichen Erlassen an diesen Botschafter, in welchen sich Bismarck über die Grundzüge der deutschen Politik gegen Frankreich ausspricht, heben wir folgende, noch heute sehr beachtenswerte Stellen hervor. Zunächst sagt Bismarck in einem Erlasse an Arnim vom 20. Dezember 1872: „Die Bethätigung derartiger wohlwollender Teilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentlich deutsche Eigentümlichkeit. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers

hat aber um so weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung (des Botschafters) Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist von roten zu gemäßigt-liberalen, von gemäßigt-liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili (Versuch an dem häßlichen Körper), welches mit der Kommune vor den Augen Europas gemacht wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich; und so lange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Könige zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elements involvieren würde."

Im Gegensatz zu Arnim, welcher einen Ausspruch des damaligen Präsidenten der französischen Republik, Adolphe Thiers: „Das Land ist vernünftig, die Parteien sind es nicht", geringschätzig als „Gemeinplatz" bezeichnet hatte, erklärte Fürst Bismarck weiter in einem Erlaß vom 23. Dezember, daß er in diesem Ausspruch „parlamentarisch höflich und richtig die Erscheinung bezeichnet finde, welche sich in allen Ländern mit Repräsentativverfassung wiederholt und durch welche die Befugnis zur Auflösung der Wahlkörper begründet ist: daß die Bevölkerung einschließlich der Wähler besonnener, realistischer, patriotischer denkt, als die Führer organi-

sierter Parteien und in der Presse, in denen gewöhnlich den in jeder Partei Avanciertesten die Führung zufällt."

Nachdem hierauf Graf Arnim in einem Bericht vom 22. Januar 1873 über die ungünstige soziale Stellung der Deutschen in Frankreich geklagt und von Bismarck Abhülfe gefordert hatte, entgegnete dieser in einem Erlasse vom 2. Februar 1873: „Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse so weit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Überhebungen Frankreichs uns dazu nötigen werden. „Oderint dum metuant" — sie mögen uns hassen, wenn sie uns nur fürchten. Den Deutschen, welche nach dem Kriege nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, sie mußten auf Verfolgungen und Demütigungen gefaßt sein und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, solche Erlebnisse für Geld zu ertragen. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als eine Pflicht der Regierung Sr. Majestät des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Volksinteressen unserer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem ‚Pariser deutschen Ursprungs', der nur insoweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht, nicht sympathisieren."

Um die Unbotmäßigkeit der katholischen Geistlichkeit und Partei in Preußen wirksam zu bekämpfen, mußten vor Allem die Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassung, in welchen dieser Widerstand eine anscheinend verfassungsmäßige Grundlage besaß, entsprechend abgeändert werden. Das Abg.-Haus hatte diese Verfassungsänderung bis zum 1. März 1873 genehmigt. Im Herrenhause kam die Verfassungsvorlage am 10. März zur Verhandlung, und die Ultra-Feudalkonservativen, die schon das Schulaufsichtsgesetz vergeblich bekämpft hatten, behaupteten jetzt, durch die Vorlage werde „die Kirche der Herrschaft des omnipotenten liberalen Staates unterworfen“. Bismarck hatte der feudalen Fronde schon bei dem Schulaufsichtsgesetz erklärt, daß der Liberalismus wahrscheinlich Fortschritte machen werde. „Worin liegt denn das?“ fragte er jetzt am 1. März die überkonservativen Gegner. Doch wesentlich in der Desorganisation des Gegengewichts in der konservativen Partei; es liegt wesentlich darin, daß die Regierung und namentlich ich, ihr früherer Vertreter, sich in der Voraussetzung, daß die konservative Partei mit Vertrauen auf sie blickte, getäuscht hat . . . und das Vertrauen ist eine zarte Pflanze; ist es zerstört, so kommt es so bald nicht wieder. Darauf ist die konservative Partei in sich zur Zersetzung gekommen. Die Frage, in der wir uns befinden, wird m. E. gefälscht, und das Licht, in dem wir sie betrachten, ist ein falsches, wenn man sie als eine konfessionelle, kirchliche betrachtet. Es ist wesentlich eine politische; es handelt sich nicht um den Kampf, wie unseren katholischen Mitbürgern eingeredet wird, einer evangelischen Dynastie gegen die katholische Kirche, es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Glauben und Unglauben, es handelt sich um den uralten Machtstreit, der so alt ist wie das Menschengeschlecht, um den Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, den Machtstreit, der viel älter ist, als die Erscheinung unseres Erlösers in dieser Welt, den Machtstreit, der die deutsche Ge-

schichte des Mittelalters bis zur Zersetzung des Deutschen Reiches erfüllt hat unter dem Namen der Kämpfe der Päpste mit den Kaisern, der im Mittelalter seinen Abschluß damit fand, daß der letzte Vertreter des erlauchten schwäbischen Kaiserstammes unter dem Beil eines französischen Eroberers auf dem Schaffot starb, und daß dieser französische Eroberer im Einverständnis mit dem damaligen Papste stand. Wir sind der analogen Lösung der Situation nahe gewesen, übersetzt immer in die Sitten unserer Zeit. Wenn der französische Eroberungskrieg, dessen Ausbruch mit der Verkündung der vatikanischen Beschlüsse zusammenfiel, erfolgreich war, so weiß ich nicht, was man auf unseren kirchlichen Gebieten in Deutschland von den gestis Dei per Francos (den Thaten Gottes durch die Franzosen) zu erzählen haben würde. Ähnliche Pläne haben vorgelegen vor dem letzten Kriege mit Österreich, ähnliche vor Olmütz. Es ist m. E. eine Fälschung der Politik und der Geschichte, wenn man Se. Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als den Hohenpriester einer Konfession oder die katholische Kirche als Vertreterin des Kirchentums überhaupt betrachtet. *Das Papsttum ist eine politische Macht jeder Zeit gewesen*, die mit der größten Entschiedenheit und dem größten Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat. Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt, wie den Franzosen die Rheingrenze, ununterbrochen vorschwebte, das zur Zeit der mittelalterlichen Kaiser seiner Verwirklichung nahe war, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, ein eminent politischer Zweck, ein Streben, welches so alt ist wie die Menschheit, denn so lange hat es auch, sei es kluge Leute, sei es wirkliche Priester gegeben, die die Behauptung aufstellten, daß ihnen der Wille Gottes genauer bekannt sei, als ihren Mitmenschen, und daß sie auf grund dieser Behauptung das Recht hätten, ihre Mitmenschen zu beherrschen; und daß dieser Satz das Fundament der päpstlichen Ansprüche auf Herrschaft ist, ist bekannt. *Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum*, der Kampf in diesem

Falle des Papstes mit dem Deutschen Kaiser, wie wir ihn schon im Mittelalter gesehen haben, ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf: er hat seine Bündnisse, seine Friedensschlüsse, seine Haltepunkte, seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben. Es handelt sich um Verteidigung des Staates, es handelt sich um die Abgrenzung, wie weit die Priesterherrschaft und wie weit die Königsherrschaft gehen soll, und diese Abgrenzung muß so gefunden werden, daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann. Denn in dem Reiche dieser Welt hat er das Regiment und den Vortritt."

Als dann Graf Brühl am 24. April im Herrenhause als Schutzredner und Verteidiger des Zentrums auftrat, entgegnete ihm Fürst Bismarck die noch heutzutage sehr beachtenswerten Worte: „Die Mitglieder der Zentrumspartei wollen den Krieg. Sie sprechen das Wort ‚Bürgerkrieg' gelassen aus. Sie sind Feinde des Staates, und ich habe Recht, sie als solche zu bezeichnen. Die Zentrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat; die Artilleristen, die sie leiten, die Ingenieure, die sie erbauten, sie wissen genau, was sie beabsichtigten. Das einzige Gegenmittel wäre eine konfessionelle Gesamtpartei aller Nichtkatholischen. Der Staat aber thut wohl, daß er sich vorsieht, auf daß der König Herr im Staate bleibe und nicht die Zentrumspartei!"

In derselben Rede rief Bismarck noch den Ultrakonservativen zu: „Ich habe mich nicht von der konservativen Partei ‚losgerissen', ich bin mit ihr einig geblieben; eine Fraktion, die früher der großen konservativen Partei mit angehörte, hat sich unter der Leitung beredter, einflußreicher Führer und aus Fraktionszwang von der konservativen Partei getrennt; sie hat im Kampfe die Regierung in einem entscheidenden Augenblick (beim Schulaufsichtsgesetz) zu meinem Bedauern im Stich gelassen. Bezeichnend für die ganze Anschauungsweise des Herrn Vorred=

ners und seiner Fraktionsgenossen ist der Ausdruck ‚losgerissen‘. Das Kleinere reißt sich vom Größeren los, das Bewegliche von der Basis, ein angewachsenes Schaltier von dem Schiff. Er betrachtet als Basis und als konservative Partei seine Fraktion; von der hat sich, nach seiner Meinung, Se. Majestät mit der königlichen Staatsregierung losgerissen und schwimmt nun steuerlos im Meere umher. Diese außerordentliche Überschätzung der Richtigkeit der eigenen persönlichen Ansichten ist ja gerade das staatszerstörende Element, verbunden mit dieser Unfähigkeit, sich unterzuordnen, mit diesem außerordentlichen Überfluß an Zeit, um nachzudenken über das, was die Regierung thut, und über die Kritik, die daran zu üben, während man den Beruf nicht hat und nicht fühlt, seinerseits für die Verteidigung des Staates gegen dessen Feinde einzutreten, sich aber monatelang zu Hause mit den Waffen oppositioneller Kritik ladet und ausrüstet, dann hieher kommt, die Regierung abzukanzeln.“

Am 12. März 1873 wurde der deutsche Reichstag eröffnet. Hier klagte Windthorst am 16. Mai bitter über „die demoralisierende Wirkung der Diktatur“ in Elsaß-Lothringen. Da diese Diktatur am 1. Januar 1874 zu Ende ging, so erwiderte Bismarck: „Der Vorredner citiert also nur ein Diktaturgespenst, und wenn er uns tadelt und angreift, weil wir von den gesetzlichen Mitteln zur Sicherung des Landes Gebrauch machen, so kommt mir diese Klage so naiv vor, als wenn in der Schlacht der Feind sagen wollte: schießen gilt nicht (Heiterkeit). Nicht aus Besitzsucht an Land und Leuten, auch nicht aus dem berechtigten Gefühl, altes Unrecht sühnen zu wollen, was uns vor zweihundert Jahren geschehen ist, sondern in der bitteren Notwendigkeit, uns auf weitere Angriffe eines kriegerischen Nachbarn gefaßt machen zu müssen, haben wir die Forderung auf Landabtretung, auf Festungsabtretung soweit ausgedehnt, wie es geschehen ist. Zweifeln Sie unter Umständen an unserm Geschick; aber an unserer Hingebung, an unserem guten Willen

zweifeln Sie nicht, an unserem Mut und an dem festen Entschluß, allen Gegnern des Reichs eine feste Stirne zu zeigen, daran zweifeln Sie nicht! (Beifall).“

Als gegen Ende der Session das Reichspreßgesetz für die nächste Tagung verschoben werden mußte, klagte Lasker am 16. Juni darüber, da in dieser Vorlage „doch einmal etwas von Volksrechten die Rede“ sei. Bismarck bedauerte, eine derartige Äußerung vernommen zu haben, die „eine deklamatorische Abschweifung auf die Frage“ enthalte: „ob wir bereit sind, Volksrechte zu diskutieren oder nicht. Das sind Reden aus vergangener Zeit (Nein! Nein! links), die ich berechtigt bin, deklamatorische zu nennen (Große Unruhe links). Ich habe lange in Zeiten gelebt, wo jeder, der etwas vorzubringen hatte, was gerade seiner Stellung, seinem Bedürfnis, seinen politischen Anschauungen entsprach, sich ausschließlich die Stellung als Volksvertreter und als Volk vindizierte. Volksvertreter sind alle Herren, die hier sitzen, und zum Volke gehören wir alle, ich habe auch Volksrechte, zum Volke gehört auch Se. Majestät der Kaiser; wir alle sind das Volk, nicht die Herren, die gewisse alte, traditionell liberal genannte und nicht immer liberal seiende Ansprüche vertreten. Das verbitte ich mir, den Namen Volk zu monopolisieren und mich davon auszuschließen. — Der Vorredner hat gesagt: nachdem so viele Finanzgesetze beraten sind — also nachdem wir der Regierung so viele Summen bewilligt haben —, hätten wir uns wohl auch mit den Volksrechten beschäftigen können. Wie? Sind denn die Finanzgesetze keine Volksgesetze? Ja, wenn sie es nicht wären, so hätten Sie Unrecht gethan, dieselben zu bewilligen! Ist die Verteidigung des deutschen Bodens kein Volksrecht? Ist die Herstellung und Sicherung von Festungen gegen feindlichen Überfall des Landes kein Volksrecht? Ist das Budgetrecht, das geordnete finanzielle Zustände im Deutschen Reiche herbeiführen soll, kein Volksrecht? Oder wollen Sie bloß die Angriffswaffen gegen die Re-

gierung, das belagernde Element, wenn ich so sagen soll, gegen den jedesmaligen Stand der Regierung für sich als Volksrechte vindizieren? Das, m. H., wäre eine Scheidung, die — ich spreche ganz objektiv und nicht im verletzenden Sinne — eine Fälschung der Sachlage sein würde, die ich nicht annehmen kann, weil wir dabei ganz und gar zu kurz kämen. . . . Es ist eine subversive Tendenz, die darin liegt."

Zu Ende des Jahres 1873 sah sich die preußische Regierung genötigt, zur Bewältigung des kirchlichen Kampfes, dem Landtag ein Zivilehegesetz vorzulegen, das vom Zentrum und den Strengkonservativen lebhaft bekämpft wurde. Namentlich hielten die Letzteren dem Fürsten Bismarck die Rede gegen die Zivilehe vor, die er am 15. November 1849 gegen die Zivilehe gehalten hatte (s. o. S. 5). Der Minister entgegnete ihnen am 17. Dezember: „Meine persönliche Stellung (zur Zivilehe) ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Kollegen bei Sr. Majestät den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage zu stellen, und mich entschlossen habe, mit ihnen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben, ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das — ich will den Ausdruck nicht verletzend gebrauchen, sondern wissenschaftlich — revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Notwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen. Ich bin entschlossen, dafür einzutreten, wie für so manches, was meinen persönlichen Überzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht. Aber ich bin ein, den Gesamtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber, disziplinierter und sich unterordnender Staatsmann (Bravo und Heiterkeit)."

IX.

Aus den Jahren 1874 bis Ende 1876.

Die Leidenschaftlichkeit, welche der Kulturkampf unter den Zentrumsabgeordneten entzündet hatte, trat namentlich deutlich zu Tage in der am 16. Januar 1874 im preuß. Abg.-Hause gegen Bismarck erhobenen Anschuldigung des Abgeordneten v. Mallinckrodt: Der Kanzler habe sich bereit erklärt, „einen Teil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten“. Bismarck erklärte diese Behauptung in der Sitzung des Abg.-Hauses vom 16. Januar: „für eine dreiste, lügenhafte Erfindung, die natürlich der Herr Abgeordnete nicht gemacht hat, die aber anderswo gemacht ist. Die Sache ist in lügenhafter, gehässiger Absicht erfunden worden, es ist auch nicht eine Silbe davon wahr! Ich habe niemals irgend jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt (Stürmischer Beifall).“ Als dann der Abg. v. Mallinckrodt sich für seine schmähliche Behauptung auf die von Deutschen- und Bismarckhaß triefende Schrift des vormaligen italienischen Ministers La Marmora „Ein Bischen mehr Licht“ bezog, zeigte Bismarck, wie unsauber diese Quelle sei und schloß: „Wenn jemand in der Politik offen vor ganz Europa auf der Bühne hat wirken können, wie ich, dann hat er doch wohl das Recht, sich auf Thatsachen zu berufen und dagegen alle apokryphen Winkelskribenten, mögen sie Titel haben, wie sie wollen, als Zeugen abzulehnen. Ist denn irgend etwas abgetreten? Existiert denn irgendwo eine Verhandlung darüber? Hätten wir nicht, wenn wir etwas hätten abtreten wollen, mit großer Leichtigkeit, mit sehr wenig, mit wenig Dörfern, nur daß der Schandfleck an unserer Politik gehaftet hätte, alles erreichen können? Das wäre ja dem Kaiser Napoleon genug gewesen. M. H., ich finde, man hat gar nicht das Recht, mich auf diese Weise zu nötigen, durch einen Mißbrauch der Tribüne zur Verleumdung

der eigenen Regierung, den Leiter der Regierung zu nötigen, sich hier gegen solche Vorwürfe zu verantworten und Ihre und meine Zeit damit zu töten, für deren Bezeichnung mir jeder parlamentarische Ausdruck fehlt — aber die Presse wird ihn wohl finden! (Beifall)."

Bei den Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 hatten zum ersten Male auch die Bewohner der Reichslande mitgewählt und lauter französische Protestler oder Ultramontane in den Reichstag entsendet. Diese Herren hatten in Berlin, unterstützt vom Zentrum, natürlich nur bittere Klagen gegen die deutsche „Diktatur" und Unfreiheit vorzubringen, unter welcher die Reichslande angeblich schmachteten.

Bismarck entgegnete ihnen im Reichstag am 3. März: „Die Herren aus dem Elsaß beklagen sich, daß wir die drei Jahre sie nicht so glücklich gemacht haben, wie sie zwar unter der französischen Herrschaft nicht gewesen sind, aber wie sie es doch gern sein möchten, und wie wir sie auch gern sehen möchten (Heiterkeit). Wir wünschen es ihnen, aber der Zweck der Annexion war es eigentlich nicht. Wir haben mit derselben nicht die Hoffnung verbunden, daß diese Herren sofort nun enthusiastische Anhänger unserer deutschen Einrichtungen, Freunde unserer dorthin gesendeten neuen Beamten sein würden und ihnen mit wohlwollender Kritik und kindlichem Vertrauen entgegentreten würden. Wir haben uns darüber gar nicht getäuscht, daß wir einen harten Kampf zu bestehen haben würden, ehe es uns gelänge, ihre Anhänglichkeit zu gewinnen, die wir allerdings erstreben, die wir aber augenblicklich ohne Zweifel noch nicht besitzen. Die Zeit ist so kurz dazu. Wenn die Herren erst einmal zweihundert Jahre zu Deutschland gehört haben werden (Heiterkeit)" — wie das Elsaß vorher zu Frankreich — „dann empfehle ich einen vergleichenden Rückblick, und ich bin überzeugt, daß sie bei uns doch im ganzen angenehmer gelebt haben (Heiterkeit). Ich zweifele gar nicht daran, daß, wenn den Herren der Wunsch, wieder französisch zu werden, erfüllt

würde, sie sich sofort im vollständigen Belagerungszustande befinden würden, ebenso wie die 28 übrigen Departements dort (Große Heiterkeit); und zwar unter einem Belagerungszustand, der doch mit etwas weniger Schonung, ich kann unter Umständen sagen, wenn die Wogen hochgehen, mit etwas weniger Menschlichkeit gehandhabt wird, als bei uns, und in dessen Hintergrund sie statt auf die Vogesen die Aussicht auf Lambessa und Neukaledonien haben", d. h. auf die französischen Strafkolonien.

Sehr bemerkenswert ist, daß Bismarck schon in jenen Tagen, am 27. Februar 1874, gegen den ihn besuchenden ungarischen Dichter Maurus Jókai den Ausspruch that: „Den Bemühungen der deutschen Diplomatie ist es gelungen, das Einverständnis zwischen Rußland und der österreichisch-ungarischen Monarchie ins Geleise zu bringen; nun ist dies geschehen. Jetzt sind wir verbündet, nicht wie dereinst in der heiligen Allianz, damit wir im Einvernehmen der Herrscher die Völker unterdrücken, sondern daß wir durch Sicherung des Friedens die freisinnige Entwickelung der Völker zu einer dauernden machen. Wollte, wer immer, den Frieden Österreich-Ungarns stören, so würde er Deutschland sich gegenüber finden."

Die wichtigste Vorlage, welche den Reichstag im Frühjahr 1874 beschäftigte, war unstreitig das Militärgesetz. Gleichwohl drohte es lange zu scheitern. Bismarck war durch schwere Erkrankung am Erscheinen im Reichstag abgehalten. Am 27. März empfing er zwei vertraute Reichstagsabgeordnete (Dr. Lucius und Dietze [Barby]) an seinem Bette und erklärte ihnen: „Ich habe 1867 im konstituierenden Reichstage gesagt: „Heben wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können.' Ich fürchte, dieses geflügelte Wort muß man wieder streichen. Der Reichstag scheint den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland nicht reiten kann. Der Reichstag verkennt die Lage. Einzelne hervorragende Mitglieder glauben sich

durch irgend eine frühere Äußerung gebunden. Sie glauben deshalb das nicht thun zu dürfen, was die Lage des Augenblicks gebieterisch fordert. Ich habe es anders gemacht. Ich habe stets gestrebt, Neues zu lernen; und wenn ich dadurch in die Lage kam, eine frühere Meinung berichtigen zu müssen, so habe ich das sofort gethan, und bin stolz darauf, daß ich so gehandelt habe. Denn ich stelle stets das Vaterland über meine Person. Das gegenteilige Verhalten ist mir geradezu unbegreiflich. Ich habe mich gar nicht besonnen, sogar meine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn das Wohl des Ganzen es erheischte. Hier aber im Reichstage glauben diejenigen Herren, welche ausdrücklich auf meinen Namen gewählt sind, von welchen ihre Wähler wünschen, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, daß sie mir gegen unsere gemeinsamen Feinde beistehen, diese Herren glauben sich dieser Aufgabe stets dann entziehen zu dürfen, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch geraten mit irgend einem Wort, das sie an einem anderen Orte, zu anderer Zeit und unter ganz anderen Umständen gesprochen haben." Die Mahnung hatte vollen Erfolg.

In der Herbstsitzung des Reichstags, der am 29. Oktober 1874 wieder eröffnet wurde, erneueten die ultramontanen Abgeordneten aus dem Elsaß ihre Klagen über die deutsche Verwaltung und tadelten namentlich, daß man immer nur das Reichsinteresse und nicht das Interesse von Elsaß-Lothringen im Auge habe. Das gab Bismarck Veranlassung, am 30. November im Reichstage über das Reichsinteresse in Elsaß-Lothringen sich auszusprechen: „Im Reichsinteresse haben wir diese Länder in einem guten Kriege, in einem Verteidigungskriege, wo wir uns unserer Haut zu wehren hatten, erobert", sagte er; „nicht für Elsaß-Lothringen haben unsere Krieger ihr Blut vergossen, sondern für das Deutsche Reich, für seine Einheit, für den Schutz seiner Grenzen! Wir haben auch im Reichsinteresse und nicht im Interesse von Elsaß-Lothringen die Herren frühzeitiger, als vielleicht nützlich war — ich bin zu diesem Wagnis

nicht ohne lebhaftes Zureden gekommen, — in unseren Schoß hier aufgenommen und sie an den Wohlthaten der Reichsverfassung teil nehmen lassen — nicht um Ihretwillen, m. H., wir könnten hier ohne Sie leben (Heiterkeit), sondern lediglich im Interesse des Reiches, damit man hier mit lebendiger Teilnahme den dortigen Vorgängen folge, damit man aus dieser entschieden abgeneigten Kritik (der elsässischen Abgeordneten) doch genau die Fehler unserer Verwaltung sehe, die ja gewiß da sind. Ich schätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr als die absoluteste Öffentlichkeit; es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben (Sehr gut!), und müßte selbst nur das gelbliche Dämmerlicht aus der Blendlaterne, mit der die Herren Vorredner uns beleuchten, auf ihre Schäden fallen, — es ist immer besser, als daß sie unbeleuchtet bleiben, und hätte es auch nur die Folge, daß der ‚Fluch der hohen Meinung‘, mit der die beste Verwaltung und Bureaukratie sich so leicht täuscht, einige Verminderung erleide. Ich bin dankbar für die schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt. Wir stehen also hier auf dem Reichsinteresse, die Herren stehen teils auf dem Lokalinteresse, teils auf dem Interesse ihrer Vergangenheit, die sie nach Paris weist, teils auf dem Interesse einer Gegenwart, die sie nach Rom weist (Oho! im Zentrum)."

Am 1. Dezember 1874 veranlaßten einige Bemerkungen Laskers im Reichstag zum Etat des Reichsjustizamtes den Fürsten Bismarck, in einer noch heute sehr bemerkenswerten Weise über das Maß und die Art der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers sich auszusprechen. „Darin kann m. E. die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht gesucht werden", sagte er, „daß jede spezielle Maßregel innerhalb des ganzen Bezirks, für den er verantwortlich ist, gerade als von ihm persönlich herrührend und gebilligt angesehen wird. Ich bin m. E. dafür verantwortlich, daß an der Spitze der einzelnen Zweige der Reichs-

verwaltung Leute stehen, die nicht nur dazu befähigt sind, sondern die ihre Verwaltung im großen und ganzen in der Richtung des Stromes führen, den das deutsche politische Leben nach der augenblicklichen Richtung des deutschen Geistes und der deutschen Geister zu laufen genötigt ist, daß kein Zwiespalt nicht nur innerhalb der verschiedenen — Reichsministerien, sondern auch kein dauernder grundsätzlicher Zwiespalt innerhalb der großen Körperschaften, die dem Reiche seine Gesetze und Einrichtungen geben, einreiße, auch kein Mißtrauen und keine Feindschaften zwischen den einzelnen Bundesgliedern; im wesentlichen aber dafür, daß an jeder Stelle, die zu besetzen ist, jemand steht, der nach dem gewöhnlichen Ausdruck ‚tanti' ist, dieses Geschäft zu besorgen."

Bekanntlich hatte am 13. Juli 1874 Mittags der im katholischen Gesellenverein zu Salzwedel fanatisierte Böttchergeselle Ludwig Kullmann aus Magdeburg in Kissingen einen Mordversuch auf den Fürsten Bismarck gemacht. Die Zentrumspresse hatte den zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilten „unglücklichen Kullmann" lebhaft bedauert, und nicht undeutlich den Fürsten Bismarck dafür verantwortlich gemacht, daß Kullmann auf ihn schoß. Ganz dieselben sittlichen Anschauungen trugen am 4. Dezember 1874 Windthorst und andere Zentrumsredner auch im Reichstag vor. Da rief ihnen Bismarck die berühmten Worte zu: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest! (Beifall. Murren im Zentrum). Er nennt Sie seine Fraktion! (Große Unruhe). Der Mann hat bei der einzigen Unterredung, welche ich mit ihm gehabt habe, wo ich ihn fragte: wenn Sie mich nicht gekannt haben, warum haben Sie mich denn umbringen wollen? — darauf hat er mir geantwortet: Wegen der Kirchengesetze in Deutschland. Ich habe ihn weiter gefragt, ob er denn glaubte, damit diese Sache zu verbessern. Darauf hat er gesagt: Bei uns ist es schon so schlimm — es kann nicht schlimmer werden. Und dann hat er noch ge-

sagt: Sie haben meine Fraktion beleidigt! (Große Heiterkeit). Ich sagte: Welches ist denn Ihre Fraktion. Darauf hat er mir vor Zeugen gesagt: Die Zentrumsfraktion im Reichstage (Heiterkeit. Pfui! aus der Zentrumsfraktion). Ja, m. H. (nach dem Zentrum), verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße! (Pfui! aus dem Zentrum. Stürmisches, andauerndes Bravo links und rechts, unter wiederholten Pfui-Rufen aus dem Zentrum. Glocke des Präsidenten)."

Nach dieser stürmischen Scene fiel vom Bundesratstische noch die Erklärung, daß Preußen bezw. das Deutsche Reich fernerhin keinen Vertreter beim Papste beglaubigen werde. Windthorst erblickte darin, wie er in der Sitzung des Reichstags vom 5. Dezember erklärte, die Preisgebung der „Lebensinteressen von 15 Millionen Katholiken." Bismarck erwiderte, diese Maßregel sei einfach „eine Sache des staatlichen Anstandes", solange der Papst mit dem Staat einen Kampf führe, mit dessen Durchführung zu dem päpstlichen Ziele „jedes geordnete Staatswesen absolut unverträglich sein würde." Dann enthüllte Bismarck Folgendes: „Ich kann Ihnen noch Spezialdata anführen, die zeigen, daß schon vor dem Kriege 1870 die Aussicht auf diesen Kampf bei den eingeweihtesten Mitgliedern der römischen Politik ziemlich feststand (Hört! Hört! links). Ich will eine bestimmte Thatsache nennen, die sich in den amtlichen Akten einer deutschen Regierung befindet. Diese deutsche Regierung hatte Anlaß, mit dem damaligen Nuntius in München, Meglia, zu verhandeln über gewisse Arrangements in ihrem eigenen Staate, und im Laufe des Gesprächs bekam sie von diesem, wie es scheint, nicht so verschwiegenen Prälaten u. a. die Bemerkung zu hören: ‚Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen als die Revolution!' (Bewegung). Die Revolution fand allerdings nicht statt, dagegen kam der Krieg von 1870. Daß der Krieg im Einverständnis mit der römischen Politik gegen

uns begonnen worden ist, daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die römisch-politischen, jesuitischen Einflüsse, die dort in berechtigter oder unberechtigter Weise thätig waren, den eigentlichen Ausschlag gaben für den kriegerischen Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war, und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Grundsätzen nachgewiesen ist — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können. Denn Sie können mir wohl glauben, daß ich diese Sache nachgerade nicht bloß aus aufgefundenen Papieren, sondern auch aus Mitteilungen, die ich aus den betreffenden Kreisen selbst habe, sehr genau weiß.“

Im preußischen Landtag, der am 16. Januar 1875 eröffnet wurde, brachte die Regierung zur Beilegung des kirchlichen Kampfes eine Gesetzvorlage ein, welche sämtlichen Bischöfen und katholischen Geistlichen, die sich gegen die staatliche Gesetzgebung auflehnten, alle Leistungen des Staates sperrte. Spöttisch nannte die Zentrumspresse jene Vorlage ‚das Brotkorbgesetz‘. Reichensperger brandmarkte es in der Sitzung des Abg.-Hauses vom 16. März 1875 als „ein Gesetz der Rache“ und der alte feudale Gerlach rief: „Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ Ihm antwortete Bismarck: „Ich glaube Gott zu dienen, indem ich meinem Könige diene im Schutz des Gemeinwesens, dessen Monarch er von Gottes Gnaden ist, und in welchem die Freiheit gegen fremden Geistesdruck und die Unabhängigkeit unseres Volkes gegen fremde Eingriffe zu schützen die ihm von Gott auferlegte Pflicht ist. Der Satz um den es sich hier handelt, ist nicht: Man soll Gott mehr dienen als den Menschen, sondern die Frage ist: Soll man dem Papst mehr dienen als dem Könige (Widerspuch im Zentrum). Zwischen Papst und Gott ist für mich ein wesentlicher Unterschied. Sollen wir

in weltlichen Sachen, wo es sich um unser Seelenheil in keiner Weise handelt, dem Papst mehr gehorchen als dem Könige? Wir haben früher unter der Herrschaft des Landrechts gelebt, welches viel weiter geht; und ich glaube, von den Herren, die jetzt behaupten, durch die Maigesetze in ihrem Seelenheil geschädigt zu sein, annehmen zu können, daß ihre Väter selig geworden sind unter der Herrschaft des Landrechts und der geringeren Freiheit, die ihnen damals gelassen wurde. Der Herr Vorredner hat den Kultusminister auch nach seinen Erfolgen gefragt. Auf Erfolge kommt es aber nicht an. Wir streben unsererseits zunächst nicht nach dem Erfolg, sondern nach der Pflichterfüllung, in der Überzeugung, Gott mehr zu dienen als den Menschen, jeder in seiner Weise. Auch dieses Gesetz wird vielleicht keinen praktischen Erfolg haben; aber wir thun einfach unsere Pflicht, indem wir die Unabhängigkeit des Staates und der Nation gegen fremden Einfluß schützen, indem wir die geistige Freiheit gegen Unterdrückung durch den Jesuitenorden und durch einen jesuitischen Papst sicher stellen. Dafür kämpfen wir **mit Gott** für König und Vaterland! (Stürmischer, andauernder Beifall rechts und links. Zischen im Zentrum).“

Unter Verdrehung der vorstehenden Worte Bismarcks über das preußische Landrecht, bezweifelte Windthorst am 18. März, bei Fortsetzung der Beratung, ob „der Herr Ministerpräsident mit einer solchen Erklärung vor der großen Examenkommission bestehen würde“ und stellte jeden Erfolg der Vorlage in Abrede. Bismarck erwiderte sofort: „In jedem Examen — bin ich überzeugt — wird der Herr Vorredner sehr viel besser bestehen als ich, namentlich im juristischen, bei seiner Vielseitigkeit auch in sehr viel anderen Dingen; etwas anderes ist es aber, praktische Politik zu treiben, und sich mit einigem Erfolge mit der Wohlfahrt des eigenen Landes zu beschäftigen; da behaupte ich meinerseits wieder, das besser zu verstehen, als der Herr Vorredner (Heiterkeit), und

alle Examina, die er machen könnte, würden ihn vielleicht nicht dazu befähigen, wir würden vielmehr jeden Staat bedauern, dem es beschieden wäre, von dem Herrn Vorredner regiert zu werden (Heiterkeit). Die Herren aus Hannover haben ja die Erfahrung gemacht, und sie werden mir sagen können, ob sie lieber einen streng examinierten oder einen dem Lande nützlichen Minister haben wollen (Beifall).“ Wenn Sie außerdem fragen, was für Erfolge wir davon haben, so glauben Sie den Erfolg zu haben, daß Sie sich das kirchliche Bewußtsein im Kampfe stärken. Aber auch der Staat hat in Bezug auf Geschlossenheit durch diesen Kampf außerordentlich gewonnen. Die Überzeugung von der Notwendigkeit, daß der Staat einige Hülfsmittel zur Verteidigung haben muß, daß ein starker Staat vorhanden sein muß, daß alle Parteien ein Interesse daran haben, daß der Staat nicht in seiner Existenz, in seinen Grundfesten erschüttert werde, hat sich in diesem Kampfe wesentlich gekräftigt. Die Folge davon wird sein, daß wir mit der Zeit nur zwei große Parteien haben werden, eine die den Staat verneint und ihn bekämpft, und eine andere große Mehrheit der dem Staate anhänglichen, achtbaren, patriotisch gesinnten Leute. Diese Partei wird sich bilden in der Schule dieses Kampfes. Der Staat ist durch das Wachsen der staatlichen Gesinnung der großen Mehrheit derer, die ihn ehrlich wollen, stärker und mächtiger geworden als früher, und er wird mächtiger und stärker aus diesem Kampfe hervorgehen. Wer uns braucht, weiß uns zu finden, wir genügen unseren Zwecken durch uns selbst.“

Im Herrenhause klagte Bismarcks eigener Onkel, Herr v. Kleist-Retzow, am 14. April über den Verfall „der Kirche“ infolge dieses Gesetzes, obwohl die evangelische Kirche darin mit keinem Worte erwähnt war. Bismarck machte das dem verbitterten alten Herrn deutlich und fuhr dann fort: „Folge ich dem Papste, so geht für mich die Seligkeit verloren; der Papst hat sie nicht für mich. Er ist auch nicht, wie

Graf Brühl andeutete, der Nachfolger Petri; Petrus war nicht unfehlbar, er sündigte, er bereute seine Sünde und weinte bitterlich über sie; von dem Papst, glaube ich, dürfen wir das nicht erwarten."

Die Erfahrungen, welche Bismarck mit dem Grafen Arnim gemacht hatte, und die Lücken der Gesetzgebung, welche das erste Strafverfahren gegen Arnim offenbarte, machten zur Aufrechterhaltung der Disziplin im Dienste des Auswärtigen Amtes die Aufnahme einer Spezialbestimmung (des sog. „Arnim-Paragraphen") in das deutsche Strafgesetzbuch notwendig, welche die widerrechtliche Mitteilung amtlicher Schriftstücke u. s. w., die Irreführung u. s. w. der Vorgesetzten durch einen Beamten des Ausw.-Amtes unter Strafe stellte. Diese Bestimmungen wurden in die dem Reichstag im Herbst 1875 vorgelegte Strafgesetznovelle aufgenommen, von Lasker aber am 3. Dezember lebhaft bekämpft, worauf ihm Fürst Bismarck erwiderte: „Was mir da zur Wahrung meiner Verantwortlichkeit unentbehrlich ist, das muß ich nachgerade wissen, und in dem Verlangen, daß mir das gewährt werde, kann ich mich dadurch nicht irre machen lassen, daß mir gesagt wird" (von dem Abg. Lasker), „das widerspräche juristischen Theorien. Mit juristischen Theorien läßt sich auswärtige Politik nicht treiben (Heiterkeit und Bewegung). . . . Paßt es Ihnen nicht in die juristische Façade, so paßt es mir nicht in die Möglichkeit, die auswärtigen Geschäfte zu führen, wenn ich gar keine Hülfe, keine Verschärfung der nicht ausreichenden Disziplinarbestimmungen bekomme."

Gegen Ende des Jahres 1875 tauchte wieder einmal die orientalische Frage in einem gewissen Gegensatze der Interessen Rußlands und Österreich-Ungarns im Orient auf. Bismarcks orientalische Politik wurde vom Reichskanzler schon im Dezember 1875 in einem Privatgespräche mit dem Reichst.-Abg. Karl Braun genau so vorgezeichnet, als sie später eingehalten wurde. Bismarck sagte damals: „Friedrich der Große

behauptete vom Kaiser Joseph II., derselbe wolle immer schon den zweiten Schritt thun, bevor er den ersten zurückgelegt habe. Hüten wir uns, daß man dasselbe auch von uns sagen könne. Das mächtige Deutschland hat große Aufgaben, vor allem aber die, Europa den Frieden zu erhalten! Dies ist für mich der oberste Gesichtspunkt, auch in der orientalischen Krisis. Ich gedenke mich ohne die äußerste Not nicht einzumischen. Denn gerade durch die Einmischung könnte ein europäischer Brand entstehen, namentlich dann, wenn auf der Balkan-Halbinsel die Interessen Österreichs und Rußlands feindlich einander gegenübertreten. Nähme ich für den einen Staat Partei, dann würde sich Frankreich sofort auf die Seite des anderen schlagen, und ein europäischer Krieg stände vor der Thüre. Ich habe zwei mächtige Wappentiere an ihren Halsbändern. Ich halte sie auseinander, erstens damit sie sich nicht zerfleischen, zweitens damit sie sich nicht auf unsere Kosten verständigen können. Ich glaube damit nicht nur jedem derselben, sondern auch Deutschland und Europa einen Dienst zu erweisen."

Ganz in demselben Sinne äußerte er sich ein Jahr später, am 5. Dezember 1876, über seine Orientpolitik auf eine „Interpellation" Eugen Richters im Reichstag. Er sagte da: „Rußland verlangt von uns gar nichts, wofür wir unsererseits einen Preis fordern könnten. Man muß sich bei dem, was man in der Politik will, immer nur nach dem eigenen Landesinteresse richten, nicht aber nach Preisen, die ein Fremder bietet. Wir werden die Politik, die wir machen, aus eigenem Interesse machen, und eine andere zu machen, werden wir uns durch keine Anerbietung bestimmen lassen." Wenn der Herr Vorredner ein von ihm selbst als apokryph bezeichnetes Gerücht anführte, daß ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckte kein Interesse, was so viel wert wäre als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist in allen solchen Legenden ein Stückchen

Wahrheit, und a Bisserle Falschheit ist allweil dabei (Große Heiterkeit). Ich habe gesagt: ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, so lange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blute unserer Landsleute und unserer Soldaten sparsamer sein müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt (Beifall). Und insofern sind wir allerdings der Mindestbeteiligte. Man weiß die Nützlichkeit dieser unserer Stellung zu schätzen; denn wir allein haben die Möglichkeit, unbeteiligt zu vermitteln, in einer Richtung hin, die entweder den Krieg verhindert, oder wenn das sich als möglich nicht erweisen sollte, wenigstens die Mittel dazu bieten kann, ihn einzuschränken, zu lokalisieren, zu hindern, daß aus dem orientalischen Kriege ein europäischer werde, ein Krieg zwischen zwei europäischen Mächten."

X.

Aus den Jahren 1877 bis Ende 1881.

Am 10. März 1877, als die Reichst.-Abg. Lasker und Richter die Erhöhung der Matrikularbeiträge dem Mangel von Reichsministerien, eines Reichsfinanzministers zuschrieben, erklärte ihnen Fürst Bismarck: „Ich glaube, Sie täuschen sich über die Entwickelung, die ein Reichsministerium nehmen würde. Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus, ist bei uns immer sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen, die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Es wird auch die Reichsflut wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in drei oder selbst

in zehn Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Überlassen Sie unsern Kindern auch noch eine Aufgabe; sie könnten sich sonst langweilen in der Welt, wenn gar nichts mehr für sie zu thun ist (Heiterkeit)."

Von 1877 an beschäftigte sich Bismarck in einem zehnmonatlichen Urlaub in Varzin eifrigst mit der deutschen Reichssteuer- und Tarifreform. Schon am 22. Februar 1878 bezeichnete er dem Reichstag die Ziele seiner Reichssteuerpolitik, indem er aussprach: „Sie wissen von mir, daß ich ein Gegner der direkten, ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiet eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht. Mein Ideal ist nicht ein Reich, was vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern, unter Verschluß hält, an alle Partikularstaaten im stande wäre, herauszuzahlen; und ich bin überzeugt, daß wir auf dem Wege der Reform dahin gelangen können."

Vorläufig aber war die orientalische Verwickelung noch dringender. Deshalb erläuterte am 19. Februar 1878 Bismarck dem Reichstag die leitenden Grundsätze der nun, am Ende des russisch-türkischen Krieges, beabsichtigten deutschen Vermittelungspolitik. Er sagte: „Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei divergierenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: So soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches (Sehr gut!), sondern

ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im übrigen, stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu citieren — mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu stande bringen will (Heiterkeit) . . . Das ist die Rolle, die ich mir denke, und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht", die Deutschland zu Rußland und Österreich-Ungarn, aber auch zu England hegt, „und ich schmeichle mir deshalb, daß wir auch zwischen England und Rußland unter Umständen ebenso gut Vertrauensperson sein können, als ich sicher bin, daß wir es zwischen Österreich und Rußland sind, wenn sie sich nicht von selbst einigen können (Beifall). Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben, und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir den Napoleonischen Weg zu gehen hätten (Sehr gut!), um, wenn nicht der Schiedsrichter auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen (Beifall). Wir werden niemals die Verantwortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen mächtigen Nachbarnation (Rußlands), dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern (Beifall). Deutschland ist durch seine Erstarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachsen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagschale der europäischen Politik werfen können, so halte ich doch niemanden dazu berechtigt, der Nation, dem Kaiser und den Fürsten, wenn wir Angriffskriege führen wollten, den Rat zum Appell an die erprobte Bereitwilligkeit der Nation zur Hingabe von Blut und Vermögen für einen

Krieg zu erteilen. Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht bloß das einstimmige notwendige Votum des Bundesrats, sondern auch die volle Überzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg bin ich bereit dem Kaiser anzuraten (Lebhafter Beifall!)."

Zur Begründung des Sozialistengesetzes hielt Bismarck am 17. September 1878 im Reichstag eine höchst denkwürdige Rede über das Wesen und die Ziele der vaterlandslosen Umsturzpartei. Dieser großen Rede entnehmen wir folgende Stellen und Mahnworte: „Ich würde auch, wenn Herr Bebel den Wunsch hätte, sich abends mit mir zu unterhalten, ihm nicht ausweichen, ich würde daran vielleicht die Hoffnung knüpfen, daß ich endlich auch erführe, wie Herr Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat, auf den sie durch Niederreißen alles dessen, was besteht, was uns teuer ist und schützt, vorbereiten wollen, eigentlich denken. Es ist das Besprechen außerordentlich schwierig, so lange wir darüber in demselben Dunkel tappen, wie die gewöhnlichen Zuhörer bei den Reden in sozialdemokratischen Versammlungen; sie erfahren auch nichts davon, es wird versprochen, es werde besser werden, es gäbe bei wenig Arbeit mehr Geld — woher es kommt, namentlich, woher es auf die Dauer kommt, wenn die Teilung, die Beraubung der Besitzenden einmal geschehen sein wird; denn dann wird vielleicht der Arbeitsame und Sparsame wieder reich werden und der Faule und Ungeschickte wieder arm, und wenn das nicht ist, wenn jedem das Seinige von oben her zugewiesen werden soll, gerät man in eine zuchthausmäßige Existenz, wo keiner seinen selbständigen Beruf und seine Unabhängigkeit hat, sondern wo ein jeder unter dem Zwang der Aufseher steht. Und jetzt im Zuchthaus, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrolle, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich

beschweren kann; aber wer werden denn die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthaus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen, und die anderen Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden wurden. Ich glaube, niemand wird in solchen Verhältnissen leben mögen, wenn er sich dieses Ideal ausmalt, was wir so durch die Ritzen zu erfahren kriegen — denn offen hat noch keiner der Herren ein positives Programm geben wollen; sowie sie mit einem solchen auftreten würden, wie sie wirklich sich die Zukunft zu gestalten gedenken, so lacht sie jeder einsichtige Arbeiter aus, und dem wollen sie sich nicht aussetzen." —

Nun sei ein scharfes Vorgehen notwendig, da die sozialdemokratische Presse alle Teilnehmer an der der Partei drohenden Gesetzgebung davon abzuschrecken suche durch die Drohung: „sie möchten sich doch der Verantwortlichkeit einmal klar bewußt werden, die sie persönlich übernehmen,wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Discite moniti! Ihr seid gewarnt! Wovor denn gewarnt? Doch vor nichts anderem, als vor dem nihilistischen Messer und der Nobiling'schen Schrotflinte. Ja, m. H., wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Wert (Lebhafter Beifall)."

In derselben Rede führt Bismarck aus, daß sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag seit 1867 niemals irgend einen positiven Vorschlag zu Gunsten der Arbeiter gemacht, sondern „immer nur die reinste Negation, nur Untergrabung und Umsturz zu Markte gebracht" hätten. „Ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künstlich gestalten wollen, wenn sie die Herren wären,

sorgfältig schweigen: sie wissen es nicht, sie haben auch den Stein der Weisen nicht. Sie können die Versprechungen niemals halten, mit denen sie jetzt die Leute verführen (Beifall rechts). Wenn sie diesen ihren Leuten nun glänzende Versprechungen machen, dabei in Hohn und Spott, in Bild und Wort alles, was ihnen bisher heilig gewesen ist, als einen Zopf, eine Lüge darstellen, ihnen den Glauben an Gott, an unser Königtum, die Anhänglichkeit an das Vaterland, den Glauben an die Familienverhältnisse, den Besitz, an die Vererbung dessen, was sie erwerben für ihre Kinder, — wenn sie ihnen alles das nehmen, so ist es doch nicht allzu schwer, einen Menschen von geringem Bildungsgrad dahin zu führen, daß er schließlich mit Faust spricht: ‚Fluch sei der Hoffnung, Fluch dem Glauben, und Fluch vor allem der Geduld!‘ Ein so geistig verarmter und nackt ausgezogener Mensch — was bleibt denn dem übrig, als eine wilde Jagd nach sinnlichen Genüssen, die allein ihn noch mit diesem Leben versöhnen können? (Sehr wahr!). Wenn ich zu dem Unglauben gekommen wäre, der diesen Leuten beigebracht ist — ja, m. H., ich lebe in einer reichen Thätigkeit, in einer wohlhabenden Stellung, aber das alles könnte mich doch nicht zu dem Wunsche veranlassen, einen Tag länger zu leben, wenn ich das, was der Dichter nennt: ‚An Gott und bessere Zukunft glauben‘, nicht hätte (Lebhafter Beifall). Rauben Sie das dem Armen, dem Sie gar keine Entschädigung gewähren können, so bereiten Sie ihn eben zu dem Lebensüberdruß vor, der sich in Thaten äußert, wie die, die wir erlebt haben.“

Das üppige Emporwachsen der Sozialdemokratie seit 1871 erklärt Bismarck damit, daß diese Partei auf der einen Seite sich ihren Lieblingstummelplatz, Frankreich, seit der Niederwerfung der Pariser Kommune im Mai 1871, verschlossen sah, im Deutschen Reiche dagegen fand „ein Land mit so milden Gesetzen, mit so gutmütigen Richtern (Heiterkeit), ein Land mit so hervorragender Freude an der Kritik, ein Land, in dem die Operations-

basen des Sozialismus, die großen Städte, durch die fortschrittliche Bearbeitung sehr sorgfältig vorbereitet waren (Heiterkeit). Der Fortschritt ist, um landwirtschaftlich zu sprechen, eine sehr gute Vorfrucht (Heiterkeit) für den Sozialismus als Bodenbereiter, er gedeiht danach vorzüglich... Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt (Heiterkeit). Der Ehrgeiz des Deutschen hat keine Grenze. Es ist das eine Eigenschaft, die ihre sehr guten Seiten hat, die deutsche Strebsamkeit, sie steckt ihr Ziel niemals zu kurz — aber sie hat auch für die Zufriedenheit im Staat ihr sehr Bedenkliches.“

Zur Ergänzung des Sozialistengesetzes legte Bismarck dem Reichstag am 9. Januar 1879 einen Gesetzentwurf vor, welcher dem Reichstag eine mäßige Strafgewalt über seine Mitglieder einräumen und namentlich verhindern wollte, daß die auf der Tribüne des Reichstags gehaltenen sozialdemokratischen Brandreden straflos in der Presse verbreitet würden. Die Oppositionsparteien nannten die Vorlage höhnisch „das Maulkorbgesetz“, und die Mehrheit lehnte sie ab, obwohl Bismarck am 4. März 1879 mit folgenden Worten dafür eingetreten war: „Die sozialistische Agitation ist etwas ganz anderes, als wenn auch einige Redner anderer Parteien mitunter sehr unangenehme Worte sagen, eine Agitation, die sich an die urteilslosen Massen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Notstand und unerfüllbare Versprechungen angeregt ist. Dazu das gesetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede abzuschneiden, war der Hauptzweck dieses Gesetzes, und der Gedanke ist uns deshalb auch nicht früher, sondern erst nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Sozialismus, wie wir sie in diesem vergangenen Jahre noch stärker als im vorvergangenen gehabt haben — als eine Notwehr der Gesellschaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, gekommen, und unsere Frage an Sie ist: Wollen Sie uns in dem Kampfe gegen die

gefährlichen Tendenzen des Sozialismus ferner mit der Energie beistehen, auf die wir Hoffnung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche, wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihnen anscheinend schon so ferne gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stiche lassen zu können? Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welchen sie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann, ihrerseits bemessen, und wir können ohne den Beistand des Reichstags nichts machen."

Im Frühjahr 1879 legte Bismarck seine seit Jahren vorbereiteten *Reformpläne der deutschen Zoll- und Reichssteuerpolitik* vor. Am 2. Mai begann im Reichstag die Generaldebatte über die Zolltarifvorlage, und Bismarck entwickelte dabei die Ziele seiner *deutschen Wirtschaftsreform* in folgenden Worten: „*Statt ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein*, ein mahnender Gläubiger, *könnte das Reich der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein* bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind. *In allen diesen* (wirtschaftlichen) *Fragen halte ich von der Wissenschaft* gerade so *wenig*, wie in irgend einer anderen Beurteilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht, die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht; wir stehen heute demselben Rätsel gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich *urteile nach der Erfahrung, die wir erleben*. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, gedeihen; ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen. Nach

meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife tief herunter=gesetzt haben, in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahlung um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor fünf Jahren so weit gekommen wäre, wie heute."

Am 21. Mai verteidigte Bismarck die Getreidezölle u. A. mit folgenden Worten: „Sind niedrige Getreide=preise in wirtschaftlicher Beziehung an sich als ein Glück anzusehen? Wenn wir das als richtig annehmen, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreide=preise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und der südliche Teil des europäischen Rußland in wirtschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftigst entwickelten Länder in Europa sein. Ostpreußen würde nach meiner Rechnung 25 bis 30 Prozent glücklicher sein müssen, als das Elsaß und der Breisgau." Dagegen bestünden erfah=rungsmäßig „die höchsten Kornpreise in Europa dauernd gerade in denjenigen Ländern, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs und in England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegenteil die besseren Ein=nahmen des Landwirts wahrscheinlich die Grundlagen einer Belebung des ganzen gewerblichen Lebens sind, und ich bin überzeugt, daß, wenn unsere Landwirte ihr Korn, ich will nicht sagen teurer, aber sicherer verkaufen, der Absatz gesicherter ist, daß wir dann infolge dieses Tarifs zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen werden. Ich bin der Meinung, daß dieser Zoll an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, ja ich sehe mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: rückt der Augenblick nicht näher, wo unsere Landwirt=schaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist? Ja, m. H., wenn das eintritt, so geht dabei nicht bloß die Land=

wirtschaft zu Grunde, dabei geht auch der preußische Staat, das Deutsche Reich zu Grunde, ganz einfach (Sehr wahr!).“

Nachdem Bismarck am 24. September 1879 in Wien mit dem Grafen Andrassy, unter Genehmigung des Kaisers Franz Josef von Österreich das Friedensbündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn geschlossen hatte — das sich im Januar 1883 durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweiterte — legte Bismarck gegen Ende September dem Kaiser Wilhelm eine Denkschrift über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland und Österreich vor, da der Kaiser anfangs wenig Neigung zeigte, das Wiener Bündnis zu genehmigen. Dieser Denkschrift entnehmen wir folgende Hauptsätze: „Deutschland hat nach wie vor dieselben Gründe und dieselben Wünsche, mit Rußland in Freundschaft zu leben, wie früher, hat kein Interesse, diesem Nachbar gegenüber andere als friedliche und freundliche Absichten zu hegen. Dagegen haben wir auch kein Interesse daran, etwaige orientalische oder panslavistische Eroberungspläne Rußlands zu fördern, denn dies würde nicht geschehen können, ohne unsere Beziehungen zu anderen Freunden, namentlich Österreich, zu verschlechtern. Was wir nicht vertragen könnten, wäre die Zumutung, die an weitere russische Eroberungen im Orient sich knüpfende Feindschaft Österreichs und Englands auf uns zu nehmen. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist in demselben Maße wie wir an der Erhaltung des Friedens interessiert, und gleich uns frei von Bestrebungen, in dem status quo Europas Änderungen herbeizuführen. Beide Reiche haben bis 1866 in organischen Beziehungen zueinander gestanden, durch welche beiden ihr Besitzstand gegen ungerechte Angriffe gesichert war. Dadurch sind beide Mächte niemals verhindert worden, mit dem Beiden benachbarten russischen Reiche in der engsten und ein Jahrhundert hindurch ungestörten Freundschaft zu leben. In dieser Wahrnehmung finden wir eine beruhigende Bürgschaft für die Sicher-

heit und die Unabhängigkeit der Politik beider befreundeten Reiche, und im Besitze dieser Bürgschaft wird Deutschland sich nach wie vor der Aufgabe hingeben dürfen, seine bewährten freundschaftlichen Beziehungen zu dem mächtigen russischen Nachbarreiche wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft zu pflegen."

Schon nach dem am 7. Februar 1878 erfolgten Tode des streitbaren Papstes Pius IX. und der Wahl des friedlichen Leo XIII. zum Papste, hatte Bismarck Friedensverhandlungen mit Rom angeknüpft, dabei aber die Erfahrung von neuem gemacht, daß der Papst selbst bei weitem geneigter war, den kirchlichen Frieden in Preußen und dem Deutschen Reiche wieder zu gewinnen als die herrschsüchtige jesuitische Umgebung des Papstes. Im Jahr 1880 ließ Bismarck die bezüglichen Verhandlungen durch den deutschen Botschafter Prinzen Reuß in Wien mit dem dortigen päpstlichen Nuntius Jacobini führen und richtete an Reuß am 20. April folgenden Erlaß: „Daß in unseren Unterhandlungen Rückschläge früher oder später eintreten würden, darauf war ich durch die Haltung des Zentrums vorbereitet. Wir müssen auch ferner darauf gefaßt sein, daß man von römischer Seite jedes Mittel der Diplomatie erschöpfen wird, bevor wir zu einem erträglichen Modus vivendi gelangen, und wir werden noch mehr Phasen wie die gegenwärtige durchzumachen haben. Daß wir unser Schwert zerbrechen sollen, während die Kurie ihre Politik friedlich oder feindlich einrichten kann, nach dem Willen des jeweiligen Papstes und seiner Ratgeber, ist von uns nicht zu verlangen. Was hilft uns die theoretische Parteinahme des römischen Stuhls gegen die Sozialisten, wenn die katholische Fraktion im Lande, unter lauter Bekennung ihrer Ergebung in den Willen des Papstes, in allen ihren Abstimmungen den Sozialisten wie jeder anderen untergrabenden Richtung öffentlich Beistand leistet? Sie nimmt jede reichsfeindliche Bestrebung unter ihren Schutz. Mag eine

solche von den Sozialisten, von den Polen oder von der welfischen Fronde ausgehen, das System bleibt stets dasselbe, die Regierung des Kaisers nachdrücklich zu bekämpfen. Ein Wort vom Papste oder von den Bischöfen, auch nur der leisesten Abmahnung würde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit Sozialisten ein Ende machen. So lange statt dessen die Regierung in den Grundlagen ihres Daseins und Bestehens durch die römische katholische Fraktion bekämpft wird, ist eine Nachgiebigkeit für erstere ganz unmöglich. Die Regierung kann friedlichen Bestrebungen friedlich entgegenkommen; läßt sie sich aber durch Kampf und Drohungen die Hand zwingen, so hat sie als Regierung abgedankt."

Am 5. Mai ließ Bismarck an den Prinzen Reuß weiter schreiben: „Die Erklärung, daß der römische Stuhl keinen Einfluß auf das Zentrum besitze, findet bei uns nicht Glauben."

Wenige Tage später, am 8. Mai, hielt Bismarck im Reichstage gründliche Abrechnung mit dem Zentrum, dem er vorwarf, daß es gegen alle Vorlagen im Reichstag und preußischen Landtag stimme. Und dabei bilde es mit seinen 100 Mann „an den meisten Tagen reichlich die Hälfte der Präsenzzahl. Die Herren vom Zentrum werden wissen, was sie dabei bezwecken und damit erreichen. Meine Beschwerde wendet sich mehr gegen die Anhängsel des Zentrums, diesen Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht, die dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen belastet ist, dieses tote Gewicht benutzen, um hinauf zu springen, um von diesem Turm — damit ich im Bilde bleibe — den Mauerbrecher gegen die Regierung einsetzen und, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums, die Regierung anzugreifen und gegen sie zu stimmen. Die Bereitwilligkeit, von dieser immer bereiten Opposition des Zentrums Gebrauch zu machen, gewissermaßen

auf die Schultern des Zentrums zu springen, um von dort aus die Regierung zu bekämpfen, hat doch ihr sehr Bedenkliches, m. H.! Ich halte den Boden, auf dem das Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit dieser Vergessenheit, mit dieser Sicherheit sich der deutschen Neigung hinzugeben, der Regierung Opposition zu machen. Gegen die Regierung mit allen Mitteln zu kämpfen, ist ja ein Grundrecht und Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen allezeit bereiten Bundesgenossen findet, der alles mitmacht, so ist das sehr willkommen für jemand, der etwas gegen die Reichsregierung hat, aus besonderen Gründen, aus Überzeugung oder aus Fraktionsgründen. Aber die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der zu meinem Bedauern ein grundsätzlicher Zwiespalt herrscht, als einen willkommenen Krystallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benützen, halte ich für die Reichsverfassung verderblich, namentlich verderblich im Sinn der Liberalen, noch mehr als im Sinn der Konservativen." Er mahnt daher: es möchten „die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen können, dem Zentrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen. Können sie das nicht, dann sind meine Voraussichten trübe; können sie das, so will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen."

In der nämlichen Reichstagssitzung vom 8. Mai 1880 benützte Bismarck aber auch das Schauspiel, daß die große Mehrheit des Reichstags in der Frage des Anschlusses Hamburgs an das deutsche Zollgebiet sich gegen diese streng nationale und verfassungsmäßige Forderung in Widerspruch stellte, zum Anlaß, den Gründen und Erscheinungen der Ermattung der nationalen Begeisterung näher zu treten. Dabei sprach er die ernsten Mahnworte: „Mir kommt es darauf an, die ganze Wandlung des Rechtsgefühls, des Rechtsbewußtseins und der Rechtsvertretung nachzuweisen, die in allen Behörden erkennbar ist, seit die Begeisterung für die deutsche Einheit und für die Herstellung des

neuen Reiches etwas matter geworden ist (Widerspruch links). Ja, matter geworden, m. H.! Ich stehe auf der Stelle, wo jedermann das am deutlichsten fühlt; der Geist des Partikularismus ist gewachsen (sehr richtig! links), die Kämpfe der Parteien — und das wirkt auf die Haltbarkeit des Verfassungsbodens als Tummelplatz für dergleichen Kämpfe; entweder hält man den Boden für unzerstörbar, oder man macht sich nicht viel daraus, ihn zu zerstören, und ich bin vollständig berechtigt, von meinen Standpunkt her ein vollwichtiges Zeugnis abzulegen; ich bin kompetenter Zeuge dafür. Deshalb also, wenn Sie mich fragen, warum ich den Beschlüssen, die heute gefaßt werden können, eine praktische Tragweite nicht beilege und dennoch mich an der Debatte unter persönlichen Schwierigkeiten beteilige, so kann ich darauf nur erwidern, daß es mir ein Bedürfnis gewesen ist, noch einmal von hier aus Zeugnis abzulegen für die nationalen Bestrebungen und gegen die partikularistischen und Parteibestrebungen, die der Entwickelung des Reiches im Wege stehen. Ich weiß nicht, ob der Boden der Reichsverfassung fest genug ist, ob der Baum, den sie bildet, fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe und partikularistischen Strebungen zu dienen, welche heutzutage auf demselben ausgefochten werden sollen. Ich richte besonders an die liberale Partei die Frage: ist es nützlich, Verfassungsentscheidungen anzuregen und bis zum Äußersten zu verfolgen im Streit zwischen Reichstag und Bundesrat? Ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? Er ist stark genug ohne Sie, m. H.! Vor allem möchte ich warnen vor der Tendenz, zwischen den Regierungen Unfrieden zu säen. Der feste, vertrauensvolle Friede der Regierungen untereinander ist der unentbehrliche Hort unserer Verfassung. Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit 30 Jahren geführt; es sind nahezu 30 Jahre, daß ich am Bundestag zuerst dafür eingetreten bin, es sind 18 Jahre, daß ich in einer Stellung bin", — nämlich in der Stellung als

leitender Minister — die besonders zu „ungesättigtem Haß“ und Neid Veranlassung gebe. „Ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt (Heiterkeit), gefochten auch, und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das Einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können, versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen: Ich bin müde, todmüde, und namentlich wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will. Ich will das nicht charakterisieren, ich würde den Gleichmut verlieren. — So ruhig zusehen, daß das Deutsche Reich, welches ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe gründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht. In meinem Alter wird man aber ruhiger und stiller, ich habe ein Bedürfnis nach beschaulicher Einsamkeit — dann richten Sie das Reich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reiches in Frage zu stellen (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links und im Zentrum).“

Auch am 4. Februar 1881 sprach sich Bismarck im Abg.-Hause ganz ähnlich über den Korpsgeist der Parteien und den Mangel an patriotischer Pflichterfüllung aus. Er sagte: „So klug wird man nie wieder, wie man gewesen ist, als man noch Abgeordneter war, ohne jede Verantwortlichkeit, wo man mit unskrupulöser Sicherheit über alles urteilte, was überhaupt dem Menschen gebracht werden kann. Bei uns ist nur der parlamentarische Sand, durch den wir müssen, tiefer und daran Schuld, daß wir nicht auch einsehen, wie in England, Frankreich u. s. w., daß Tabak und Getränke eine weit höhere Besteuerung vertragen. Der auf den Universitäten herrschende Korpsgeist ist bei uns auch im praktischen Leben schärfer als im Aus-

lande. Die Parteigegensätze, die bei uns noch obwalten, schwinden nur vorübergehend, wenn das Vaterland in hohen Wellen der Gefahr steht, das ist eigentlich nur in Kriegszeiten der Fall, und diese sind, Gott sei Dank! nicht vorhanden, es ist auch keine Aussicht dazu. Ich habe früher die Absicht, zurückzutreten unumwunden erklärt, halte es aber für nützlich, festzustellen, daß ich von dieser Velleität ganz zurückgekommen bin, es fällt mir nicht ein, zurückzutreten. J'y suis, j'y reste! (Lebhafter Beifall). Ich sage, ich gedenke so lange im Amte zu bleiben, wie Se. Majestät der Kaiser es für gut findet; Sein Wille ist das Einzige, was mich aus dem Sattel heben wird. . . . Nachdem ich die Herren schärfer ins Auge gefaßt habe, die meinen Rücktritt wollen, da habe ich mir gesagt: Ich muß dem Vaterlande doch noch zu Etwas nütze sein, wenn ich bleibe, und habe mich entschlossen, solange ein Faden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen."

Auf die Angriffe Eugen Richters im Reichstag bei der ersten Beratung des Etats am 24. Februar 1881 erwiderte Bismarck: „Sie müssen selbst darauf bestehen, daß Sie einen in seinen Entschließungen vollständig freien und selbständigen Kanzler haben; denn für alles das, worin er nicht frei und selbständig sich hat entschließen können, kann ihn kein Mensch verantwortlich machen. Das Ideal des Herrn Richter scheint zu sein ein schüchterner, vorsichtiger Kanzler, der sorgfältig hinhorcht: Kann ich hier anstoßen, wenn ich dieses thue, kann ich dort anstoßen? Dazu bin ich nicht gemacht! Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica! Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — solange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das

Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können (Beifall rechts). Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung — m. H., ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest gebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder dem andern näher treten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Inneren fest gefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung. Man kann es so machen oder so, es gibt viele Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß; es wechselt alles; hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe, und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin haben soll. Seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe (Beifall rechts)."

Am 28. März 1881 hielt Bismarck im Reichstag eine Rede über das Wirtschaftsprogramm der Regierung, das eine Branntwein- und Brausteuer vorsah. Dabei sagte er: „Es wird bei uns Deutschen mit wenig so viel Zeit totgeschlagen, wie mit Biertrinken. Wer beim Frühschoppen sitzt oder beim Abendschoppen und gar dazu raucht und Zeitungen liest, hält sich für voll ausreichend beschäftigt und geht mit gutem Gewissen nach Hause in dem Bewußtsein, das Seinige geleistet zu haben.“

Am 2. April 1881 entwickelte Bismarck dem Reichstag zum ersten Male die Grundzüge seiner Sozialpolitik. Es geschah dies bei der Verhandlung über die erste Vorlage eines Unfallversicherungsgesetzes. Da sprach Bismarck aus: „Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das ‚laisser faire, laisser aller‘, ‚das reine Manchestertum in der Politik‘, ‚Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe‘, ‚Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen‘, — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegenteil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz der Schwächeren perhorreszieren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll,

wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein peculium (freies eigenes Vermögen) an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann und ihm manche Thüre leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird, und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen hinein zu treten. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig; es ist ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man ‚sozialistisch‘ darüber ruft. Wenn der Herr Abg. Bamberger, der ja an dem Worte ‚christlich‘ keinen Anstoß nahm, für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen (Beifall rechts). Aber umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, so werden Sie nichts fertig bekommen.“

Am 5. Mai 1881 kam im Reichstag Bismarcks Vorlage zur Verhandlung, welche vierjährige Wahl- und zweijährige Budgetperioden vorschlug. Der Reichskanzler nahm den „Vorwurf“ gern hin, daß diese Vorlage „zum Teil auf die (im Herbst 1881) bevorstehenden Wahlen und die Wähler berechnet“ sei. Denn, sagte er: „Die verbündeten Regierungen haben m. E. gar nicht das Recht, die Wähler und die Nation darüber im Dunkeln zu lassen, was sie beabsichtigen. Ich will die Öffentlichkeit und das Tribünenrecht, was mir meine Stellung hier dazu gibt, jeden Tag dazu benutzen, die Nation darüber aufzuklären, wo jeder von uns hin

will. Für mich hat der Beistand, den ich von den Fraktionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer Verkürzung des Erreichbaren angenommen, dem gegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen (Unruhe links). Ich mache den Fraktionen den Vorwurf, daß ihre Kämpfe untereinander hauptsächlich daran schuld sind, daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß man zweifelhaft wird an dem, was man errungen hat, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt. Das Volk ist es müde, sich mit hoher Politik und mit Fraktionspolitik zu befassen (Bravo! rechts. Oho! links). Es will seine praktischen Interessen wahrgenommen sehen. Die Hälfte des Reichstags ist nicht mehr der Reichstag. Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich dem Wahne nicht hingibt, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte (Sehr richtig!)."

Da alle diese Mahnungen nicht fruchteten und auch Bismarcks große sozialpolitische Gedanken und Pläne abgelehnt wurden, so entschloß sich der mit ihm in diesen Plänen innigverbundene Kaiser Wilhelm zu einer persönlichen Kundgebung seines Willens, zu der unsterblichen Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 an den Reichstag, die Bismarck verfaßte und, infolge eines plötzlichen Unwohlseins des Kaisers, dem Reichstag auch vortrug. Sie lautet in den Hauptsätzen: „Schon im Februar d. J. haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage die Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung

auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen." In diesem Sinne wird eine erneute Vorlage der Unfallversicherung und eine weitere angekündigt, „welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu teil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Grundlagen des christlichen Volkslebens steht." Die Kaiserliche Botschaft schließt mit der feierlichen Erklärung: daß der Kaiser sich „zur Anregung dieser weitgreifenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, vor Gott und Menschen ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet" halte.

Diese Kaiserliche Botschaft, die in ganz Deutschland, ja in der ganzen gesitteten Welt mit jubelndem Beifall begrüßt wurde, machte Eugen Richter schon am 29. November im Reichstag zum Gegenstand seiner Angriffe, indem er dem Reichskanzler u. A. vorwarf, daß dieser den „Hausmeier" des Kaisers spiele, und indem der Abg. Hänel hinzusetzte, daß Bismarck dem Kaiser die Ohren vor der Stimme des Volkes verschließe. Bismarck entgegnete ihm: „Daß ich mich mit meiner Namensunterschrift als verantwortlich einstelle, daß ich bereit bin, die Meinung, die

der Kaiser ausspricht, zu vertreten, das ändert an der Thatsache gar nichts, daß dies die berechtigte, verfassungsmäßige Äußerung des Kaisers ist. Und wenn Sie glauben, daß diese Unterschrift (des Kaisers) immer leicht zu haben ist, so sind Sie in einem großen Irrtum. Ich vertrete die Kaiserliche Politik, und ich bin bei den vielen Äußerungen, die über die Kaiserliche Botschaft gefallen sind, nicht zum Wort gekommen, deshalb bekunde ich erst hier meine Überzeugung. Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht. Den Kaiser Wilhelm nach zwanzig Jahren unserer Geschichte mundtot zu machen, — das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf seine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Überzeugung zu haben und, wenn er sie hat, sie auszusprechen! Wenn die andere Ansicht richtig wäre, so wäre es gleichgültig wer regierte. Glauben Sie doch nicht, daß der Kaiser ein Mann ist, der sich die Ohren zuhalten läßt von einem anderen; der Kaiser kennt vollkommen die Lage wie die Gefahren, die ihm von der extremen Entwickelung des Liberalismus drohen; er hat mit zu offenen Augen die 85 Jahre seines Lebens die Verhältnisse beobachtet. Wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß Sie das Ohr des Kaisers finden könnten mit Gedanken, die ich für gefährlich halte für die Monarchie, so wäre es meine Pflicht, Sie nach Möglichkeit daran zu verhindern. Ich wüßte aber nicht, wie ich es anstellen könnte; sollte ich Sr. Majestät die Zeitungen vorenthalten? Außerdem haben Sie ja das große Sprachrohr hier (im Reichstag); warum stellen Sie denn nicht Anträge öffentlich?"

Tags vorher, am 28. November, hatte Bismarck, bei Beratung der Zollanschlußfrage Hamburgs im Reichstag, das Anwachsen des Parteihaders in den Worten gegeißelt: „Heutzutage muß ich die Regierungen als die stärkeren

Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit im Vergleich mit dem Reichstage betrachten. In der Durchführung der nationalen Einheit sehe ich mich durch die Regierungen gefördert aber durch den Reichstag gehindert -- ohne Verschulden des Einzelnen, es liegt an der Zerfahrenheit unseres Fraktions- und Parteilebens. So weit sind wir zurückgeschritten in der Begeisterung für die deutsche Einheit!" (d. h. seit der Begründung des Norddeutschen Bundes). Als „die Folge von dem Parteihader" seien überall die antinationalen Parteien, „die polnische, die dänische, die franzosenfreundliche will ich sagen", im Wachsen. „Das wäre noch vor 15 Jahren nicht möglich gewesen. Ich bin überzeugt, es liegt nicht an der Regierung, sondern es liegt an dem Überwuchern des Parteihaders und des Fraktionshasses, wie er dem deutschen Charakter eigentümlich ist. Zum Verneinen ist eine große Mehrheit bald hergestellt, aber was können Sie denn Positives leisten? Für welches positive Programm haben Sie eine Mehrheit in diesem Reichstag? Glauben Sie nicht, was die Zeitungen irrtümlich behaupten, daß mich in diesem Ausdruck der Besorgnis, des Unwillens über diese Anschauung der Gegenwart über meine Leistungen das Gefühl leitet, als ob ich persönlich verletzt wäre, als ob ich persönlich etwa einen Dank vermißt hätte, auf den ich Anspruch gemacht hätte. Ich habe nie in meinem Leben auf Dank Anspruch gemacht, ich habe ihn nie erwartet, ich habe ihn auch nicht verdient, denn ich habe niemals um Dank gehandelt, sondern einfach meine Schuldigkeit gethan. Wenn Sie irgend jemandem für die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer. Wir sind (seit 1867) zurückgegangen, wir sind heruntergekommen und wissen, wenigstens viele von uns, selber nicht wie. Mir aber ist es klar, daß wir heruntergekommen sind; das, was das Schwert uns Deutschen gewonnen hat, wird durch die Presse und die Tribüne wieder

verdorben. Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich die Fraktionen in ihrem soliden Bau zerstört hätte. Ja, ich habe jede Fraktion schon bekämpfen müssen; jede Fraktion, sobald ich mich ihrer Unterstützung bedient habe, hat bald die Neigung gehabt, die kaiserliche sowohl, wie die königlich preußische Regierung in ihren Dienst zu nehmen."

XI.

Aus der Zeit von 1882 bis zu Ende des Jahres 1886.

Zur Widerlegung der Legende vom „wahren Konstitutionalismus", welche der Fortschritt in der am Schlusse des vorigen Abschnittes (S. 134) erwähnten Reichstagssitzung vom 29. November 1881 vorgetragen hatte, richtete der Kaiser und König am 4. Januar 1882 eine von Bismarck verfaßte Kaiserliche Botschaft an den Reichstag, welche die kaiserlichen und königlichen Rechte des Monarchen nachdrücklich wahrte. Bei Beratung des Reichshaushaltes am 24. Januar 1882 griff die Fortschrittspartei den Fürsten Bismarck auch wegen dieses Kaiserlichen Erlasses heftig an. Er erwiderte darauf: „Wenn der Erlaß (auch) kein neues Recht hat schaffen wollen, so hat er den Zweck, die Verdunkelung des bestehenden Rechtes zu verhüten, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen um den ganz klaren Wortlaut der preußischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preußischen geschriebenen Rechte. Das Ergebnis dieser Legendenbildung geht in der letzten Konsequenz dahin, daß eben in Preußen der König zwar regiere, im Sinne des französischen régner — wir, nach richtigen preußischen Traditionen, unterscheiden beides nicht —, aber nicht regiere im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Bethätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung

wäre, die neben dem Könige steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist nach dem Sinne des Vorredners, getragen wird von der Mehrheit eines oder beider Körper des preußischen Landtags; in den Händen eines ministeriellen Absolutismus, neben welchem unser Königtum verschwinden würde zur Rolle schattenhafter Erbkönige, die, wenn man einen neuen Minister braucht, aus den Coulissen vorgeführt werden und unterschreiben und dann wieder verschwinden, nachdem sie auf diese Weise der landtäglichen Opposition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Festung zur Belagerung, ein neues Ministerium mit anderen Worten, angewiesen haben. Also diese konstitutionelle Hausmeierei, dieses Ministerregiment, diese Kanzlerdiktatur ist etwas, was gerade dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Ministerregiment an die Stelle des Königlichen Regiments setzen. Bei uns aber regiert der König selbst, die Minister redigieren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht. Die preußischen Traditionen entsprechen auch vollständig den Bestimmungen der Verfassung; es ist von den preußischen Königen ihre Stellung niemals in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Rechte, sondern in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Pflichten aufgefaßt worden. Diese Tradition ist in unseren Regenten in dem Maße lebendig, daß in der That bei uns in Preußen innerhalb des Ministeriums der König befiehlt, und die Minister gehorchen: in den festen tiefen Geleisen, die die Politik Preußens im Deutschen Reiche allein gehen kann, bestimmt Seine Majestät der König im Prinzip. Was hat das Volk an mir und meinem Kollegen, es sind unbekannte Leute! Man sieht auch recht gern einen Wechsel — zwanzig Jahre derselbe Minister ist sehr langweilig; — aber sobald von dem König die Rede ist, da müssen die Herren ganz andere Glacéhandschuhe anziehen, wenn sie die Regierung in dem Maße herunterreißen wollen, wie es geschehen ist. Die politische Brunnenvergiftung möchte ich sagen, wie sie bei den Wahlen stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn

all die Verdächtigungen, deren man die Regierung geziehen hat, nicht den unglücklichen Reichskanzler, sondern den König von Preußen, den deutschen Kaiser treffen, — da würde man gar nicht den Mut haben, diesen Unsinn in die Welt zu schicken. Und, meine Herren, wenn wir auf die Zukunft anderer Länder rund um uns blicken, sollten wir Alles, was bei uns niet- und nagelfest ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir doch schonen und pflegen, aber nicht zinslos zurückschieben auf Nichtgebrauch und durch Nichtgebrauch wertlos werden lassen. Und so ist für Preußen das monarchische Prinzip und das Königtum das Wertvollste."

Am 12. Juni verteidigte Bismarck im Reichstag das Tabakmonopol, das er vorlegte, um für die sozialpolitische Gesetzgebung die nötigen Mittel zum „Patrimonium der Enterbten" zu gewinnen, gegen die zahlreichen Angriffe, welche die Vorlage von allen Pateien des Hauses erfuhr. „Wir sind nie darüber im Zweifel gewesen", sagte er, „daß das Monopol an sich ein Übel ist, und daß es sich bei seiner Einführung, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst nur darum handelt, ob es nicht andere Übel gibt, im Vergleich zu denen das Monopol das kleinere ist. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck", nämlich zur Erreichung des Ziels, das der Kaiser und König anstrebe, „seinen Unterthanen zu helfen. Daß eine parlamentarische Körperschaft dieselben ernsten Mitempfindungen für solche Notstände haben soll, wie der König von Preußen, das ist ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht — ein König hat ein Herz für sich, das Leiden mitempfindet." Bismarck verhehle sich durchaus nicht, daß die Vorlage in hohem Grade unpopulär sei. „Ich frage gar nichts danach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur danach, ob sie vernünftig oder zweckmäßig ist; die Popularität ist eine vorübergehende Sache, die sich heute auf das, morgen auf jenes richtet, die ich genossen und verloren

habe, worüber ich mich leicht tröste, sobald ich das Gefühl habe, meine Schuldigkeit zu thun, und das Übrige stelle ich Gott anheim. Die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nötigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: Ist sie auch wirklich vernünftig? Denn ich habe zu häufig gefunden, daß man auf beifällige Zustimmung stößt, wenn man auf unrichtigem Wege ist. Also das interessiert mich nicht, ob die Sache populär ist, da meine Existenz im Amte von jedem Wahlkreise unabhängig ist, und der einzige Wähler, den ich habe, Se. Majestät der Kaiser, mit mir zufrieden ist." Auf den Vorwurf des „Sozialismus" entgegnet Bismarck: „Etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müssen. Sie werden genötigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Öles im Rezepte beizusetzen, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erstreben würde. Sozialistisch war die Freiheit des Bauernstandes, sozialistisch ist jede Enteignung zu gunsten der Eisenbahnen, sozialistisch im höchsten Grade die Zusammenlegung der Grundstücke, die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, d. h. der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden erhalten muß. Das alles ist sozialistisch. Wenn Sie glauben, mit dem Worte ‚Sozialismus' jemand Schrecken einflößen zu können, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist." Bei diesen volksfreundlichen Bemühungen finde sich Bismarck aber, „ich möchte sagen: einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos sein wird". Der Partikularismus der Dynastien und Regierungen sei „sehr

rückgängig geworden", der „Fraktionspartikularismus" dagegen so weit gediehen, „daß keiner dieser Regierung irgend einen Erfolg noch gönnt. Im Fraktionswesen liegt eine große Schädigung unserer nationalen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserem heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt: ‚Fraktion geht vor Reich', ‚das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit'. Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satire auf das Arndtsche Lied: ‚das deutsche Vaterland muß größer sein! Das ganze Deutschland soll es sein!' Wer in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß: es schrumpft, durch seine Brille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesamtinteressen. Außer dem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein anderes, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft der Einrichtungen entgegensehe, deren Herstellung ich 30 Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe, daß es mich mit Besorgnis erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnützen, das ist ein natürliches Interesse. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß unsere Söhne vielleicht nochmals wieder um den mir wohlbekannten Tisch des Frankfurter Bundestags sitzen. Wir haben eine große Autorität gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsere Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt: Die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsere Einheit liege in den Dynastien, der Anker der Rettung und der Kitt für unsere Einheit liege im Reichstage, deshalb müsse man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen. Aber mein Vertrauen darauf, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien

(Hört! Hört!). Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammenzustehen, gegenüber allen auswärtigen Gefahren, ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden, und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte — (Lachen links), in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Zutrauen zu unseren Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Zukunft unserer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist. Ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten: er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen! (Lebhafter, andauernder Beifall rechts. Wiederholtes Zischen links)."

Im Juni 1882 trug sich Bismarck in das Album einer fürstlichen Frau ein, unter Moltke, der geschrieben hatte: „Schein vergeht, Wahrheit besteht." Bismarck dagegen dichtete:

„Ich glaube, daß in jener Welt
Die Wahrheit stets den Sieg behält;
Doch mit der Lüge dieses Lebens
Kämpft unser Marschall selbst veregbens."

Im Jahre 1883 ließ Bismarck den Reichstag in einer von ihm verfaßten Kaiserlichen Botschaft vom 14. April zur rascheren

Vollendung des Unfallversicherungsgesetzes mahnen. Da hieß es: „Unsere Kaiserlichen Pflichten fordern uns Uns auf, kein Mittel zu versäumen, um für die Besserung der Lage der Arbeiter und für die Erhaltung des Friedens unter den Klassen der Bevölkerung, so lange Gott Uns Frist gibt, zu wirken."

Im Jahre 1884 sagte Bismarck am 25. März im Reichstag, bei Beratung des Unfallversicherungsgesetzes: „Ich bin in keiner Weise für eine absolutistische Regierung, ich halte eine richtig geübte parlamentarische Mitwirkung für ebenso notwendig und nützlich, wie ich eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich halte."

Am 20. März, bei Erneuerung des Sozialistengesetzes, rief Bismarck allen reichstreuen Abgeordneten zu: „Vor Allem möchte ich diejenigen Parteien, die nicht zur Sozialdemokratie gehören und die angeblich von der Entwickelung derselben die nämlichen Befürchtungen wie alle übrigen haben, bitten, daß sie aufhören mit Verdächtigungen der Regierung in den Augen des gemeinen Mannes, und daß sie nicht ein Feuer anzünden, das sie selbst zu löschen ganz außer stande sind."

Da der neubegründete „Deutschfreisinn", der aus der Vereinigung der Fortschrittspartei mit den „Sezessionisten" entstanden war, auch die Forderung „verantwortlicher Reichsminister" in sein Programm aufgenommen hatte, so ließ Bismarck am 5. April 1884 im Bundesrat Namens der preußischen Regierung eine Erklärung abgeben, der wir folgende Hauptstellen entnehmen: „Die Einrichtung verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reich ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von vertragsmäßigen Rechten, welche die verbündeten Regierungen gegenwärtig im Bundesrat üben. Die wesentlichsten Regierungsrechte der Bundesstaaten würden von einem Reichsministerium absorbiert werden, dessen Thätigkeit durch die Art der ihm auferlegten Verantwortlichkeit dem maßgebenden Einflusse der jedesmaligen Mehrheit des Reichstags unterliegen müßte. Man wird nicht fehl gehen,

wenn man in der von der neuen fortschrittlichen Partei erstrebten Einrichtung eines solchen Ministeriums ein Mittel zur Unterwerfung der Regierungsgewalt im Reiche unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags erblickt. Die preußische Regierung würde in einer derartigen Verschiebung der Schwerpunkte der Regierungsgewalt eine große Gefahr für die Dauer der neugeborenen Einheit Deutschlands erblicken. Selbst wenn es gelänge, feste Majoritäten aus den heute im Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die königliche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für die sichere Einleitung zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutschen Reiches halten. Die Regierung eines großen Volkes durch die Mehrheit einer gewählten Versammlung ist untrennbar von all den Schäden und Gefahren, an welchen ein jedes Wahlreich nach den Erfahrungen der Geschichte zu Grunde geht. Der Gedanke an die Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums ist deshalb im Interesse des Reichs, seiner Verfassung und der Sicherheit seines Fortbestandes zu bekämpfen, weil er eins von den Mitteln bildet, durch welche der Schwerpunkt der Reichsregierung in die wechselnden Mehrheiten des Reichstags hinübergeleitet werden soll, und weil diese Überleitung, wenn sie gelänge, die Wiederauflösung der deutschen Einheit nach Überzeugung der Regierung im Gefolge haben würde."

Bei der zweiten Beratung des Reichstags über Verlängerung des Sozialistengesetzes am 9. Mai that Bismarck u. A. den Ausspruch: „Einen Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der sich für die Landwirtschaft nicht interessiert, den müßten Sie sofort wegjagen, den kann das Land gar nicht brauchen!"

Am 26. Juni 1884 entwickelte Bismarck dem Reichstag die Grundzüge seiner vom Kaiser gebilligten Kolonialpolitik in den Worten: „Die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen ist dem

Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form der Annektierung von überseeischen Provinzen an das Deutsche Reich vorzugehen, als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal Charters", d. h. indem das Reich dem durch unternehmende deutsche Private rechtmäßig erworbenen Kolonialbesitz den mächtigen Schutz des Deutschen Reiches verleiht und über dem Gebiet die deutsche Flagge hißt.

Das Zentrum brachte im Reichstag am 3. Dezember 1884 den vom Bundesrat zuvor bereits zweimal, und zum dritten Male erst drei Tage vor dem 3. Dezember abgelehnten Antrag auf Außerkraftsetzung des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1874 über die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern, von neuem ein. Bismarck bezeichnete dieses Verfahren rundweg als eine „Mißachtung der verbündeten Regierungen. Es ist das ein Maß von Geringschätzung, das der Bundesrat dem Reichstag gegenüber sich niemals erlauben würde, indem Sie im Namen der Reichstagsmehrheit, ich möchte sagen, eine Art von Geßlerschem Hut vor dem Bundesrat aufrichten, den er grüßen soll. Eine andere Wirkung und einen anderen Zweck kann der Antrag nicht haben, als die verbündeten Regierungen zu demütigen (Sehr wahr! rechts). Das wird Ihnen nicht gelingen, m. H.! Ein konfessionell gemischtes Staatswesen deutscher Nation, welches mit Ausschließlichkeit oder Unentbehrlichkeit auf die Unterstützung des Zentrums und der römischen Kurie angewiesen wäre, ist auf die Dauer nur dann haltbar, wenn es zeitweise auch in die Lage kommt, die Unterstützung, die ihm von der römischen Geistlichkeit gewährt wird, vorübergehend entbehren zu können (Sehr gut rechts). Die Zentrumspartei hat vieles an sich, was mich im Vergleich mit den andern in hohem Grade anzieht und besticht: eine sehr strenge Disziplin (Heiterkeit), eine bestimmte Führung in einer bestimmten Person, man kann mit ihr rechnen; sie hat für mich nur die Gefahr:

man kann sich mit ihr nicht einlassen, ohne sich dem Geist, der in ihr lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben; man wird auf die Dauer davon erfaßt und, und es kommt immer wieder der Moment, wo es heißt: willst du jetzt fechten, oder willst du weiter mit mir gehen? Das ist eine Perspektive, die ich fürchte; es mag Mangel an Mut sein (Heiterkeit rechts), aber ich kann mich davon auf Kosten des Reichs nicht vollständig losreißen. Ich kann auch keine Konzessionen machen, solange ich der Gegenkonzession und des Wertes davon nicht sicher bin; das ‚do ut des' (ich gebe, damit Du gibst) haben Sie selbst in die Politik hineingebracht und daran müssen wir festhalten."

Dieser traurige, im Oktober 1884 gewählte Reichstag brachte die berufene „Ära Windthorst-Grillenberger-Richter" über Deutschland und begann diese Ära mit derartigen Zentrumsscherzen, um schließlich, zu Anfang 1887 in der Schmach zu ersticken, daß er Deutschland die Mittel versagte, den vom französischen Revanchegeneral Boulanger geplanten kriegerischen Überfall abzuwehren. Einer der schmachvollsten aller Schmachbeschlüsse dieses Reichstags war aber der vom 15. Dezember 1884, durch welchen die reichsfeindliche Mehrheit die Gehaltsforderung für einen zweiten Direktor im Auswärtigen Amt ablehnte, obwohl Bismarck nachwies, daß alle seine Mitarbeiter unter Überlastung zusammenbrächen und seinen eigenen Normalarbeitstag von 14 bis 16 Stunden schilderte an der ungeheuren Fülle der täglichen Eingänge. „Das macht", rechnete er dem Reichstag vor, „beinahe auf eine Minute eine Nummer, und es sind Nummern darunter, deren Lesen und Bearbeiten mehrere Tage erfordern. Jede dieser Nummern, auch die kleinste, kann den Keim einer Verwickelung in sich tragen; es ist oft sehr schwer bei einer politischen Verwickelung das πρῶτον ψεῦδος (den Urfehler) aufzufinden, wo der falsche Weg, der eingeschlagen ist, von dem richtigen, der hätte eingeschlagen werden müssen, sich getrennt hat. Es ist deshalb

notwendig, auch die kleinen Sachen im Auge zu behalten, weil sehr leicht eine Verletzung oder eine unberechtigte Inanspruchnahme darin enthalten sein kann. Der auswärtige Minister muß also entweder selbst alles sehen, oder er muß so viele Leute wie notwendig ist, haben, auf deren Unterschrift hin er die seinige setzt, auf deren Urteil, deren Takt, deren sorgsame Arbeit und Aktenlesung er rechnet, wenn er, der Minister selbst persönlich nicht im stande ist, dies alles in jedem einzelnen Falle zu leisten."

Am 8. Januar 1885 hielt Bismarck im Reichstag eine Rede über die Gründe der deutschen Auswanderung und sprach dabei die scheinbar paradoxen, aber durchaus zutreffenden Worte: „Die Ziffer der Auswanderung ist ein ganz genauer Maßstab für das Steigen unseres Wohlstandes; je besser es uns geht, desto höher ist die Ziffer unserer Auswanderung."

Sehr entschieden trat Bismarck am 15. Januar 1885 dem Zentrumsantrag (Hertling) entgegen, von Reichswegen einen „Normalarbeitstag" festzusetzen. Er weissagte als Folge den Niedergang der Landwirtschaft wie der Industrie und rief: „So kommen Sie dahin, durch Verarmung die Industrie zu schädigen, weil ihr die Abnehmer fehlen. Wird die Industrie geschädigt, so ist der Erste, der darunter leidet, der industrielle Arbeiter, weil ihm die Henne, die ihm die Eier legt, stirbt oder ausgeschlachtet wird. Es gibt keine größere Kalamität für die Arbeiter, als der Niedergang der Industrie überhaupt, mag er herbeigeführt sein, auf welche Weise er will."

Am 12. u. 14. Februar aber zeigte Bismarck auch seine innige Fürsorge für die Landwirtschaft, namentlich für die Kleinbauern. Hatte er schon in seiner Rede vom 15. Januar dem Reichstag zugerufen: „Retten Sie die Landwirtschaft vor Dürftigkeit!", so sagte er jetzt, am 12. Februar bei der Beratung des Reichstags über die Er-

höhung der Getreide- und Holzzölle: „Ich lerne vom Leben, ich lerne, so lange ich lebe, ich lerne noch heute“ und weiter: „Die Kalamität der Landwirtschaft ist eine ganz andere, als wenn in irgend einer neu aufgetauchten Industrie eine Kalamität eintritt. Die ist zwar auch groß, aber sie ist lokal, ihr kann durch Unterstützung geholfen werden; aber die Kalamität der Landwirtschaft fühlt der ganze Körper des Volkes; das Volk gerät in Verfall, wenn seine Landwirtschaft verfällt.“ Am 14. Februar setzte er dann bei Beratung derselben Angelegenheit im Reichstag (der Erhöhung der Getreide- und Holzzölle) noch hinzu: „Wenn Sie den Bauer in die Lage bringen, daß er verkaufen muß, so erzeugen Sie notwendig Latifundien. Der große Besitzer ist so reich, daß er eine Kalamität überdauern kann; zu leben behält er immer noch — er denkt, es kommt eine Zeit, wo es umschlägt, und es ficht ihn nicht so an; eine augenblickliche Lust, der Anblick seiner Gutskarte — die Karten sind bekanntlich der Ursprung jedes Eroberers — erwecken in ihm den Wunsch, sich eine Parzelle zu annektieren; und alle die Kleinen, die matt werden, die sammelt er auf, und damit ist das Latifundium da mit allen seinen übeln Nachteilen. Zum großen Teil bilden sie sich in den Händen von Kapitalisten, und das ist das Gefährlichste. Der Grundbesitzer, der auf dem Lande wohnt, ist noch nicht der schlimmste, der schlimmste ist der Großgrundbesitzer, der in der Stadt wohnt, sei es in Paris, Rom oder Berlin, und der von seinen Gütern und Verwaltungen nur Geld verlangt, der sie auch nicht vertritt im Parlament oder sonstwie, auch nicht weiß, wie es ihnen ergeht. Darin liegt das Elend der Latifundien. Und wenn es Ihnen jemals gelänge, diese Rasse (der kleineren Landwirte und der großen Besitzer, die selbst auf dem Lande wohnen) zu vertilgen, so würden Sie das in der Lähmung unseres ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens, nicht bloß auf dem Lande merken.“

Bei Beratung der deutschen Kolonialpolitik im Reichstag am 2. März 1885 gebrauchte Bismarck das berühmte Gleichnis: „Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813 die geharnischten Männer aus der Erde wachsen, wie aus der Saat der Drachenzähne nach der griechischen Sage in Kolchis, aber daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie übereinander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die gewappneten Recken sich untereinander bekämpfen. Es liegt eine eigentümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, wieder anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen, bezw. niederzustimmen.“ Als in der Sitzung vom 13. März der Zentrumsabgeordnete Rintelen ziemlich deutlich eine weitere Erklärung dieses Gleichnisses vom Reichskanzler forderte, gab sie dieser u. A. in folgenden Worten:

„Es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weiter auszuspinnen. Es war nur etwas, was, ich kann es nicht leugnen, mich in den letzten zwanzig Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff ‚Völkerfrühling‘ mehr verstanden als die Kolonialpolitik. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich, ich kann wohl sagen, Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat . . . bis 1870, da wir alle als ‚ein einig Volk von Brüdern‘ den Angriffen des Auslandes entgegentreten

konnten, die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelten, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als Völkerfrühling vor. Dieser Völkerfrühling hielt aber nur wenige Jahre nach dem großen Siege vor. Denn dann kam, was ich unter dem Begriff ‚Loki' verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstag aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns. Und der Parteigeist, wenn er mit seiner Lokistimme den Urwähler ‚Hödur', der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unseres Volkes von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde."

Im engsten Anschluß an diese Ausführungen sprach sich Bismarck in der Reichstagssitzung vom 14. März dem Abg. Eugen Richter gegenüber bezüglich der Taktik aller Unzufriedenen also aus: „Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen."

Je schmerzlicher Bismarck das „Überwuchern des Parteigeistes" empfinden mußte, um so freudiger gibt er sein Vertrauen auf die Gesamtheit des Volkes und namentlich

auf die deutsche Jugend zu erkennen in den berühmten Worten seiner Reichstagsrede vom 14. März 1885: „Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres heraufführte, Vertrauen.“

Zu Bismarcks 70. Geburtstag, dem 1. April 1885, wurden ihm bekanntlich 1200000 Mark zu freier Verfügung überreicht, aus denen er die „Schönhauser Stiftung“ zu Stipendien an Kandidaten des höheren Schulamtes errichtete. Der Kaiser genehmigte die Stiftung am 1. August 1885, und Bismarck selbst begründete deren Errichtung in einem Schreiben (vom 15. Januar 1886) an den künftigen Verwalter der Stiftung, den Herzog von Ratibor, als Präsidenten des Herrenhauses, mit folgenden edeln Worten: „Das höhere Lehrfach bedarf deshalb einer besonderen Unterstützung, weil es die Pflegstätte des nationalen Gedankens bildet und in seiner idealen Gesinnung, ohne welche der Lehrerstand seinem mühevollen und selten einträglichen Berufe nicht würde treu bleiben können, ein sittliches Gegengewicht zu dem Materialismus der Zeit darstellt. Die Erhaltung und Pflege dieser Gesinnung bei der Jugend liegt in den Händen der Lehrer und ist für unsere nationale Entwicklung von hoher Bedeutung.“

Höchst bemerkenswert und wichtig auch für unsere Tage sind Bismarcks Äußerungen über die Gefahren der Thätigkeit des Jesuitenordens für Deutschland. Bismarck that diese Aussprüche im Reichstag am 28. November 1885 bei Beratung der Anträge des Zentrums bezüglich der Missionsthätigkeit in den deutschen Schutzgebieten. Die Ultramontanen wollten dort ihren geliebten Jesuiten ungehinderte Wirksamkeit verschaffen. Bismarck aber erklärte: „Die Gefahr, die gerade die Thätigkeit der Jesuiten für Deutschland, seine Einigkeit und seine nationale Entwicklung hatte, liegt ja nicht im Katholizismus der Jesuiten, sondern sie liegt in ihrer ganzen

internationalen Organisation, in ihrem Lossagen und Loslösen von allen nationalen Banden und in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regungen überall, wo sie denselben beikommen. Die Jesuiten sind eine Gefahr für das geringe Maß, für den geringen Rest von Nationalgefühl, der einer großen Mehrzahl von uns Deutschen geblieben ist. Die Jesuiten werden schließlich die Führer der Sozialdemokraten sein. Schicken Sie doch die Mitarbeiter der ‚Germania'*) nach Kamerun, sie sollen uns dort willkommen sein."

Zu Beginn des Jahres 1886 legte die preußische Regierung dem Landtag den Entwurf der Ansiedelungsgesetze vor, welche bezweckten, das deutsche Element in den polnischen Landesteilen Preußens zu stärken. In seiner Rede zur Rechtfertigung dieser Vorlage gab Bismarck am 28. Januar 1886 ein deutliches Bild des Wachstums der polnischen Agitation in diesen Landesteilen und zählte die Gründe für dieses Wachstum auf; u. A. sei jener Agitation sehr zu statten gekommen „die deutsche Gutmütigkeit und Bewunderung alles Ausländischen und die eigentümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren (Heiterkeit)." Diese deutsche Polenschwärmerei habe auch noch 1863 den damaligen polnischen Aufstand begleitet und im preußischen Abgeordnetenhause Bismarcks Politik aufs äußerste erschwert. Eine weitere Ursache für den Fortschritt der Polen liege in der „reichlichen Agitationsmöglichkeit, welche die Landes- und Reichsgesetze über Presse und Vereine den Polen geben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller dieser Gesetze. Sie erkennen sie (aber) ihrerseits nicht an; sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf

*) Des leitenden ultramontanen Blattes in Berlin.

Kündigung, und zwar auf 24stündige Kündigung an; wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen 24stündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen — (Große Unruhe bei den Polen). Ja, m. H., ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist (große Heiterkeit), daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken, — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich (Heiterkeit). Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrtum, m. H., so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht (Heiterkeit)."

Bei Beratung der Branntweinmonopolvorlage im Reichstag rief Bismarck den Gegnern zu: „Eine Festigung des Reiches suche ich in einem starken Kriegsheere, in guten Finanzen und in der Zufriedenheit der Reichsangehörigen. Das Reich kann Gefahren ausgesetzt sein, die nicht unmittelbar aus unseren inneren Verhältnissen herrühren. Mir liegt vor Allem am Herzen, daß wenn solche Krisen eintreten und wenn die Festigkeit der deutschen Verfassung auf Proben gestellt wird, wie sie deren bisher nicht bestanden hat, — daß man dann sagen kann: man hat in dem tempus utile (der nützlichen Zeit) des Friedens nichts versäumt, sondern das Seinige gethan, um alle Welt zufrieden zu stellen."

In sehr verwandtem Sinne sagte er im preußischen Abg.-Hause am 12. April bei Beratung des von der Regierung vorgelegten kirchlichen Friedensgesetzes: „Bei Streitigkeiten im Innern, unter Landsleuten, besteht die Ehre der Regierung in ihrer Friedfertigkeit, aber nicht in ihrer Händelmacherei." In derselben Rede that er den Ausspruch: „Der katholische Priester ist von dem Augenblicke, wo er Priester ist, ein einregimentierter Offizier des Papstes." Bei der Fortsetzung der Beratung der Vorlage im Abg.-Hause am 4. Mai sprach Bismarck das schöne Wort: „Mein Ziel ist

nur, auf einem Gebiete meinen Meister nicht zu finden, auf dem der Fürsorge für das Wohl meines eigenen Vaterlandes."

XII.

Aus der Zeit von 1887 bis zu Bismarcks Entlassung, 20. März 1890.

Zu Anfang des Jahres 1887 stand Deutschland vor der schwersten Kriegsgefahr seit 1870. Der Frieden hing im letzten Grunde davon ab, ob der deutsche Reichstag der Regierung die geforderte Erhöhung der deutschen Wehrkraft auf sieben Jahre bewilligen werde oder nicht. Denn die Ablehnung betrachtete der auf den unmittelbaren Ausbruch des Krieges lossteuernde französische Revanchekriegsminister Boulanger als Kriegslosung, weil er dann die deutsche Volksvertretung und das deutsche Volk selbst als Bundesgenossen Frankreichs begrüßen zu können glaubte. Bismarck trat am 11. Januar 1887 in einer großen Rede für die Notwendigkeit der Bewilligung der Wehrvorlage ein. „Wenn die Franzosen so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen", sagte er, „wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede ja für immer gesichert. Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen und in Frankreich denken auch viele so. Sie wollen nur le feu sacré (das heilige Feuer) der Revanche unterhalten, aber einen Angriffskrieg vermeiden. Die Entscheidungen in Frankreich sind aber in schweren Momenten immer durch thatkräftige Minderheiten, nicht durch die Mehrheit und das Volk bewirkt worden. Das ist auch heute noch die Kennzeichnung der französischen Lage. Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré zu leben. Wenn uns hier im Parlament versichert wird: wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten

Thaler rechnen, dann stehen wir mit Gut und Blut ein, so sind das Worte, damit kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten, und Reden sind keine Bataillone; und wenn wir den Feind im Lande haben und wir lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Sowie aber Frankreich irgend einen Grund hat zu glauben, daß es uns überlegen sei, dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher. Sobald sie glauben zu siegen, fangen sie den Krieg an." Mit vollem Recht klagt er am Schlusse der Rede: „Die Nörgelei des Parlaments gegenüber Forderungen der Regierung, die der Sicherheit des Landes gelten, ist nur eine echt deutsche Eigentümlichkeit."

Dieser traurige Reichstag blieb sich indessen treu bis zu Ende. Am 14. Januar 1887 verfiel er der reichverdienten Auflösung und machte durch die Neuwahlen am 21. Februar 1887 dem trefflichen „Kartellreichstag" Platz, der Bismarcks großer Politik von 1887 bis 1890 aufs treulichste zur Seite stand. Die Reichsfeinde befanden sich in einer hoffnungslosen Minderheit, und der Friede war durch diesen glänzenden Ausfall der Wahlen gewahrt.

Vor diesem glückhaften Ereignis, das Bismarcks letzte Amtsjahre und des Kaisers Wilhelm letztes Lebensjahr verschönte, hielt Bismarck am 24. Januar 1887 im preußischen Abg.-Hause eine gründliche Abrechnung mit der Fortschrittspartei, die im Reichstag gegen das Septennat gestimmt hatte und im neuen Wahlkampf überall den Reichsfeinden zur Seite trat. „Wer wünscht, daß vom König nicht die Rede sein soll, der hat das Bedürfnis, die königliche Gewalt in Vergessenheit geraten zu lassen", sagte er u. A. „Ich erinnere mich, daß jeder Fortschritt der preußischen Monarchie und des Deutschen Reiches von den Vertretern der Fortschrittspartei auf das bitterste und schärfste bekämpft worden ist. Alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der

Fortschrittspartei bekämpft worden und ist doch immer zu Stande gekommen."

Am 21. April 1887 sprach Bismarck, bei Beratung des weiteren preußischen kirchlichen Friedensgesetzes im Abg.-Hause über die Stellung der evangelischen und katholischen Kirche im preußischen Staate folgende bedeutsamen Worte aus: „Eine Gleichheit der beiden Kirchen im preußischen Staate ist ja nach ihrer ganzen Beschaffenheit nicht möglich. So lange der König von Preußen Oberhaupt der evangelischen Kirche ist, ist von einer formalen Gleichheit zwischen beiden Kirchen gar nicht zu sprechen, da beide Kirchen auf ganz anderen Fundamenten stehen. Der protestantischen Kirche kann damit nicht geholfen werden, daß man das Gewicht der Gemeinde in ihr vermindert und das Gewicht der Geistlichkeit in ihr verstärkt."

Zu Anfang des Jahres 1888 wurde dem Reichstag der Gesetzentwurf zur Aufnahme einer Anleihe behufs Erhöhung der deutschen Wehrkraft vorgelegt, und Bismarck ergriff am 6. Februar das Wort zur größten und berühmtesten Rede seines Lebens, die ihm schon während der Sitzung und beim Verlassen des Hauses unbeschreibliche Huldigungen eintrug. Die Rede enthielt drei Worte weniger als 11000. Sie wurde aber sofort in 1218 Telegrammen an 326 Orte des In- und Auslandes befördert. Hier können daraus nur die folgenden Sätze wiedergegeben werden: „Wir müssen noch größere Anstrengungen machen als andere Mächte zu gleichem Zwecke wegen unserer geographischen Lage. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden, sie zwingen uns auch zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander." Früher, zur Zeit der heiligen Allianz und des Deutschen Bundes, da hatten wir ja „die Anlehnung an Rußland und Österreich und vor allen Dingen: die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir

niemals eine Meinung äußerten, bevor die Anderen gesprochen hatten. Wenn wir die Isolierung, die grade in unserer angreifbaren Lage für Deutschland besonders gefährlich ist, verhüten wollen, so müssen wir einen sicheren Freund haben. Denn Völker führen wohl aus Haß gegeneinander Krieg; aber aus Liebe, das ist noch gar nicht da gewesen, daß sich das eine für das andere opfert." Das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens und zur Befestigung der deutschen Friedensbündnisse sei aber die Verstärkung des deutschen Heeres. Der Wettbewerb der Nachbarmächte auf diesem Gebiete sei durch die einfache Thatsache abgeschnitten: „Das können sie nicht!"

„Unsere Ziffer haben sie längst erreicht, und die Tapferkeit ist ja bei allen zivilisierten Nationen gleich, aber in der Tüchtigkeit sind wir ihnen überlegen: wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu befehligen, das kann man uns nicht nachmachen. Denn dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem anderen Lande wieder vorkommt." Dadurch werde vor allem auch die feste, treue Kameradschaft erst möglich, die zwischen unseren Offizieren und Mannschaften ohne Schaden der Autorität bestehe, im Frieden wie namentlich im Kriege: „Kein deutscher Offizier läßt seinen Soldaten im Feuer im Stich und umgekehrt: kein deutscher Soldat läßt seinen Offizier im Stich, das haben wir erfahren. Außerdem aber ist noch ein Vorteil der Annahme dieses Gesetzes", fuhr Bismarck fort, und damit sprach er den letzten, innersten Grund der Friedenspolitik Deutschlands aus, „gerade die Stärke, die wir erstreben, stimmt uns selbst notwendig friedfertig. Das klingt paradox, es ist aber doch so. Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn ich Ihnen sagen wollte: wir sind von Frankreich und Rußland bedroht, wir werden angegriffen werden, es ist nützlicher für uns, daß wir jetzt gleich schlagen, der Angriffskrieg

ist für uns vorteilhafter zu führen, und ich bitte daher den Reichstag um einen Kredit von einer Milliarde oder einer halben, um den Krieg gegen unsere beiden Nachbarn heute zu unternehmen; ja, m. H., ich weiß nicht, ob Sie das Vertrauen zu mir haben würden, mir das zu bewilligen? Ich hoffe nicht. Aber wenn Sie es thäten, würde es mir nicht genügen. Denn wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; ein Krieg, der mit dem Enthusiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. Deshalb möchte ich an das Ausland die Mahnung richten, seine drohenden Zeitungsartikel doch zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir, nicht von der Regierung, aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man eine große und stolze Macht, wie das Deutsche Reich, durch eine drohende Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden, vielleicht zu leicht, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht. **Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt,** und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahnen rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift,

sie einheitlich gewaffnet finden wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

Die nächsten Worte Bismarcks, die wir hier mitteilen, sind nur 32 Tage später, am 9. März 1888 im Reichstag gesprochen worden. Aber ein ungeheures Ereignis liegt zwischen den beiden Reden: der Tod Kaiser Wilhelms I. Während Bismarck am 6. Februar, zur hohen Freude seines kaiserlichen Herrn, gleichsam die großen Ergebnisse ihrer gemeinsamen großen Politik dem begeisterten Reichstag darlegte, hielt der treueste Diener des verblichenen großen Kaisers nun am 9. März dem Andenken des unvergleichlichen teuren kaiserlichen Herrn die nicht minder bedeutende Trauerrede. Inmitten der schweren Schickungen, welche der geschiedene Kaiser in seinem Hause noch erlebt hat, hätten ihn zwei Thatsachen mit Befriedigung und Trost erfüllt. Einmal die herzliche Teilnahme der ganzen Welt an dem Leiden seines Sohnes, des Kronprinzen. Der zweite Trost aber war, „daß der Kaiser auf die Entwickelung seiner Lebensaufgabe, der Herstellung und Befestigung der Nationalität des Volkes und auf die Entwickelung, welche die Lösung dieser Aufgabe inzwischen genommen hatte, mit einer Befriedigung zurückblickte, welche den Abend seines Lebens verschönt und beleuchtet hat. Es trug dazu namentlich in den letzten Wochen die Thatsache bei, daß mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Dynastien, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme in Deutschland, aller Abteilungen des Reichstags dasjenige beschlossen wurde, was für die Sicherstellung der Zukunft des Deutschen Reiches auf jede Gefahr hin, die uns bedrohen konnte, als Bedürfnis empfunden wurde." Dann schloß Bismarck tiefbewegt mit den Worten: „Die heldenmütige Tapferkeit, das nationale, hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren: mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation

sein, das der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von uns allen, die wir an den Geschäften des Vaterlandes mitzuwirken haben, in Hingebung, Arbeitsamkeit und Pflichttreue treu bewahrt wird!“

Am 15. Juni 1888 schon folgte Kaiser Friedrich seinem großen Vater in den Tod und Kaiser Wilhelm II. bestieg den so bald von neuem verwaisten Thron.

Am 10. November 1888 verlieh die Universität Gießen dem Fürsten Bismarck den Ehrentitel eines Doktors der Theologie. In seinem Dankschreiben vom 22. November sprach der Fürst aus: „Meinem Eintreten für duldsames und praktisches Christentum verdanke ich diese Auszeichnung. Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntnis der Menschen und der Dinge erweitern, duldsam für die Meinung anderer.“

In der Reichstagssitzung vom 26. Januar 1889 nörgelte der Deutschfreisinn wieder einmal gegen die Kolonialpolitik des Reichskanzlers. Bismarck führte in langer Rede aus, wie schwer er sich überhaupt zu einer deutschen Kolonialpolitik entschlossen habe und endete: „Kurz und gut, ich war gegen Gründung deutscher Kolonien. Aber ich halte mich nicht für ermächtigt, der großen Reichslokomotive, wenn sie ihren Bahnstrang einmal gewählt hat, Steine in den Weg zu werfen.“

Am 29. März 1889 schon war Bismarck bei der zweiten Beratung des Reichstags über den Entwurf eines Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes lebhaft für diese Vorlage eingetreten. Bei Fortsetzung der Beratung ergriff er am 18. Mai 1889 von neuem das Wort: es sollte Bismarcks letzte Reichstagsrede sein. Sie bildet einen würdigen Abschluß seiner gewaltigen Wirksamkeit als Redner in den deutschen Parlamenten! Bismarck sagte da vornehmlich: „Es hat

mich in keiner Weise überrascht, daß die sozialdemokratische Partei gegen dieses Gesetz ist. Wenn eins der Mitglieder der freisinnigen Partei (Abg. Dr. Barth) gesagt hat, daß wir die Sozialdemokraten mit dieser Vorlage nicht gewinnen würden, so werden zwei Dinge vollständig verwechselt: das sind die sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratischen Massen; die Massen, welche mit irgend etwas unzufrieden sind mit Etwas, dem auch die Sozialdemokratie nicht würde abhelfen können, stimmen bei den Wahlen für die Sozialdemokraten, weil sie ihrer Unzufriedenheit durch eine regierungsfeindliche Abstimmung eben Ausdruck geben wollen. Auf einem ganz anderen Boden stehen die Herren, deren ganze Bedeutung, deren Herrschaft darauf beruht, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben. Diese lehnen natürlich das Gesetz ab, weil es immer doch ein Schritt auf dem Wege ist, daß wir wirklich berechtigte Unzufriedenheiten nach der Möglichkeit, die sich uns bietet und die der Reichstag uns gestattet, mildern wollen. Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlt. Und diese Stärke vorzubereiten — nicht der großen Partei sondern der Führer — ist ja die ganze Aufgabe ihrer Politik, — und alles, was diese Stärke zum Losschlagen, zur Erzeugung des Bürgerkrieges, zur Herstellung des Massentritts der Arbeiterbataillone schädigen, hindern und hemmen kann, das werden sie natürlich bekämpfen, also wird ihnen auch jedes Entgegenkommen für die Leiden des armen Mannes, welches von Staatswegen geschieht, hinderlich sein. Das mindert die Unzufriedenheit, und Unzufriedenheit brauchen sie." Auch darüber habe er sich „nicht gewundert, daß die Herren von der freisinnigen Partei dagegen stimmen." Denn seit mehr als einem

Vierteljahrhundert hätten die Herren „nie eine Zustimmung für irgend etwas gehabt, von der Reichsverfassung an bis zur heutigen Vorlage. Daß die Herren Welfen gegen die Vorlage sind, das geht aus anderen Beweggründen hervor, als die Opposition der Fortschrittspartei. Wenn die Polen eine Vorlage verwerfen, so geben sie damit nur das Zeugnis ab, daß dieselbe zur Befestigung des Deutschen Reiches führen könnte. Daß die Franzosenfreunde, welche durch voreiligen Beschluß des Reichstags in seine Mitte zugelassen worden sind, um an der Gesetzgebung über das gesamte Reich teilzunehmen — dazu haben wir wahrhaftig nicht den Krieg geführt, um uns 14 Franzosen einzuimpfen — daß sie dagegen sind, ist ebenso natürlich. Die Opposition dieser Herren zeigt uns, daß in diesem Gesetz etwas drin stecken muß, was dem Deutschen Reiche nützlich ist."

Am 5. Juni 1889 dankte Bismarck dem Dr. Fabri für Übersendung des Werkes desselben „Fünf Jahre deutscher Kolonialpolitik" mit den Worten: „Was die koloniale Frage im Allgemeinen betrifft, so ist zu bedauern, daß dieselbe in Deutschland von Hause aus als Parteisache aufgefaßt wurde, und daß im Reichstage Geldbewilligungen für koloniale Zwecke immer noch widerstrebend und mehr aus Gefälligkeit gegen die Regierung oder unter Bedingungen eine Mehrheit finden. Die Kaiserliche Regierung kann über ihr ursprüngliches Programm bei Unterstützung überseeischer Unternehmungen nicht aus eigenem Antriebe hinausgehen, so lange nicht die nationale Bedeutung überseeischer Kolonien allseitig ausreichend gewürdigt wird und durch Kapital und kaufmännischen Unternehmungsgeist die Förderung findet, welche zur Ergänzung der staatlichen Mitwirkung unentbehrlich bleibt."

XIII.

Aus der Zeit des Ruhestandes Bismarcks (1890 bis 1895).

Am 20. März 1890 wurde Bismarck aus allen seinen Ämtern entlassen. Seit dieser Zeit lebt er im „Ruhestande". Aber auch in der Stille seiner Zurückgezogenheit in Varzin und Friedrichsruh trägt er die Sorge um das Wohl seines Volkes und Vaterlandes auf seinem großen Herzen. Auch während dieser fünf Jahre hat er eine Fülle köstlicher Mahnworte an uns Alle gerichtet. So sprach er zu Besuchern aus Heilbronn am 23. August 1890: „Ich kann die Hoffnung nicht aufgeben, daß der nationale Gedanke immer weiter um sich greifen wird. Das in der Verteidigung des Vaterlandes geflossene Blut ist der feste Kitt, der nicht in die Brüche geht, und die Erinnerung an die großen Tage ist ein festes Fundament, das nicht zerbröckelt."

Am 5. Februar 1891 schrieb das Organ des Altreichskanzlers, die „Hamburger Nachrichten", über die „Versöhnungspolitik" des neuen Kurses (Caprivi): „Ohne Zweifel sind ‚Erfolge' erzielt, aber mancher derselben, der einen Nickel wert war, wurde mit einem Zwanzigmarkstück bezahlt. Auf diese Weise Versöhnung zu stiften, ist eben nicht schwer; es fragt sich nur, wie das Staatsinteresse dabei gewahrt bleibt. Wenn eine Konzession auf die andere folgt, ohne daß man Gegenleistungen sieht, die auch nur annähernd zu den gebrachten Opfern im Verhältnis stehen, so darf man sich nicht wundern, wenn schließlich im Inlande wie auswärts der Glaube Platz greift, die Männer der neuen Regierung konzedierten in dem Bestreben, zu zeigen, daß es auch ohne den Fürsten Bismarck gehe, alle Forderungen, denen früher ein heilsames Quos ego (Ich will Euch!) entgegengesetzt worden wäre."

Den Vorstand des konservativen Vereins in Kiel empfing Bismarck am 14. April 1891 in Friedrichsruh und hielt an

denselben folgende mahnende Ansprache: „Man fragt oft, was heißt konservativ? Wörtlich übersetzt heißt's erhaltend, aber dies Erhaltende besteht nicht etwa darin, daß man immer vertritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Konservatismus aber sind beständig. Es gibt ein altes, gutes politisches Sprichwort: „Quieta non movere“, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt konservativ: eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliegt. Ich möchte, daß die jetzige Regierung diesen Spruch beachte, als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgange der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Möchten diese politischen Grundsätze nicht mit mir aussterben, sondern unsere politische Arbeit in der Bahn weitergeführt werden, die unser hochseliger Herr vorgezeichnet hat.“

Am 2. Mai erschien in Friedrichsruh eine Deputation aus dem hannoverischen Wahlkreise, der Bismarck zum Reichstagsabgeordneten gewählt hatte. Der Fürst sprach zu ihr: „Natürlich kann ich nach meiner Vergangenheit nicht einer Partei angehören; wenn ich in gewissem Sinne auch Parteimann bin, so bin ich für das alte Kartell, dafür, daß die staatserhaltenden Parteien sich soweit verständigen, wie es ihnen möglich ist und die Dornen ihrer Programme nicht gegeneinander kehren. Das habe ich in meiner letzten Zeit als Minister stets erstrebt. Das ist die Linie, in der auch meine parlamentarische Thätigkeit, wenn es zu einer solchen kommt, sich bewegen wird.“

In Kissingen, wo der Fürst auch in diesem Jahre (1891) die Badekur gebrauchte, empfing er am 10. August eine Abordnung deutscher Studenten, der er die nationalen Pflichten der deutschen studierenden Jugend in folgenden Worten ans Herz legte: „Die Aufgabe, die Sie, m. H., in der Zukunft

zu lösen haben, ist im Wesentlichen eine solche der Erhaltung. Wenn erhalten werden soll, so verstehe ich darunter, daß man verbessert, ausbaut. Was aber soll erhalten werden? Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Sie ist unvollkommen, aber sie war das Äußerste, was wir erreichen konnten. Pflegen Sie die Verfassung, wachen Sie eifersüchtig darüber, daß die Rechte nicht angetastet werden, die sie schützt, selbst wenn Ihnen die Reichsverfassung hier und da später nicht gefallen sollte. Raten Sie zu keiner Änderung, mit der nicht alle Beteiligten einverstanden sind. Das ist die erste Bedingung der politischen Wohlfahrt des Reiches, gegenüber dem Auslande bin ich nicht besorgt. Alle Angriffe von außen werden wie Hammerschläge auf uns wirken, unsere Einigkeit nur noch inniger und stärker machen."

Am 21. Mai 1892 wallfahrtete die Dresdner Liedertafel zu Bismarck nach Friedrichsruh, und zu dieser sprach er: „In die alte Sünde der Zerrissenheit werden wir nicht wieder verfallen. Ein solcher Wechsel" (die Vollendung der deutschen Einheit) „wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht unter der Asche immerfort glimmend erhalten worden wäre das alte brüderliche Gefühl, das in der alten Kaiserzeit die Deutschen vereinte. Und wer hat dieses stille Feuer gepflegt? Die deutsche Wissenschaft, die deutsche Poesie und nicht zum wenigsten auch das deutsche Lied. Wir haben immer nur eine deutsche Musik gehabt, und wenn ein Lied gedichtet war, das in deutschen Herzen Widerhall fand, so hatte es keine partikularistische Heimat."

Zu einer wahren Triumphreise gestaltete sich die Fahrt, welche Bismarck am 18. Juni 1892 über Dresden nach Wien antrat, um hier der Hochzeit seines ältesten Sohnes beizuwohnen. Bei der Ankunft in Dresden erwiderte er auf die Ansprache des Oberbürgermeisters: „Seit 30 Jahren sind sich auch die Herzen näher gerückt, wir haben uns kennen gelernt, wir sind ehrlich national, und darum kann ich auf meine Thätigkeit

mit Freude zurückblicken. Es war eine schwere Arbeit, uns zusammen zu bringen, schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen."

Nach der Ankunft in Wien, am Spätabend des 19. Juni, erwiderte Bismarck auf stürmische ihm dargebrachte Huldigungen des akademischen Gesangvereins und der ganzen Bevölkerung: „Sollte je eine Verdunkelung wieder zwischen uns eintreten, wir werden uns immer wieder zusammenfinden."

Am Abend des 24. Juni traf Bismarck aus Wien in München ein. Hier verweilte er auch bis zum Mittag des 26. Juni und erwiderte am 25. die Begrüßung der städtischen Deputation mit den Worten. „Gott hat uns so geführt, daß in unserem Werdegange — wie man im Norden sagt — alle Volksstämme mit auf den Ambos zugeschlagen haben, auf dem die Einheit geschmiedet ward. Die Sachsen bei St. Privat, die Württemberger vor Paris, die Bayern bei Wörth, Bazeilles und im Schnee von Orleans, sie alle haben freudige und stolze Erinnerungen an die Tage unserer Einigung. Das ist Gottes Gnade, daß es so gekommen ist." Später, am Abend, mahnte er die Tausende, welche ihm eine Serenade gebracht hatten: „Erinnern Sie sich stets der nationalen Gelübde, darum bitte ich Sie nur!"

Am 26. Juni Abends traf Bismark in Kissingen ein, um hier, wie alljährlich, die Kur zu brauchen. Am 27. empfing er einen Berichterstatter der „Münchener Neuesten Nachrichten" und erklärte diesem u. A.: „Man sagt zwar, ‚der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande', aber wenn ich doch hier und da meine Stimme vernehmen lasse, so thue ich das zum Besten des Vaterlandes."

Nach Kissingen zogen nun, während Bismarcks Anwesenheit daselbst im Sommer 1892, Tausende deutscher Männer und Frauen zur Huldigung vor dem ehrwürdigen Altreichskanzler. Als erster nahte am 10. Juli der Massenzug der schwäbischen Verehrer Bismarcks. Zu ihnen sprach der Fürst u. A.: „In

der nationalen Politik ist das Herz immer stärker als der Verstand. Die deutsche Frau hält ihre Begeisterung fest und überträgt sie auf ihre Kinder und läßt sich nicht so leicht durch spitzfindige Raisonnements irre machen, wie wir (Männer) das an uns haben. Der Grund des Werthes unserer Einheit ist die Möglichkeit der vollen Entwicklungsfähigkeit im Innern. Wir können das Leben eines großen Volkes leben. Bleiben wir einig, so bilden wir einen harten und schweren Klotz in der Mitte von Europa, den keiner anfaßt, ohne sich die Finger zu quetschen." Auf die Ansprache des Prof. Häckel aus Jena, der am nämlichen Tage an der Spitze einer Jenenser Abordnung unter der schwäbischen Pilgerschaar erschienen war, um den Fürsten nach Jena einzuladen, erwiderte Bismarck: „Das Gesamtergebnis unseres siebziger Krieges und unseres ganzen Weges durch die Wüste, den wir vorher geführt worden sind, wird uns keine Macht wieder entreißen."

Am 24. Juli strömten neue Schaaren von Verehrern Bismarcks in Kissingen zusammen, aus Baden, Hessen, der Rheinpfalz und Thüringen. Auf die verschiedenen Ansprachen ihrer trefflichen Redner erwiderte der Fürst u. A.: „Wir Deutschen müssen immer Rücken an Rücken stehen, und wenn wir das nicht thun, so kann uns nichts helfen. Die extremen Parteien sind in Deutschland nicht regierungsfähig. Es gibt so Vieles, worüber man einig werden kann, und da sollte man nicht zögern, einig zu sein. Ich habe mich mit dem Kartell bemüht, dies zu erreichen. Sobald der Reichstag ohne feste Mehrheit ist, so können die 8 oder 9 Fraktionen, die er hat, nicht hindern, daß seine Autorität zurückgeht. Ich möchte deshalb an die hier anwesenden Herren die Bitte richten, in der Heimat dafür zu sorgen, daß die Unterschiede zwischen den verwandten Parteien verschwinden." Auch das deutsch-österreichische Bündnis berührte Bismarck in derselben Rede mit den Worten: „Der deutsch-

österreichische Block ist nicht nur schwer anzugreifen, sondern wir sind dadurch auch gesichert vor Velleitäten einer veränderten österreichischen Politik, worauf ich sehr hohen Wert lege."

Am 30. Juli erfolgte Bismarcks Abreise aus Kissingen. Aber auch die ganze weitere Fahrt nach Jena war ein ununterbrochener, beispielloser Triumphzug. An der Station Ritschenhausen war halb Meiningen zusammengeströmt, und hier sprach Bismarck: „So darf ich denn glauben, daß das, was ich im Dienste des Vaterlandes geleistet, im deutschen Volke Anerkennung gefunden, daß es Wurzel geschlagen hat im Herzen des deutschen Volkes."

Mit unbeschreiblichem Jubel wurde Bismarck am Abend des 30. Juli in Jena empfangen. Schon am Bahnhof waren, trotz eines heftigen Gewitters, Tausende versammelt. Hier erwiderte Bismarck, auf kurze Ansprachen u. A.: „Es ist für mich ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen. Es ist erfreulich, daß die Bildungsstätten in Deutschland nicht, wie in manchen zentralisierten Ländern, in einer Stadt vereinigt sind." In dem Saale des Gasthofs zum Bären, wo Bismarck abstieg, hielt sodann der Altreichskanzler in Erwiderung auf die Begrüßung des akademischen Senats eine längere Rede, in welcher er u. A. aussprach: „Selbst die Schlacht, die für ein preußisches Herz mit dem Namen Jena schmerzliche Erinnerungen weckt, war notwendig, wenn die geistige Reaktion in Preußen erfolgen sollte, wenn das in Preußen überhaupt möglich sein sollte, was ich erstrebte, d. h. ein königlich preußisches Heer in den Dienst der nationalen Idee zu stellen. Man kann die Geschichte überhaupt nicht machen, aber man kann immer aus ihr lernen. Es ist ein gefährliches Experiment, heutzutage im Zentrum von Europa absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht. Die Gefahr ist im-

mer die gleich große und im ersteren Falle eine noch größere, weil man sich täuscht über die einfache Situation der Sache, und glaubt Gott zu gehorchen, wenn man dem Geheimen Rat gehorcht. Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament."

Dasselbe Mahnwort nahm Bismarck am 31. Juli vor den Tausenden wieder auf, die ihm auf dem Marktplatz zu Jena stürmisch huldigten. Ihnen rief er zu: „Ein Parlament kann nicht stark sein, wenn es von Parteien zerrissen ist. Es wird dann in der Hand jedes Ministers stehen, aus den Fraktionen und Fraktiönchen diejenigen herauszupflücken, deren Überzeugung und Votum für irgend welche Fraktionsvorteile zu haben sind, und das ist das Unglück, wenn wir in das Fraktionswettkriechen, in den Fraktionshandel — do ut des-Tendenz" (s. o. S. 145) — „verfallen. Wir müssen nationale Politik treiben, wenn wir bestehen wollen. Ich bin eingeschworen auf eine weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums, und dem hänge ich treu an."

In Berlin, wo Bismarck auf der Reise nach Varzin am 6. August anlangte, faßte er gleichsam den Gesamteindruck seines großen Triumphzuges in die Worte zusammen: „Ich bringe den erfreulichen Eindruck mit, daß wir in dem, was man früher das Reich nannte, im ganzen außerpreußischen Deutschland, über ein mächtiges Reservekapital von Reichstreue gebieten, in einer Stärke und Ausdehnung, an die man kaum geglaubt hat."

Als eine Zusammenfassung all der politischen Weisheit und warmen vaterländischen Empfindung, die Bismarck auf dieser ganzen Reise in reicher Fülle ausströmen ließ, dürfen wir aber auch jene Schlußworte bezeichnen, die er am letzten Reisetage, am 8. August, in Treptow sprach: „Ich bin sicher, wir halten fest zusammen, und bitte Sie, dies fest im Herzen zu bewahren und

auch Ihren Kindern zur Lehre einzuprägen, daß der Deutsche, sobald er seine Grenzpfähle verläßt, an Ansehen verliert, wenn er nicht sagen kann: 50 Millionen meiner Landsleute stehen geeint hinter mir. Halten wir unzertrennlich zusammen, vom Fels bis zum Meer!"

Im Jahre 1893 richtete Bismarck an die Pilgerschaaren, die in Friedrichsruh zur Huldigung erschienen, vornehmlich die Mahnung: „es möchten doch auch die kleineren Kreise des Reiches, die Einzelstaaten und Landtage, sich eifriger mit Reichspolitik beschäftigen und an dieser Kritik üben." In diesem Sinne sprach er am 18. Juni zu dem Huldigungszug der Mecklenburger, am 5. Juli zu den Lippern, am 21. Juli zu den Braunschweigern. Den letzteren sagte er noch: „Zur Zeit des alten Kurses sah man keine Gefahr darin, Opposition zu machen; man hatte das feste Vertrauen, daß auch durch die schärfste Opposition der Bestand des Reiches und des Königreichs Preußen nicht gefährdet werden würde, weil das Steuer in den festen, sicheren Händen des Königs Wilhelm I. und seines Ministeriums ruhte."

Am 9. Juli empfing Bismarck in Friedrichsruh 32 aus Kiel zurückgekehrte Sekretäre deutscher Handelskammern und mahnte sie am Schlusse einer längeren Rede: „Ich hoffe, Sie beherzigen die Empfehlung zur Einigkeit zwischen allen produktiven Ständen, die bei wachsender Wohlhabenheit der Bevölkerung interessiert sind, für die es nicht gleichgültig ist, ob die Bevölkerung arm oder wohlhabend ist."

In Kissingen, wo Bismarck auch 1893 die Badekur gebrauchte, erschien am 10. August eine starke Abordnung des bayerischen Volksschullehrervereins, an die der Fürst u. A. folgende Worte richtete: „Die deutsche Schule hat an unseren nationalen Institutionen einen sehr erheblichen Anteil. Die deutsche Schule ist wie das deutsche Offizierkorps eine spezifisch deutsche Einrichtung, um welche die fremden Nationen uns beneiden, und welche sie uns so leicht nicht nachmachen

werden, wenigstens so rasch nicht. Die durch den Lehrerkörper der gesamten deutschen Nation im Laufe der Jahrzehnte in die Volksseele gesenkten Keime haben Frucht getragen. In der Bildsamkeit der Jugend, in dem Festwachsen der ersten Kindheitseindrücke liegt die Gewalt, die der deutsche Lehrer auf die deutsche Zukunft ausüben kann. Wer die Schule in Deutschland hat, der hat die Zukunft."

Zu Beginn des Jahres 1894, am 26. Januar, vollzog sich die von dem ganzen deutschen Volke längst so heiß ersehnte Versöhnung zwischen dem Kaiser und Altreichskanzler, die eingeleitet wurde durch die rührende Teilnahme, welche Kaiser Wilhelm bei der schweren Erkrankung Bismarcks in Kissingen im Sommer 1893 bethätigt hatte. Von bleibender und erhebender Bedeutung für das ganze Volk war dieses glückhafte Ereignis. Unter seinem nachwirkenden Eindrucke wallfahrteten am 20. April 1894 auch 28 nationalliberale Reichstagsabgeordnete nach Friedrichsruh. Bismarck mahnte sie: „Uns klar zum Gefecht zu halten; dazu rechne ich, daß die staatserhaltenden Parteien sich weniger trennen, sondern nach Möglichkeit einander nähern und sich wie früher zu einem Kartell zusammenthun, dem Bedürfnisse geordneter Zustände folgend, welches sie einigt unter Pflege unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen." Dann begründete er die Notwendigkeit der Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten — die seit dem März 1893 zwischen Caprivi und dem Grafen Eulenburg geteilt waren — u. A. mit den drastischen Worten: „Ein Reichskanzler, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwebt mit der seinigen in der Luft wie ein Seiltänzer".

Die Begönnerung der Polen unter dem neuen Kurse hatte unter den Deutschen der polnischen Provinzen Preußens eine lebhafte Gegenbewegung hervorgerufen, die sich u. A. dadurch bekundete, daß am 16. September 1894 etwa

4000 Deutsche aus der Provinz Posen zu dem Altmeister der deutschen, antipolnischen Politik nach Varzin zogen. Bismarck hielt ihnen eine gewaltige Rede, der wir folgende Stellen entnehmen: „Ehe wir das Elsaß wieder aufgeben, müßte unser Heer vernichtet werden, dasselbe findet aber auch für die Ostgrenze statt und zwar in verstärktem Maße: Wir können Beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß, aber beides niemals, und deshalb ist wohl anzunehmen, daß wir entschlossen bleiben werden, den letzten Mann und die letzte Münze in unseren Taschen zu opfern für die Verteidigung der deutschen Ostgrenze. Wir singen: ‚Fest steht und treu die Wacht am Rhein‘, aber sie steht an der Warthe und Weichsel ebenso. Die Massen der unteren Schichten" (der polnischen Bevölkerung der preußischen Provinzen) „sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung. Die Schwierigkeiten, die ich in meiner 40jährigen politischen Thätigkeit gefunden habe, wurden ausschließlich oder doch wesentlich von dem polnischen Adel gemacht, unterstützt von der polnischen Geistlichkeit. Es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Wagschale der beiden Nationen, ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschlossenheit und auch mit einer für die Zukunft in keiner Weise anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt." Bismarck tadelt darauf den „kindlichen Polenkultus" liberaler Männer, da „der polnische Edelmann eins der reaktionärsten Gebilde" sei, „die Gott jemals geschaffen hat" und mahnt dann: „Ich bitte Sie, lassen Sie den Mut nicht sinken, wenn auch Wolken vorhanden sind. Die deutsche Zugehörigkeit der Weichsel und Warthe ist unerschütterlich. Was wir von den Polen lernen können, das ist das feste Zusammenhalten unter uns. Wir müssen an der nationalen Grenze alle Parteiunterschiede vergessen."

Unmittelbar darauf, am 23. September, sprach sich auch der Kaiser, der gerade damals Ostpreußen bereiste, in einer Rede in

Thorn mit aller Schärfe gegen die nationalpolnische Propaganda aus, nachdem er schon am 6. September in Königsberg das Wort gesprochen hatte: „Eine Opposition des preußischen Adels gegen den König ist ein Unding!“ Unter dem frischen Eindruck der Thorner Kaiserrede beantwortete Bismarck die Ansprache, die am 23. September 1894 der Führer einer Pilgerschaar von 2000 Westpreußen (Herren und Damen) in Varzin gehalten hatte, mit einer zündenden Rede, welche folgende hieher gehörige Sätze enthielt: „Das ist, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich immer kämpfe: gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkertum, und ich spreche nur in der Hoffnung, bei unseren deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polensympathie, von Sympathie für Polonisierung und das polnische Junkertum zu bekämpfen und auszurotten. Für uns ist die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes.“ Im Anschluß an das Königsberger Kaiserwort sagte Bismarck: „M. E. kann eine konservative Opposition bei uns nur stattfinden, wenn sie immer getragen ist von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen.“

Zu seiner ewigen Schmach lehnte das undeutsche Triumvirat Lieber-Richter-Grillenberger des jetzigen Reichstags am 23. März 1895 ab, den Gründer des Deutschen Reiches, den Schöpfer des Deutschen Reichstags, den Fürsten Bismarck zu dessen 80. Geburtstage zu beglückwünschen. Um so naturgewaltiger aber regte sich im deutschen Volke die herzliche Dankbarkeit und begeisterte Verehrung für den größten Deutschen. Schon zwei Tage nach jenem Schmachbeschlusse der Reichstagsmehrheit begab sich ein großer Teil der Minderheit, vereinigt mit zahlreichen Mitgliedern des preußischen Landtags, in drei Sonderzügen nach Friedrichsruh zur Beglückwünschung. Der Fürst erwiderte auf ihre Ansprache u. A.: „Ich möchte, daß der nationale Gedanke ebenso, wie er in den Dynastien fest begründet ist, auch in den Landtagen der einzelnen

Bundesstaaten stärker zum Ausdruck käme. Wir müssen unseren auswärtigen Minister kontrolieren über die Haltung, die er im Bundesrate beobachtet, über die Reichspolitik, die er treibt, und der ganze nationale Gedanke wird sich ganz anders beleben. Eine Reichsregierung ohne Beziehungen zu den Partikularregierungen steht vollständig in der Luft. Ich bitte Sie, am Reichsgedanken festzuhalten, auch im preußischen Landtage, und Ihrem Kaiser und König zu helfen, nicht bloß kurbrandenburgische oder auch selbst königlich preußische, sondern kaiserlich-deutsche Politik zu treiben."

Am 1. April selbst, der, soweit die deutsche Zunge klingt, als deutscher Nationalfesttag gefeiert wurde, empfing Bismarck in Friedrichsruh zunächst die Rektoren der deutschen Hochschulen. Ihnen sagte der Gefeierte: „Ich würde keine Freunde haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte, man kann nicht beides zugleich, kalt und warm sein, und aus Kampf besteht das Leben, in der ganzen Natur, in der Schöpfung. So müssen auch wir auf weitere Kämpfe gefaßt sein. Die Gegner des Reiches" (Zentrum, Sozialdemokratie und Polen) „sind theoretisch und absolut grundsätzlich nicht ‚Reichsfeinde', aber das Reich wie wir es haben, konveniert ihnen nicht. Ihr fortdauernder Zorn ist mir die befriedigende Quittung, daß die Herren kein Siegesbewußtsein haben, und ich glaube auch nicht an ihren Sieg. Ich möchte nur empfehlen, diesen ganzen Kampf nicht tragisch zu nehmen und der weiteren Entwickelung mit voller Gemütsruhe entgegenzusehen. Unser Gott läßt keinen Deutschen zu Grunde gehen, am allerwenigsten Deutschland."

Darauf empfing Bismarck etwa 5000 deutsche Studenten und richtete an sie folgende mahnende Worte: „Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zusage für die Zukunft. Das Samenkorn, das die Regierungszeit des Kaisers Wilhelm I. in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird immer seine Früchte tragen.

Wir haben unsere nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen erkämpfen müssen. Nachdem wir in unserem Hause uns so ausgebaut und ausgedehnt hatten, wie wir es zu bedürfen glaubten, bin ich immer ein Mann des Friedens gewesen. Es ist in der Politik viel leichter, sich zu sagen, was man vermeiden, als sich zu sagen, was man thun muß. Also positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer, und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben hat und nicht herummäkeln an Kleinigkeiten. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und lenken. So wollen wir zufrieden sein und pflegen und erhalten, was wir gewonnen haben an Kaiser und Reich, vor allen Dingen, ehe wir Neues versuchen. Fürchten wir uns auch nicht vor denen, die uns das nicht gönnen, was wir haben."

Den an demselben Ehrentage gleichfalls in der Stärke von 5000 Mann in Friedrichsruh aufziehenden Hamburgern sagte Bismarck u. A.: „Ich halte den überseeischen Kaufmann für einen zuverlässigeren und bequemeren Vertreter nicht blos nach unten, sondern auch oft nach oben, als die amtlichen."

Die tiefe nationale Bedeutung aller der Huldigungszüge aber, die sich nun bis in den Juni hinein fast alltäglich in Friedrichsruh einfanden, drückte Bismarck am 2. April der das Ehrenbürgerrecht der Stadt München überreichenden Abordnung in den glücklichen Worten aus: „Solange der Geist erhalten bleibt, der in diesen Tagen, ich möchte sagen wie ein warmer wohlthuender Sturmwind über das Land hingegangen ist, zu meinen Gunsten und unverdient von mir, solange ist mir nicht bange: Wir bleiben zusammen, besonders wenn man uns von außen angreifen würde."

Am 8. April trafen etwa 700 Lehrer preußischer Gymnasien oder sonstiger höherer Lehranstalten in Friedrichsruh ein. Bismarck sprach zu ihnen: „Hätte ich nicht die Vorarbeit

des höheren Lehrerstandes in unserer Nation vorgefunden, so glaube ich nicht, daß mein Werk, oder das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe, in dem Maße gelungen sein würde. Ihnen hat die Pflege der Imponderabilien*) obgelegen, ohne deren Vorhandensein in der gebildeten Minderheit unseres Volkes die Erfolge, die wir gehabt haben, nicht möglich gewesen sein würden. Die Erfolge der nationalen Entwickelung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minderheit der Gebildeten, die das Land enthält. Eine Verstimmung der gebildeten Minderheit ruft eine chronische Krankheit hervor."

Einer Abordnung von Deutschen aus Odessa, die am nämlichen 8. April in Friedrichsruh erschien, rief Bismarck zu: „Pflegen Sie die politische Freundschaft" (mit Rußland), „die uns und auch der russischen Regierung ein Bedürfnis ist."

Am 15. April trafen etwa 70 Steiermärker, Männer und Frauen, von ihren fernen Bergen in Friedrichsruh ein. Bismarck gab ihnen die bedeutenden Worte zu hören: „Das Bündnis, welches wir vor 16 Jahren in Wien abschlossen, der Dreibund, reicht in seinen Ursprüngen fast auf die Sagenzeit zurück." Denn „die alte deutsche Kaiserherrschaft des heiligen römischen Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis Apulien und theoretisch gehörte ganz Italien dazu. Es ist eine eigentümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große gewaltige Gebiet von Zentraleuropa, nachdem es durch Schicksalsfügungen und viele Kämpfe getrennt und zerrissen war, sich heutzutage wieder zusammengefunden hat. Ich glaube, wir werden dauernd zusammengehören und zusammenbleiben, mit mehr Dauer als wir früher im Frieden miteinander gelebt haben. Je stärker der Einfluß der Deutschen in Österreich sein wird,

*) Wörtlich übersetzt: der unwägbaren und unmeßbaren Stoffe, d. h. der geistigen Güter und Ideale unseres Volkes.

desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich sein. Verfahren Sie (aber) mit Ihren slavischen Rivalen immer mit dem Gefühl, daß Sie doch eigentlich der überlegene sind und auf die Dauer bleiben werden."

Selbst den deutschen Baugewerksmeistern, die am 20. April eine Abordnung nach Friedrichsruh entsandten, verstand Bismarck ein bedeutsames Mahnwort mitzugeben. Denn nachdem er bescheiden erklärt hatte, „er sei der Baumeister des Reiches genannt worden, sei aber nur Mithelfer gewesen", gab er den Meistern den Rat: „Nicht den Franzosen nachzugehen und bei den Bauten etwas weniger auf Dekoration der Façade, dagegen mehr auf Behaglichkeit und Wohnlichkeit der Innenräume Wert zu legen." Dieser Bauplan stimmte auch vollständig zu dem Grundriß und Aufbau des Deutschen Reiches!

Am folgenden Tage, am 21. April, erschienen die Anhalter in Friedrichsruh, die Vertreter der Residenzstadt Dessau mit dem Ehrenbürgerbrief, und Bismarck sagte ihnen: „Wenn es in ganz Deutschland irgend ein Land oder ein Ländchen gibt, was in sich die Elemente trug, das eigentliche Treibhausbeet des Partikularismus zu werden, so war es Anhalt. Was haben Sie gewonnen durch Herstellung des Reiches? Die Gefährdung einer Menge häuslicher Annehmlichkeiten, und doch sind Sie zufrieden; es muß also etwas Ideales noch geben, was über diese Sache hinausgeht, und das ist das deutsch-nationale Gefühl."

Am 8. Mai überreichten die Stadtvertretungen von 72 sächsischen Städten dem Fürsten Bismarck den Ehrenbürgerbrief. „Was uns heutzutage trennt", sagte er ihnen, das sind nicht Stammes- und dynastische Verschiedenheiten, es sind nur die politischen Parteien, und die sind dazu gar nicht berechtigt. Jeder Führer seiner Partei macht mir den Eindruck wie in der ersten christlichen Zeit die Säulenheiligen: jeder stand als Stylit auf seiner Säule und sagte: hier müßt

Ihr herkommen, ich gehe nicht runter — die Säule wird gebildet aus folgsamen Gesinnungsgenossen des Parteileiters, der sie beherrscht und aus einem Mörtel von Grundsätzen, die in ihrer Allgemeinheit auf das praktische Leben durchaus unanwendbar sind."

Aus Schlesien kamen am 13. Mai etwa 100 Frauen und Jungfrauen, die eine von 117000 Damen Schlesiens unterschriebene Ergebenheitsadresse in Friedrichsruh überreichten. Bismarck dankte ihnen launig-ernst in den Worten: „Ich bedauere stets, daß unserer besseren Hälfte des menschlichen Geschlechts bei uns nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist. Wenn unsere Wahlen etwas mehr unter weiblichem Einfluß stattfänden, als bisher, dann, glaube ich, würden sie nationaler und besser ausfallen. Ich appelliere von unserem Parlament an unsere Frauen. Halten die Frauen fest zur Politik, so halte ich die Politik für gesichert. Ich setze mein ganzes Vertrauen für die Zukunft auf den Beistand dessen, was Goethe das ewig Weibliche im Leben nannte, d. h. das Wahrende, das Pflegende, was in der Liebe der Vereinigung der Familie auch dem Manne zu Gute kommt; in der Hauptsache möchte ich sagen, das, was den Unfug verhindert, zu dem die Männer geneigt sein könnten, das ist hauptsächlich die Aufgabe der Damen."

Am 23. Mai endlich traten 1400 Leipziger Damen und Herren die langersehnte Wallfahrt nach Friedrichsruh an. Aus der bedeutenden Dankrede Bismarcks soll hier nur ein einziger Satz stehen. Nach einer längeren Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht von 1813, da auf dem Monarchenhügel die drei gekrönten Sieger, die Herrscher von Preußen, Österreich und Rußland, vor dem Höchsten in die Kniee sanken, ließ er die Mahnung ausgehen: „Ich wünsche, daß wir beiderseits" (Deutschland und Rußland) „den Frieden nach Osten und den Frieden der monarchischen Staaten unter sich

wahren! Sie haben ja alle, soviel ihrer da sind an Monarchen, durch Kämpfe untereinander viel mehr zu verlieren und der Revolution gegenüber viel mehr einzubüßen, als sie je durch Kämpfe einer von dem anderen gewinnen können."

Dieses eine Wort sammelt in sich gleichsam die ganze politische und persönliche Lebenserfahrung und -Weisheit, die Bismarck von seinem ersten öffentlichen Wirken im Jahre 1847 an bis heute gewonnen hat. Aber in tausend verschiedenen Formen und Wendungen, auf allen Gebieten unseres nationalen Lebens und Strebens, zeigt uns diese kleine Sammlung der Mahnworte Bismarcks dessen unvergleichliche Wahrheit, Tiefe und Vielseitigkeit der Beobachtung und Erkenntnis. Seine Mahnworte an das deutsche Volk, hervorgegangen aus einem beinahe fünfzigjährigen Ringen um die höchsten Aufgaben und Ideale unseres Volkes, bieten uns auf allen Wegen und in jeder Entscheidung unserer Zukunft den sicheren ehernen Anker, den kein Sturm aus der Tiefe loszurütteln vermag. Und gerade in diesen Tagen, da wir das frohe Gedächtnis der deutschen Erhebung gegen Frankreich im Jahre 1870 und der Erneuerung von Kaiser und Reich feierten, sind uns diese Mahnworte doppelt eindringlich und doppelt wertvoll!

Alphabetisches Register der Hauptstichworte.

(Der Name Bismarck ist mit B. bezeichnet. Die Zahlen bezeichnen die Seitenzahlen.)


BIBLIOTEKA
W TORUNIU
UNIWERSYTECKA

